



**„PLURALISMUS IST
NICHT GEMÜTLICH“**

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und
Vielfalt gestalten durch Kooperation und Partizipation

Schwerpunkt

- 4 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- 6 Interview mit Wolfgang Thierse:
„Pluralismus ist nicht gemütlich“
- 8 Gelebte Vielfalt beim Paritätischen in Bayern
- 10 Resolution: Für eine Gesellschaft, die zusammenhält!
- 12 Die Müh(l)en echter Beteiligung
in der psychiatrischen Versorgung
- 14 „Sind wir fit für Inklusion?!“
- 16 Paritätisches Kooperationsprojekt bietet besonderen Schutz
für allein geflüchtete Frauen und ihre Kinder
- 18 In 50 Tagen von der Idee zum Bündnis
- 20 Interview mit Hubert Schöffmann vom BIHK
- 22 Tagebuch einer Freiwilligen
- 24 „Vielfalt ist manchmal anstrengend, aber sie macht Spaß!“
- 26 „Leidenschaftlicher für die eigenen Werte
und Haltungen eintreten!“
- 31 Pluralismus braucht Partizipation

Sozialpolitik

- 32 **Ältere Menschen**
„Ältere Menschen fühlen sich aufgrund ihres Alters oft
ausgegrenzt“
- 34 **Freiwilligendienste**
Pluralität als pädagogische Herausforderung Gelebtes Leitbild
für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 36 **Familie | Frauen**
Gesellschaft in Veränderung
Für ein neues Verhältnis von Familie, Job und Engagement
- 38 **Kinder | Jugend**
Unklare Bleibeperspektive
Realität akzeptieren und Perspektiven schaffen

Aus dem Landesverband

- 40 Verbandsrat neu gewählt
- 42 „Ich war stolz für den Paritätischen zu arbeiten“
Interview mit Gabriele Krommer
- 44 Die Bayerische Sozialministerin besuchte den Stand
des Paritätischen auf der ConSozial
- 44 Margit Berndl als Vizepräsidentin
des Landesfrauenrates wiedergewählt
- 44 Barrierefrei zum Paritätischen in Bayern
- 45 Alle gehören dazu: Preis für Inklusion 2018
- 45 Vernissage „Verwandlungen“

Regionales

- 46 **Mittelfranken**
Handwerk und Flüchtlinge einig – tolles Matching?
- 47 „Hängematte“ bleibt in Nürnberg – Umzug im Herbst
- 48 **Niederbayern | Oberpfalz**
Politische Gespräche in Niederbayern/Oberpfalz
- 48 Projekt „Aktuelle Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe
zukunftsicher gestalten“
- 49 30 Jahre KISS Regensburg
- 50 **Oberbayern**
Nueva – ein oberbayerisches Pilotprojekt kommt zum Abschluss
- 51 Podiumsdiskussion: Ein gerechtes Deutschland kennt keine Armut
- 53 **Oberfranken**
10 Jahre BasKIDhall – Fördern und Fordern
- 53 Berufsfachschule für Altenhilfe der GGSD
feiert 30-jähriges Jubiläum
- 54 Engel der Kulturen
- 54 30 Jahre Sozialdienst für Hörgeschädigte in Oberfranken
- 55 **Schwaben**
Der HOI! -Verein feiert sein 30. Jubiläum
- 56 25 Jahre Gehörlosenverein Günzburg / Neu-Ulm
- 56 Spezielles Angebot für Holocaust-Überlebende
- 57 **Unterfranken**
40 Jahre Paritätischer in Aschaffenburg
- 57 Inklusion statt Ausgrenzung: CODA-Familientag

Service

- 58 Die Lotterie GlücksSpirale fördert Projekte in ganz Bayern
- 59 Paritätische Akademie Süd
- 59 Fundraising – wie fangen wir es richtig an?

60 Neue Mitglieder

65 Mitgliedschaft

66 Kontakt

Liebe Leserinnen und Leser,

an Herausforderungen für Politik und Gesellschaft mangelt es in Deutschland nicht: Wie lässt sich Armut wirkungsvoll bekämpfen? Wie muss ein inklusives Bildungssystem gestaltet sein, das den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht wird? Wie müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiterentwickeln, damit Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen abgesichert und vor Armut und Ausgrenzung geschützt sind? Wie können wir nach Deutschland kommende Menschen erfolgreich integrieren? Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum und ein lebenswertes Umfeld sowohl in den wachsenden Metropolregionen als auch in strukturschwachen Gebieten geschaffen werden? Wie können wir dem Fachkräftemangel in den gesellschaftlich elementaren Bereichen Bildung, Betreuung und Pflege begegnen? Wie lässt sich ein Arbeitsmarkt gestalten, der allen einen Platz und ein Auskommen für ein individuell zufriedenstellendes Leben ermöglicht? ...

Diese großen Zukunftsfragen zu beantworten, ist komplexer und langwieriger geworden. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis nach einfachen und schnellen Antworten. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt: Die Volksparteien konnten die verunsicherten Wählerinnen und Wähler nicht ausreichend überzeugen, dass sie sich ernsthaft der Sorgen der Menschen annehmen und an wirkungsvollen Lösungen arbeiten. Darin liegt ein Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten, die mit simplen Wahlversprechen Sorgen und Ängste instrumentalisierten und befeuerten.

Die Entscheidung der Wähler hat viele entsetzt, sie war aber nicht wirklich überraschend. Dass es rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen bei einem relativ konstanten Prozentsatz (über 20 Prozent) der Bevölkerung in Deutschland gibt, belegen wissenschaftliche Studien seit langem. Insofern ist das Wählerpotential für Rechtspopulisten sogar noch höher als ihr Stimmenanteil.

Das Wahlergebnis zeigt aber auch, dass es in Deutschland nach wie vor eine breite Mehrheit – zumindest der Wählerinnen und Wähler – mit demokratischer Überzeugung gibt. 88 Prozent haben eben nicht die Populisten gewählt, die in anderen Ländern deutlich bessere Ergebnisse erzielt haben.

Was bei mir Besorgnis ausgelöst hat – auch im Hinblick auf die Landtagswahl in Bayern nächstes Jahr – waren manche Reaktionen der etablierten Parteien auf das Wahlergebnis: „Wir müssen die rechte Flanke schließen“, wusste Horst Seehofer schon am Wahlabend für die zukünftige politische Strategie seiner Partei zu sagen. Erste Vereinbarungen zwischen CDU und CSU – zur Aufnahme geflüchteter Menschen, zur Einrichtung weiterer „Entscheidungs- und Rückföhrzentren“ wie in Bamberg oder Manching und zum weiterhin ausgesetzten Familiennachzug – zeigen, in welche Richtung es geht. Aufgabe der (künftigen)

Regierung ist, den vorhandenen Integrationswillen der Mehrheitsbevölkerung zu stärken und alles dafür zu tun, dass Integration gelingt. Zum Beispiel, indem Flüchtlinge arbeiten und für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen dürfen.



Der Rechtspopulismus in Deutschland und Europa ist wie ein Geschwür, ein Symptom für die vielen schwelenden ungelösten Probleme, aber auch für den Umgang der Parteien mit diesen Problemen. Alle demokratischen Parteien sind in der Verantwortung, gemeinsam Handlungsfähigkeit zu zeigen und die Lösung der Zukunftsfragen in den Mittelpunkt zu stellen. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und gleichzeitig die Ursachen für den Rechtspopulismus bekämpft werden – der symptomatische Krankheitsherd verliert damit an Boden.

Auch die Zivilgesellschaft hat eine Verantwortung. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber, welche Werte uns verbinden. Hierin liegt eine wesentliche Aufgabe auch für den Paritätischen. Wir müssen unseren Werten – Offenheit, Vielfalt und Toleranz – wieder mehr Gewicht geben und sie in die Gesellschaft tragen.

Ein ganz zentraler uns verbindender Wert ist die Menschenwürde, die im Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschrieben ist. Sie gilt bei der Unterbringung – genauso bei der Rückführung – von Geflüchteten, bei der Pflege Demenzkranker, bei der Zwangseinweisung von psychisch kranken Menschen etc. Der Paritätische Gesamtverband greift dieses Thema auf und wird in Kooperation mit den Landesverbänden im kommenden Jahr eine Kampagne zu den Menschenrechten durchführen. Wir wollen mithelfen, die demokratische Mehrheit und ihre Vorstellungen von unserer Gesellschaft lautstark zu vertreten und wollen damit einen inhaltlichen Gegenpol zu den Rechtspopulisten bilden.

„Pluralismus ist nicht gemütlich“ – So hat es der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seiner bewegenden, zum Nachdenken anregenden Analyse auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen in Bayern formuliert. Diese Erkenntnis gilt nach der Bundestagswahl umso mehr. Deshalb haben wir diesen Schwerpunkt für das Ihnen vorliegende Themenheft gewählt.

Viel steht auf dem Spiel: unsere Demokratie als Ganzes und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Um noch einmal Wolfgang Thierse zu zitieren: „Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft!“ – Für diese Offenheit und die Bereitschaft, sich auf die zunehmende Vielfalt einzulassen, wird sich der Paritätische in Bayern weiterhin einsetzen. Auch im Hinblick auf die kommende Landtagswahl!

Horst
Seehofer



Schwerpunkt

„PLURALISMUS IST NICHT GEMÜTLICH“

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Vielfalt gestalten durch Kooperation und Partizipation

„Pluralismus ist nicht gemütlich“ – so hat es der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bei der Mitgliederversammlung des Paritätischen in Bayern formuliert, bezogen auf das Thema seines Vortrages „Deutschland als Einwanderungsland – Herausforderungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“. „Pluralismus ist nicht gemütlich“ passt auch sehr gut zu den Erfahrungen und zur alltäglichen Arbeit des Paritätischen in Bayern und seiner 800 Mitgliedsorganisationen mit all den unterschiedlichen Arbeitsfeldern.

Deshalb haben wir diesen Schwerpunkt für das vorliegende Themenheft gewählt, in dem ganz unterschiedliche Facetten von gelebter Vielfalt und Pluralismus dargestellt werden.

An den Anfang stellen wir ein Interview mit Wolfgang Thierse über die Herausforderungen durch die Zuwanderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und über die Werte, die uns verbinden. Im Anschluss kommen Vertreterinnen und Vertreter Paritätischer Mitgliedsorganisationen zu Wort, die wir im Nachgang zur

Mitgliederversammlung gefragt haben, was sie mit Pluralismus verbinden und wie davon ihr jeweiliger Arbeitsbereich tangiert wird.

Pluralismus ist nicht selbstverständlich

Dass Deutschland eine offene, pluralistische Gesellschaft ist, ist nicht selbstverständlich. Das war ein weiter und steiniger, ein ungemütlicher Weg, wie viele unserer paritätischen Mitgliedsorganisationen wissen: bis zur Anerkennung eines breiten Familienverständnisses, bis zur

Eine Gesellschaft, die zusammenhält, braucht Partizipation und Engagement.

Enttabuisierung von Gewalt gegen Frauen, bis zur Erkenntnis, dass auch Menschen mit Behinderung in die Mitte unserer Gesellschaft gehören, bis zum Recht für Homosexuelle zu heiraten, etc. In den 1970er und 1980er Jahren sind viele Initiativen und Vereine entstanden, die all diese Themen und viele mehr vorangetrieben haben und neue Konzepte in der Sozialen Arbeit entwickelten. Viele davon sind Mitglieder beim Paritätischen Wohlfahrtsverband geworden. Diese gesellschaftliche Pluralisierung spiegelt sich im Paritätischen wie in keinem anderen Wohlfahrtsverband.

Eine pluralistische Gesellschaft funktioniert nur mit sozialer Sicherheit. Als Akteur der Sozialpolitik ist es Aufgabe des Paritätischen, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen und daran mit zu arbeiten, wie unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest weiterentwickelt werden können. Jedes Jahr gibt der Paritätische Gesamtverband einen Armutsbericht heraus, in dem neben der Analyse von Daten und Fakten viele Lösungsvorschläge enthalten sind. In diesem Jahr ist der Paritätische dem Bündnis für Kindergrundsicherung beigetreten. Der Paritätische arbeitet an Lösungsvorschlägen, sucht Bündnispartner in der Zivilgesellschaft und versucht die Politik davon zu überzeugen.

Partizipation ist Voraussetzung für Pluralismus

Pluralismus bedeutet gemeinsames Ringen um Konsens und Aushandeln von Kompromissen, um einen Ausgleich vielfältiger Interessen zu finden. Auch darin haben der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen langjährige

Eine pluralistische Gesellschaft funktioniert nur mit sozialer Sicherheit.

Erfahrungen. Paritätische Positionen werden unter Beteiligung Vieler formuliert und ganz unterschiedliche Interessen dabei berücksichtigt. Aufgabe des Paritätischen ist auch, den Interessen von Menschen, die es selbst nicht so können, Gehör zu verschaffen bzw. sie zu befähigen, dass sie es können. Ziel des Verbands ist es, die Betroffenen selbst als Experten in eigener Sache einzubinden. Eng damit verbunden sind Partizipation und Beteiligung – nicht pro forma, sondern ernstgemeint. Wie das in der

Praxis aussieht und welche Hürden dabei entstehen, dafür finden Sie im Heft zwei Beispiele: eins zum Thema Beteiligung Psychiatrie-Erfahrener und den Bericht einer Mitarbeiterin eines Inklusionsprojekts des Paritätischen Bezirksverbands Mittelfranken.

Paritätische Mitgliedsorganisationen sind vielfältig und verfügen über ganz unterschiedliche Erfahrungen, Wissen, etc. Besonders spannend wird es dann, wenn diese in einem Projekt zusammengeführt werden. Ein Beispiel dafür ist der Paritätische Trägerverbund, der in München die erste Flüchtlingsunterkunft für Frauen mit und ohne Kinder geschaffen hat. Ein weiteres ist der Verein für ergänzende unabhängige Teilhabeberatung in den Bezirken Oberpfalz und Niederbayern, der innerhalb von nur 50 Tagen gegründet wurde.

Um gemeinsam Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden und die immer vielfältiger werdenden Interessen zusammenzubringen, braucht es neue Bündnisse und Kooperationen. Deshalb wird das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ vorgestellt, dem auch der Paritätische in Bayern angehört. Außerdem können Sie ein Interview lesen mit Hubert Schöffmann von der Bayerischen Industrie- und Handelskammer zur Verantwortung der Wirtschaft bei der Integration von Flüchtlingen.

Engagement braucht Unterstützung

Eine Gesellschaft, die zusammenhält, braucht Partizipation und Engagement. Die Zahl der Menschen in Deutschland, die sich engagieren und für ein friedliches Miteinander eintreten, ist hoch, beispielsweise in der Flüchtlingshilfe. Was es bedeutet, in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich tätig zu sein, veranschaulicht der Bericht einer Freiwilligen. Außerdem haben wir ein Interview mit Marina Lessig geführt, die vor

zwei Jahren die freiwilligen Helfer am Münchener Hauptbahnhof koordiniert hat. Aus diesem Engagement entstand der Verein „Münchner Freiwillige – Wir helfen“, der in diesem Jahr Mitglied beim Paritätischen in Bayern geworden ist. Marina Lessig zeigt auf, was zivile Spontanhilfe zu leisten vermag, und wo es mehr politischer Unterstützung bedarf.

Unsere vielfältiger werdende Gesellschaft braucht einen Diskurs über die uns verbindenden Werte und über wirkungsvolle Lösungen für die drängendsten Zukunftsfragen. Auch das ist ein Auftrag für den Paritätischen als Akteur der Zivilgesellschaft. Der Verband nimmt diesen Auftrag an. Mit der Resolution „Für eine Gesellschaft, die zusammenhält“, die auf der Mitgliederversammlung beschlossen wurde, haben wir einen ersten Aufschlag gemacht. Mit diesem Schwerpunktheft wollen wir die Auseinandersetzung weiterführen. Außerdem hat der Paritätische in Bayern eine neue Veranstaltungsreihe „Der Paritätische im Diskurs“ aufgelegt. Damit wollen wir genau diesen Diskurs führen und gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und unseren Mitgliedsorganisationen neue Ideen und Lösungen für die Fragen unserer Zeit entwickeln.

Um Pluralismus zu leben braucht es Vielfalt, Offenheit und Toleranz, wie sie im Leitbild des Paritätischen festgeschrieben sind. Das sind Grundbedingung und Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie – Toleranz verstanden als gegenseitigen Respekt und begegnen auf Augenhöhe. Das setzt Interesse am jeweils anderen voraus, Bereitschaft zum Ausgleich, zum Kompromiss und Geduld. Pluralismus mag mühsam und „nicht gemütlich“ sein, aber die Mühe lohnt sich!

Susann Engert ■

„Pluralismus ist nicht gemütlich“

Interview mit Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D., über die Herausforderungen durch die Zuwanderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und über die Werte, die uns verbinden.

Der Paritätische: Wir freuen uns sehr, dass Sie bei unserer Mitgliederversammlung einen Vortrag gehalten haben zum Thema „Deutschland als Einwanderungsland – Herausforderungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ In aller Kürze: Was sind die größten Herausforderungen?

Wolfgang Thierse: In aller Kürze ist eine, aber ich versuche es. Die erste Herausforderung ist zu begreifen, dass Integration eine doppelte Aufgabe ist: Sie wird nur gelingen, wenn sowohl die zu uns Kommenden wie auch die Aufnahmegesellschaft Integration wollen und das Notwendige dafür tun. Die zu uns Gekommenen sollen heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden.



Wolfgang Thierse
Foto: Deutscher Bundestag

Heimisch sein heißt, die gleiche Chance zur Teilhabe an öffentlichen Gütern eines Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur partizipieren zu können. Es heißt auch, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren. Das ist mehr, als Politik allein zu leisten vermag, sondern ist vor allem Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Durch die Zuwanderung wird sich unser Land verändern. Sich auf Veränderung einzulassen, ist eine anstrengende Herausforderung, die Misstöne, Ressentiments und Angst erzeugt – Abstiegsängste, Entheimungsängste, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken. Das ist unsere demokratische Herausforderung und diese ist zugleich eine politisch-moralische Herausforderung: dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen und zu widerstehen.

Eine weitere Herausforderung, ist die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit zu bekämpfen – in der Welt und in Deutschland. Sie ist wie auch die Flüchtlingsbewegung eine Kehrseite der Globalisierung.

Der Paritätische: Wie kann man diesen Herausforderungen begegnen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren?

Wolfgang Thierse: Eine Voraussetzung ist zunächst Ehrlichkeit im Umgang mit den Problemen und Herausforderungen durch die Zuwanderung so vieler Menschen – ohne Beschönigung, aber auch ohne Dramatisierungen und ohne Hysterisierung.

Um diese doppelte Aufgabe zu lösen, ist eine offene und offensive Debatte notwendig darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. In einer unsolidarischen, homogenen, eingesperrten Gesellschaft? Oder wollen wir nicht vielmehr eine Gesellschaft der Grundwerte, der Menschenrechte sein?

Unser Land wird dauerhaft pluralistischer – also ethnisch, religiös und kulturell vielfältiger und widersprüchlicher. Dieser Pluralismus, diese Vielfalt wird keine Idylle sein, sondern steckt voller Konfliktpotential. Wenn Integration gelingen soll, muss sich unser Land diesen Konflikten stellen.

Selbstverständlich gehört zu den elementaren Voraussetzungen gelingenden Zusammenhalts auch die sichtbare Anstrengung um soziale Gerechtigkeit dazu. Damit meine ich die faire Verteilung von Chancen und Pflichten, von Früchten und Lasten.

Der Paritätische: Was können zivilgesellschaftliche Akteure wie zum Beispiel der Paritätische Wohlfahrtsverband und seine Mitgliedsorganisationen tun?

Wolfgang Thierse: Integration ist vor allem Aufgabe der Zivilgesellschaft, ihrer Strukturen und ihrer Gesellungsformen – also beispielsweise Sportvereine, Chöre, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände etc. Von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, also von unserem Engagement, unserer Solidarität als Bürger dieses Einwanderungslandes hängt das Gelingen der Integration ab. Das ist ein Auftrag an Vereine und Verbände, an Arbeitgeber – letztlich an jeden einzelnen Menschen in unserem Land.

Wir alle müssen uns der Debatte stellen und akzeptieren, dass nicht alles so bleiben wird. Der weltanschaulich-neutrale demokratische Staat bleibt auf Menschen angewiesen, die sich in Weltanschauungs- und Religionsfragen nicht neutral verhalten, die sich der Anstrengung unterziehen, das Eigene zu vertreten und dem anderen zu übersetzen – die sich aber ausdrücklich auf Fairness und Friedfertigkeit im Verhältnis zu einander verpflichten lassen. Man dient der Integration nicht, wenn man sich selbst verleugnet. Es ist unser aller Aufgabe, die Ängste der vielen überwinden zu helfen und die Aufgabe der Integration anzunehmen.

Der Paritätische: Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten drei Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten?

Wolfgang Thierse: An erster Stelle steht für mich die Überzeugung von der gleichen Würde jedes Menschen. So lautet der wichtigste Satz des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Dann kommt die Solidarität. Unser Sozialstaat ist organisierte Solidarität, ist organisierte Umverteilung. Unser Sozialstaat lebt von der Mehrheit, die hinter dieser organisierten Solidarität steht.

An dritter Stelle kommt für mich die Freiheit. Sie ist die Voraussetzung, dass wir uns als Individuen entwickeln und handeln können. Die liberale, offene, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie ist die politische Lebensform unserer Freiheit.

Der Paritätische: Den Paritätischen leiten die Werte Offenheit, Vielfalt und Toleranz. Welche Bedeutung messen Sie der Toleranz bei und an welcher Stelle hat diese Grenzen?

Wolfgang Thierse: Eine freie pluralistische Gesellschaft ist keine gemütliche Gesellschaft. Da ist Toleranz existentiell nötig. Denn mit Pluralismus ist die konfliktreiche Vielfalt von Überzeugungen, Weltbildern, Wahrheitsansprüchen, Werteorientierungen, Lebensweisen, sozialen Lagen, kulturellen Prägungen gemeint. Wie lässt sich diese Vielfalt in unserer Gesellschaft leben – ohne Ängste, ohne Ausgrenzung, ohne Unterdrückung und Gewalt? Erst in einer Gesellschaft der Differenzen er-

Toleranz meint nicht bloße, gnädige Duldung, sondern Respekt.

weist sich Toleranz als notwendige und zugleich anstrengende Tugend. Denn anders als ihr populäres Missverständnis, ist sie eben nicht Gleichgültigkeit, Desinteresse, Beliebigkeit. Bei der Toleranz als einer Tugend der praktischen Vernunft geht es um die schwierige Verbindung von eigenem Wahrheitsanspruch mit der Anerkennung des Wahrheitsanspruches des anderen. Toleranz meint eben nicht bloße, gnädige, herablassende Duldung, sondern meint Respekt.

Toleranz findet da Grenzen, wo unsere Verfassungswerte zur Disposition gestellt werden. Das sind die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Freiheit der Presse und der Kunst, die Selbstbestimmung des Individuums, um die wichtigsten zu nennen. Diese Werte verpflichten alle: die zu uns

Kommenden wie auch die Einheimischen – sie verpflichten also auch AfD, Pegida, Neonazis!

Der Paritätische: Apropos. Waren Sie überrascht vom Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl? Warum war die AfD gerade im Osten so erfolgreich?

Wolfgang Thierse: Ich war bestürzt und bin tief traurig. Das Wahlergebnis ist Ausdruck von Verunsicherung, Enttäuschung und protestierender Wut, deren Kristallisationspunkt das Flüchtlingsproblem ist. Veränderungsängste und Entheimungsbefürchtungen lassen sich eben leichter demagogisch ausbreiten als die mühevollen Arbeit an der Lösung unserer ökonomischen, sozialen und politischen Probleme.

Die AfD war auch in Bayern und Baden-Württemberg ziemlich erfolgreich. Aber im Osten sind die sozialen und vor allem kulturellen Verunsicherungen und Unsicherheiten und das Bedürfnis nach einfachen Antworten und schnellen Lösungen größer. Das soll nichts entschuldigen. Jeder Bürger ist dafür verantwortlich, wem er seine Stimme gibt. Er konnte wissen, dass unter den AfD-Gewählten Holocaust-Leugner, völkisch Denkende, Rassisten sind!

Der Paritätische: Was ist zu tun, damit sie in vier Jahren nicht wieder in den Bundestag kommen?

Wolfgang Thierse: Im Bundestag wird es unangenehmer werden. Die demokratische Mehrheit sollte sich um möglichst sachlichen Streit bemühen und um überzeugende Lösungskonzepte. Die AfD hat – wie man in den Landtagen sieht – keinerlei Lösungskompetenzen.

Der Paritätische: Welche Erfahrungen aus der friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung helfen bei der Bewältigung der genannten Herausforderungen?

Wolfgang Thierse: Ich weiß, was es heißt in einem Land ohne Freiheit, ohne Demokratie, ohne Rechtsstaat zu leben. Unsere liberale

Demokratie ist kostbar, weil sie nicht mehr selbstverständlich ist, wie wir an den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Politiker in vielen Ländern sehen.

Geschlossene, eingesperrte Gesellschaften bedeuten Stillstand, sind nicht überlebensfähig, müssen überwunden werden. Das ist eine wichtige Erfahrung aus der Vergangenheit. Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft!

Die Wiedervereinigung hat gezeigt, dass es Zeit, langen Atem und viel Kraft braucht. Aus meiner Sicht werden die Veränderungen und Auswirkungen durch die Zuwanderung viel folgenreicher sein.

Der Paritätische: Wie optimistisch sind Sie, dass die Integration der vielen Einwanderer gelingen kann und der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleibt?

Wolfgang Thierse: Ich bin verhalten optimistisch. Trotz negativer Beispiele haben sich viele Menschen, die als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen, sehr gut integriert, obwohl Integration nicht als Aufgabe formuliert wurde.

Optimistisch macht mich die wachsende Zahl der Menschen, die sich engagieren. Wenn es das enorme bürgerschaftliche Engagement in den vergangenen Jahren nicht gegeben hätte, wäre die Bürokratie mit der Aufnahme der vielen Flüchtlinge überfordert gewesen. Ich wünsche mir, dass daraus ein neues Selbstbewusstsein der Bürgerschaft gegenüber staatlichen Behörden entsteht.

Und nach wie vor steht die Mehrheit unserer Gesellschaft hinter unseren Verfassungsrechten und unserer liberalen, demokratischen Grundordnung. Diese Mehrheit muss lauter werden.

Klar ist: Einfache Antworten und Lösungen gibt es nicht. Die Erfüllung der doppelten Aufgabe, die ich eingangs beschrieben habe, verlangt viel Kraft und viel Zeit!

Eine erfolgreiche Integration dient dem Wohlstand aller und sie dient dem sozialen Frieden in Deutschland.

Der Paritätische: Herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Susann Engert. ■

Gelebte Vielfalt beim Paritätischen in Bayern

Im Nachgang zur Mitgliedersammlung des Paritätischen in Bayern haben wir Vertreterinnen und Vertreter Paritätischer Mitgliedsorganisationen gefragt, was Pluralismus für sie bei ihrer Arbeit bedeutet. Die Zitate, die Sie auch an anderer Stelle im Heft finden, vermitteln ein anschauliches Bild vom Pluralismus im Verband.



Judith Falst
Bayerischer Blinden-
und Sehbehindertenbund

Menschen mit Behinderung, in unserem Fall blinde, sehbehinderte und zusätzlich gehandicapte Menschen, sind auch anders als der sogenannte „Durchschnittsbürger“, und so ist es schon immer ein Bestandteil unserer Arbeit, unsere Fähigkeiten und Bedürfnisse der Gesellschaft näherzubringen. Dinge, die uns unbekannt sind, können unsicher machen; wenn wir sie verstehen, gewinnen wir Sicherheit und beim Kennenlernen entstehen Beziehungen. Behindert zu sein kann aber auch Angst vor Benachteiligung hervorrufen, und so beginnen auch wir, die zu uns Gekommenen kennenzulernen, damit Beziehungen entstehen.

Die Natur lehrt uns in ihrer Diversität was Pluralität bedeutet.

Das Gegenteil wäre Monoismus. Die Geschichte zeigt uns, dass der Versuch, Menschen diesem Prinzip zu unterwerfen und gleich zu schalten zu Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen führt. Durch ihre weltanschauliche Offenheit und Toleranz gelingt es der SWW seit 25 Jahren mit Mitarbeitern aus 20 verschiedenen Nationen ein gutes und friedvolles Miteinander zu Gunsten von mehrfachbehinderten blinden und sehbehinderten Menschen zu schaffen und zu erhalten.

Michael Lohner
Südbayerische Wohn- und Werkstätten
für Blinde und Sehbehinderte
gemeinnützige GmbH

Das Thema Pluralismus spielt in einer Dorfgemeinschaft wie dem Münzinghof eine ständige Rolle. Natürlich liegt der Schwerpunkt bei uns nicht unbedingt bei den Flüchtlingen. Obwohl in unserem Dorf durchaus Menschen aus vielen verschiedenen Ländern zusammen leben. Für mich hat Pluralismus ganz viel mit Freiheit zu tun. Auch in unserem Dorf haben wir, bedingt durch die Öffnung in die Welt, natürlich auch Veränderungen bemerkt und hatten verschiedene Ängste. Aber ganz ähnlich wie wir Deutschen als Exportweltmeister enorm abhängig sind von den vielen Einkäufern im Ausland, so ist auch unser Dorf stark abhängig von den Kontakten, Ideen und Impulsen von den Menschen, die von außen zu uns kommen. Sei es als Lieferanten für Waren oder als Kunden für unsere Produkte oder als Mitarbeiter/-innen, als Interessenten oder als Gesprächspartner. Wenn wir uns, vor lauter Angst, verschließen würden, dann würden wir wohl nicht sehr lange so einfach weiterleben können.

Das Leben würde viel ärmer und wir müssten auf vieles verzichten. Vielfalt und Differenz im privaten, politischen und gemeinschaftlichen Leben müssen scheinbar erst schmerzlich gelernt werden. Das fühlt sich an, wie erwachsen zu werden, auch wie lieben zu lernen. „Mehr Demokratie“ bedeutet, auch mehr Unterschiede und damit mehr Schmerzen und Liebe einzuladen. „Wir“ sind eben nicht das Volk! Es gibt kein perfektes System, solange es Menschen gibt. Demut vor anderen heißt nicht Unterwerfung. Ich zeige mich als einer von Milliarden Menschen, aber ich erwarte nicht, dass die Erde sich um mich dreht. Mit dieser Erkenntnis fängt Gemeinschaft für mich erst an.

Michael Taubmann, Münzinghof

Pluralismus ist ein wesentliches Element, das eine weltoffene und zukunftsge wandte Gesellschaft am Leben hält. Der ASB mit seiner über 100-jährigen Geschichte ist durchgängig von Pluralismus geprägt. Offene Gesellschaften, die sich zum Austausch von Kulturen bekennen, tragen wesentlich zum sozialen Frieden bei.

Christian Boenisch
Arbeiter-Samariter-Bund, München



Aus der Perspektive der Prävention von sexuellem Missbrauch kommen wir immer wieder damit in Berührung, denn sexuelle Gewalt ist ein sehr individuelles und stark diskutiertes oder auch tabuisiertes Thema – immer auch vor dem Hintergrund der eigenen Herkunft und Biographie. Pluralismus bedeutet jedoch auch darauf zu achten, was uns in unserer Vielfältigkeit eint: Der Schutz von Mädchen* und Jungen* vor sexueller Gewalt als gemeinsames gesellschaftliches Ziel. Während von rechtspopulistischer Seite im Zusammenhang mit sexueller Gewalt Ausgrenzung über falsche und pauschale Schuldzuweisungen betrieben wird, machen wir in unserer Arbeit die Erfahrung, dass Kinderschutz für die meisten Menschen ein wichtiges gemeinsames Anliegen ist, völlig unabhängig von Herkunft und kulturellem Hintergrund.

Amyna



Eva Egartner
Condrobs

Wir von Condrobs leben Vielfalt, respektieren die Interessen, Lebensentwürfe und persönlichen Werte jedes Menschen und setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft ein. Toleranz, die Gleichstellung der Geschlechter und die Beachtung der Diversität sind zentrale Grundsätze unserer Arbeit.

Durch das Engagement der ehrenamtlichen Gastgeber bei Flechtwerk erleben wir immer wieder wie wertvoll Offenheit und Toleranz für eine funktionierendes Miteinander in unserer Gesellschaft ist. Scheidungskinder erleben so, dass ihrem Mitmenschen nicht egal ist, ob es nach einer Trennung der Eltern gut für das eigene Leben weiter geht.

Jobst Münderlein
Flechtwerk 2+1 gGmbH
– Für Kinder mit zwei Elternhäusern



Sven Göpel
Ambulanter
Betreuungsdienst

Die Suchthilfe der Guttempler und ihre weiteren Aufgaben und Ziele orientieren sich an den Allgemeinen Menschenrechten. Es ist daher wichtig, engagiert darauf hinzuwirken, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre in die Guttempler-Selbsthilfegruppe mitgebrachten Ängste, erlebten Benachteiligungen, Misserfolge und Vorurteile nicht bei Menschen aus anderen Ländern oder/und mit anderen Einstellungen abladen. Dies kann bei aller Offenheit anstrengend, frustrierend sein – aber eine argumentative, nicht verletzend geführte Auseinandersetzung bereichert.



Jürgen Ehlerding
Guttempler-Landesverband
Bayern-Thüringen

In der sozialen Arbeit ist es, neben den personenzentrierten Unterstützungsangeboten und einer fachlich pädagogischen Begleitung der Menschen von besonderer Bedeutung, für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gesellschaftliche Netzwerke zur Erarbeitung hierfür erforderlicher Rahmenbedingungen zu organisieren und ständig weiter zu entwickeln.

Netzwerkpartner finden sich innerhalb und außerhalb der sozialen Arbeit. Gerade die heterogene Zusammensetzung unter den verschiedenen Netzwerkpartnern stellt an alle Beteiligten immer wieder eine große Herausforderung dar, konsensorientierte und zugleich an den jeweiligen Zielgruppen orientierte gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam zu erarbeiten und gesellschaftspolitisch umzusetzen. In der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ist die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen in unsere Gesellschaft der zentrale Leitgedanke. Inklusion bedeutet einen gesellschaftlichen Wandel, hin zu einer (Zivil-) Gesellschaft in der jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft, politischen Orientierung, ob mit oder ohne Behinderung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

Aus diesem Grund haben in diesem gesellschaftspolitischen Wandlungsprozess gerade soziale Einrichtungen, Institutionen und Verbände eine besondere Verantwortung hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Konzept diesen Entwicklungsprozess mit zu begleiten. Soziale Organisationen und ihre Spitzenverbände sind sozialpolitische Akteure und ein bedeutsamer Teil der Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte, die in der politischen Gemeinschaft mitwirken und somit eine gestaltende Rolle spielen.

Pluralismus ist eine wichtige Errungenschaft in unserer Gesellschaft, braucht aber auch immer streitbare „Geister“ – Pluralismus ist also nicht gemütlich, jedoch ein entscheidender gesellschaftspolitischer Faktor.



In einer immer noch weitgehend männlich dominierten Gesellschaft ist das Konzept des Pluralismus eine wesentliche Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit. Pluralismus in der Praxis bedeutet ja nicht nur das Aushalten unterschiedlicher Lebensweisen sondern ihre bewusste Förderung. Für Frauen und Mädchen beinhaltet dies die Chance systematischen Empowerments und systematisches Aufbrechen der tief verankerten Kultur der Frauenverachtung.

Sabine Böhm und Kerstin Lindsiepe
Frauenberatung Nürnberg für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen

Resolution: Für eine Gesellschaft, die zusammenhält!

verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bayern e.V., am 7. Juli 2017 in Unterföhring

Der Paritätische in Bayern tritt in Politik und Gesellschaft für Vielfalt, Toleranz und Offenheit ein. Selbstbestimmung und Mitbestimmung aller sozialen Gruppen sind wesentliche Bestandteile unseres Verständnisses einer Zivilgesellschaft, in der jeder Mensch gleichberechtigt und gleich wertvoll ist. Diese Werte gelten für alle Menschen gleichermaßen, egal welchen Alters, ob Frau oder Mann, egal welcher sozialen oder ethnischen Herkunft, ob Deutsche, mit Migrations- oder Fluchthintergrund, egal ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von Religion und sexueller Orientierung.

Ungleichheit und Verunsicherung in der Gesellschaft

Mit Sorge beobachten wir eine wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft, die viele Menschen verunsichert. Obwohl der Wohlstand in Deutschland und Bayern wächst, sind Einkommen und Vermögen sowie Teilhabechancen immer ungleicher verteilt. Der steigende Wohlstand und die Konzentration von Vermögen auf Wenige stehen einer wachsenden Gruppe von Menschen gegenüber, für die das Wohlfahrtsversprechen unserer sozialen Marktwirtschaft nicht mehr gilt. In einer sich immer schneller

wandelnden, globalisierten Welt nehmen zum einen die wirtschaftlichen und sozialen Verknüpfungen zu und zum anderen die durchaus berechtigten Sorgen und Ängste, nicht vom wachsenden Wohlstand zu profitieren und – im Gegenteil – abgehängt und ausgegrenzt zu werden. Die Verunsicherung schlägt um in pauschale Ressentiments gegen verschiedene gesellschaftliche Gruppen, seien es „die Flüchtlinge“, „Wohnungslose“ oder „Arbeitslose“.

Als Akteur der Sozial- und Gesellschaftspolitik sehen wir uns in der Verantwortung, den Ursachen dieser Verunsicherung entgegenzutreten.

Die Gesellschaft, in der wir leben wollen und für die wir eintreten

Entgegen dieser negativen Tendenzen gibt es dennoch Anlass zum Optimismus: Die Zahl der Menschen, die sich engagieren und für ein friedliches Miteinander und für gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten, ist hoch, sei es beispielsweise in der Flüchtlingshilfe oder in

Initiativen für ein starkes, soziales Europa. Ein Großteil der Bevölkerung befürwortet weiterhin eine offene und sozial gerechte Gesellschaft. Diese Mehrheit gilt es, im öffentlichen Diskurs sichtbar zu machen, um nicht Populisten die Deutungshoheit über die relevanten gesellschaftlichen Themen zu überlassen.

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft,

- die sozial gerecht ist, in der gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird und alle Menschen mitgenommen werden,
- die Armut wirkungsvoll bekämpft,
- in der alle Menschen gleichwürdig behandelt werden und ihnen mit Respekt begegnet wird, unabhängig vom Herkunftsland und kulturellen Hintergrund,
- in der Frauen und Männer gleichberechtigt leben können,
- die kinder- und familienfreundlich ist, in der kein Kind in Armut leben muss und in der sich jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten entwickeln kann,
- in der Menschen auch im Alter würdevoll leben können,



Alle gehören dazu.

- in der es normal ist, verschieden zu sein,
- die die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ernst nimmt und ein inklusives Gemeinwesen schafft,
- in der sich viele Menschen engagieren, für Demokratie und Freiheit offen einstehen und sich gegen Populismus und Ausgrenzung stellen,
- die den weltweiten Zusammenhalt fördert.

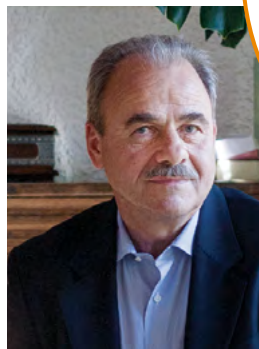
Für eine inklusive, offene und sozial gerechte Gesellschaft braucht es:

- eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, die den strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes nicht zuletzt durch die Digitalisierung und die Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse angemessen Rechnung trägt. Menschen sind in ihren unterschiedlichen Lebenslagen so abzusichern, dass Armut und Ausgrenzung vermieden und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe möglich wird;
- eine Integrationspolitik, die Zugang zu Sprachkursen, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt unabhängig von der Bleibeperspektive sicherstellt und Integration auf Augenhöhe ermöglicht;
- eine Gesellschafts- und Sozialpolitik, die alle Formen der Arbeit – Erwerbsarbeit, private Sorgearbeiten und bürgerschaftliches Engagement – als gleichwertvoll ansieht und entsprechend sozial und wirtschaftlich absichert. Insbesondere sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie den veränderten Wünschen von Frauen und Männern nach Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf entsprechen.

- Die Übernahme von Sorgearbeit in der Familie darf kein Armutsrisiko darstellen;
- eine Familienpolitik, die Familien in ihrer Vielfalt stark macht und Kinderarmut verhindert;
 - ein inklusives Bildungssystem, das den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht wird – unabhängig von Behinderung, kultureller oder sozialer Herkunft – und das das Recht auf gleiche Bildungschancen für jedes Kind sicherstellt;
 - starke Kommunen, die wirtschaftlich in der Lage sind, die Infrastruktur für soziale, kulturelle und bildungsspezifische Angebote kostengünstig bereitzustellen. Denn: Leben findet vor Ort statt;
 - eine Wohnungspolitik, die bezahlbaren inklusiven Wohnraum und ein lebenswertes Wohnumfeld schafft, in dem alle Menschen – mit und ohne Behinderung oder Migrationshintergrund – ganz selbstverständlich zusammen leben;
 - eine Engagementpolitik, die den Wunsch der Menschen nach gesellschaftlicher Partizipation und Mitgestaltung aufgreift und dafür fördernde und unterstützende Strukturen schafft;

- eine Einwanderungspolitik, die Schutzsuchenden einen legalen, sicheren Weg nach Europa ermöglicht, sowie eine Außen- und Entwicklungspolitik, die den weltweiten Zusammenhalt fördert und insbesondere Fluchtursachen wirksam bekämpft.

Eine aktive Zivilgesellschaft muss entschieden Menschenfeindlichkeit, Ressentiments und Intoleranz entgegenreten. Anlässlich der Bundestagswahl und der Bayerischen Landtagswahl im kommenden Jahr fordern wir alle politischen Parteien auf, im Wahlkampf das wachsende Klima der Polarisierung und Stigmatisierung sozialer Gruppen nicht zu befeuern, sondern sich für eine offene, plurale Gesellschaft stark zu machen. Eine tolerante Gesellschaft lebt von konstruktiven, politischen Auseinandersetzungen. ■



Jan Derksen
Kleines privates Lehrinstitut
Derksen

Der inklusive Ansatz unseres Gymnasiums spiegelt sich in unserem Leitbild „ein unbequemer fröhlicher Ort“. In unseren kleinen Klassen werden Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund bzw. mit und ohne Hochbegabung gemeinsam unterrichtet. Das Einüben der Wertschätzung von Vielfalt, das Sicherstellen von Teilhabe und das Erleben von Solidarität bereiten auf die Verantwortung in einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft vor.

Die Müh(l)en echter Beteiligung in der psychiatrischen Versorgung

Es ist keine 20 Jahre her, dass nach der Aufnahme einer Selbsthilfeorganisation Psychiatrieerfahrener in den Paritätischen im Fachgremium schon mal die Bemerkung fiel: „Das muss ich den ganzen Arbeitsalltag aushalten – muss das hier jetzt auch sein!“ So etwas hört man schon lange nicht mehr und die Teilnahme Psychiatrieerfahrener an fachlichen und politischen Gremien, in Verbänden (zumindest im Paritätischen) der Region und landesweit gehört heute zum guten Ton und ist Standard in den Geschäftsordnungen der Gremien.

Also alles gut mit der Beteiligung?

Politische Perspektive der Menschenrechte

Drei Schlaglichter:

- Das Bundesteilhabegesetz fordert die Beteiligung von Menschen mit Behinderung ein und in diesem Sinne wird der bayerische Landtag für die Umsetzung des Gesetzes Begleit- und Verhandlungsgremien legitimieren mit festgeschriebener Beteiligung von Betroffenenverbänden. D.h. zum Beispiel, dass sich bei der Gestaltung neuer leistungsvertragsrechtlicher Bedingungen neben die juristisch und ökonomisch hochspezialisierten sieben Bezirksvertreter/-innen und sieben Vertreter/-innen der Leistungserbringerverbände ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe setzen wird, um... ja, um was zu tun? Die Interessen der Leistungsberechtigten wirksam zu vertreten?
- Auch das im Entstehen befindliche bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz soll die Betroffenen stärken. Der Landesverband Psychiatrieerfahrener (BayPE) hat es auch geschafft, in allen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Eckpunkte vertreten zu sein. Bei einem wichtigen Klärungstermin zur „Zwangsunterbringung“ war die Selbstvertretung dann aber nicht eingeladen. Ausgerechnet bei diesem schwierigen Thema. Und eine Diskussion der Eckpunkte zum Gesetz findet im „Expertenkreis Psychiatrie“ statt, wo zwei Vertreter*innen des BayPE 70 Lobbyisten der psychiatrischen Versorgung gegenüber sitzen.
- In diesen Eckpunkten der Staatsregierung wird die Teilnahme von Selbstvertretungen Psychiatrieerfahrener und Angehöriger in den regionalen Koordinationsgremien der psychiatrischen Versorgung – also die gängige Praxis – als Standard festgeschrieben. Eine angemessene Ressourcenausstattung dieser einzig nicht hauptamtlichen Vertreter/-innen wird aber nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.

Diese Schlaglichter beleuchten die politische Perspektive der Menschenrechte. Ist das Geschilderte im menschenrechtlichen Sinne Beteiligung? Kommen wir hier den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention nach?

Dazu zwei Auszüge aus den abschließenden Bemerkungen 2015 zum Staatenbericht Deutschlands der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention:

- „9. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass Menschen mit Behinderungen die sinnstiftende und wirksame Partizipation an ihr Leben berührenden Entscheidungen nicht garantiert wird und dass es Defizite bei der barrierefreien Kommunikation gibt ...“
- 10. (...) Außerdem empfiehlt er dem Vertragsstaat, Mittel bereitzustellen, um die Beteiligung der Organisationen, die Menschen mit Behinderungen vertreten, insbesondere von kleineren Selbstvertretungsorganisationen, zu erleichtern.“

Wir müssen aufpassen, dass wir in den politischen Prozessen das ansonsten richtige Inklusionsprinzip „einfach dabei sein“ nicht schon für Beteiligung halten. Es muss um echte Beteiligung im Sinne von Mitbestimmung sowie um spür- und messbare Einflussnahme gehen. Von Beteiligung werden wir sprechen können, wenn es entweder ein über die bloße Anwesenheit hinausgehendes Interesse aller Akteure an den inhaltlichen Positionen der Betroffenen gibt – sozusagen die Anerkennung ihrer herausragenden Expertise in eigener Sache. Oder wenn sie mit Macht im Sinne von Stimmen, von Entscheidungskompetenzen, von Vetorechten ausgestattet werden. Am besten beides: Anerkennung und Macht.

Ein immer wiederkehrendes Argument in den seltenen Diskussionen um Beteiligung ist, dass es in solchen politischen und Fachgremien teilweise um schwierige fachliche, juristische und betriebswirtschaftliche Sachverhalte geht und deshalb keine „Augenhöhe“ möglich sei. Das darf aber nicht gelten und ist allenfalls die Nagelprobe, wie ernst man es mit der Beteiligung hält und ob man bereit ist, etwas für die Herstellung von „Augenhöhe“ zu tun. Ressourcen müssen den Selbstvertretungen zur Verfügung gestellt werden – für Aufwand und für Einkauf von Expertise. Zeit und Geduld muss von den anderen Akteuren aufgebracht werden, wenn Verständigung etwas mehr Zeit braucht und es tut allen gut, wenn vermeintlich komplexe Sachverhalte verständlich dargestellt werden. Ohne solche Anstrengungen, die ja durchaus unternommen und von Betroffenen auch immer häufiger eingefordert werden, bleibt das, was Beteiligung psychiatrieerfahrener Menschen im psychiatrischen Versorgungssystem genannt wird, Symbolpolitik.



Theresa Holzapfel

Sozialpsychiatrisches Zentrum
München

Menschen mit einer psychischen Erkrankung werden ausgegrenzt. Das Etikett „psychisch krank“ errichtet hohe Barrieren, die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft teilweise unmöglich machen – im Wohnumfeld, im Arbeitsleben, im Freundeskreis und selbst in der Familie. Barriereabbau heißt hier v.a. Toleranzentwicklung. Unsere Aufgabe ist es, Bürger*innen in der Nachbarschaft und im Stadtteil zu informieren, aufzuklären und den Kontakt zu Menschen mit unvertrauten Lebenskonzepten zu ermöglichen und beide Seiten dabei zu unterstützen. Einzelne Verhaltensweisen mögen nicht als Bereicherung sondern als Belästigung oder Belastung erlebt werden – mit Toleranz wird der Mensch aber nicht darauf reduziert.

Therapeutische Perspektive der Selbstwirksamkeit

Im zitierten Staatenbericht Deutschlands wird aber noch ein über die politische Dimension von Beteiligung hinausgehender Aspekt berührt: Partizipation bedeutet auch Selbstwirksamkeit.

Es geht dabei um Einflussnahme auf Dinge und Prozesse, die einen etwas angehen. Das Erlebnis von Selbstwirksamkeit mag beispielsweise beim Gang an die Wahlurne bei der Bundestagswahl vorhanden sein, wenn auch nicht sehr stark ausgeprägt. Das Gefühl wird aber zunehmend stärker, je mehr man sich der eigenen Lebenswelt nähert und das eigene Tun klarer mit Ergebnissen verknüpft werden kann. Naheliegenderes Beispiel ist die Arbeitswelt. Wer kennt nicht das belastende Gefühl, in der Arbeit getrieben und fremdbestimmt zu sein und demgegenüber das sinnstiftende Zufriedenheitsgefühl des Erfolgs bzw. etwas bewegt zu haben. Eine Arbeit haben, ist deshalb eine zentrale Ziel-Kategorie in Teilhabeprozessen bei psychisch kranken Menschen, wohl wissend, dass unsere Arbeitswelt gleichzeitig auch hohe Risiken für die seelische Gesundheit hat.

Nutzerbeteiligung bzw. die Einbindung der Adressaten sozialer Dienstleistungen in Einrichtungen findet natürlich statt. Das geschieht sehr individuell in der Hilfeplanung, das kommt zum Ausdruck bei Zufriedenheitsbefragungen oder im Beschwerdemanagement und es zeigt sich bei der Freiwilligkeit in der Inanspruchnahme von manchen Angeboten.

Freilich muss man hier wie auch bei der Beteiligung an politischen Prozessen aufpassen, um was für eine Beteiligung und Nutzerorientierung es sich handelt. Geht es hier um Mitbestimmung und werden Entscheidungskompetenzen abgegeben? Kann man wirksam gestalten? Die vielfach propagierte Betroffenenorientierung hat in unserem ökonomisch ausgerichteten Sozial- und Gesundheitssystem gar nicht immer echtes Empowerment und echte Kritikfähigkeit zum Ziel. Häufig geht es um Compliance, um Mitarbeit der Betroffenen und um deren Verantwortungsübernahme – mit dem Ziel, die Effektivität von Prozessen zu befördern und als gewünschtes Nebenprodukt, vielleicht auch einzusparen.

Die Organisationen haben die Aufgabe, die Nutzer ihrer Dienstleistungen fit zu machen für darüber hinaus gehende Mitwirkung und Mitbestimmung. Und sie müssen sich selbst dafür fit machen. Den Nutzern dann Entscheidungsbefugnisse für Organisationsbelange abzutreten, ist nicht risikolos und kann auch zu Konflikten führen. Ausgehalten werden muss auch, dass Prozesse zunächst nicht so reibungslos laufen. Letztlich muss in den Organisationen in der Spitze und bei der Mitarbeiterschaft die Haltung entwickelt werden, dass es sich lohnt, weil partizipative Organisationen langfristig ihre Ziele besser erreichen und die Zufriedenheit der Nutzer steigt.

Denen, die das nicht glauben und sofort Grenzen für Beteiligungsfähigkeit von Nutzern ihrer Angebote ziehen, sei gesagt: es ist das (Menschen-)Recht betroffener Menschen zu partizipieren und (selbst-)wirksame Partizipation ist immer ein Ziel von Unterstützungsmaßnahmen. Einrichtungen und Dienste in diesem Bereich dürfen also keine „selbstwirksamkeitsfreie Zonen“ sein.

Zurück an den Anfang – des Artikels. Wir sind heute in Sachen Partizipation deutlich weiter als noch vor zwanzig Jahren. Viele Grundlagen und Strukturen sind vorhanden und die beschriebene Haltung findet man auch an vielen Stellen. Ein Aspekt, der zwischen den Zeilen des Anfangszitats mitschwingt, gilt heute aber immer noch: echte Partizipation ist anstrengend. Gebraucht werden:

- die Bereitschaft, Macht zu teilen,
- Konzepte, die Organisation und ihre Mitarbeiter genauso wie die Nutzer dafür fit zu machen und
- Ressourcen bereit zu stellen.

Partizipation kommt nicht von allein.

Davor Stubican ■

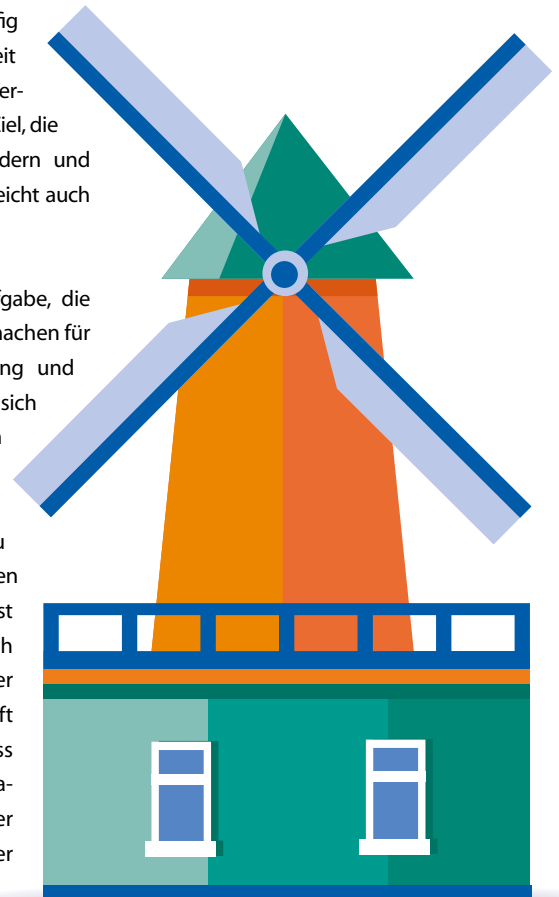


Foto: robu_s | fotolia



„Sind wir fit für Inklusion?!“

Oder aus dem Leben einer Mitarbeiterin in einem Inklusionsprojekt



Gemeinsame Arbeit in einem Diskussionsforum
Foto: Paritätischer Bezirksverband Mittelfranken

Mein bester Freund Doodle

Mein bester Freund heißt Doodle. Doodle ist nicht etwa unser Bürohund oder ein ausgeklügeltes Fitnessprogramm, sondern ein Online-Tool zur Terminplanung. Und ich doodle viel! Inklusion bedeutet für uns „Alle gehören dazu“, ergo sollten bei unseren Arbeitskreistreffen und Diskussionsforen auch alle dabei sein. Bei „Fit für Inklusion“ in Nürnberg beraten Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen als Experten in eigener Sache Unternehmer und Dienstleister. Damit das gelingt, ist viel Vorlauf notwendig. Denn für Inklusion muss man sich Zeit nehmen. Das gilt für den Kommunikationsmanager oder Betriebsrat im Unternehmen, ebenso wie für den vielfältig engagierten Experten in eigener Sache. Die Terminkalender sind überall voll und Doodle und ich suchen die Lücken. „Alle“ und „immer“ sind natürlich Utopien, aber günstig gelegte Termine sind die Grundlage, damit Partizipation möglich wird.

Partizipation für alle, aber keiner kommt?

Am Tag des Arbeitskreises, dem perfekt abgestimmten Termin, sitze ich in meinem Büro und das Telefon steht nicht mehr still: „Ja, ich kann heute doch nicht kommen, weil...“. Nach der vierten Absage komme ich ins Grübeln: Geht Inklusion überhaupt, wenn ich am Ende ohne die Experten in eigener Sache am Tisch sitze? Wenn ich als nicht-behinderte Projektmitarbeiterin mit den Unternehmen den Arbeitskreis bilde und Maßnahmen ausarbeite – nach bestem Wissen und Gewissen – ist das dann noch Inklusion? Die Antwort lautet natürlich: Wohl kaum! Wenn man „Nicht über uns ohne uns“ ernst nimmt, dann gibt es keine praktischen Erwägungen, sondern nur eine einfache Lösung: Den Termin absagen. Also hänge ich mich für den restlichen Vormittag ans Telefon. Anschließend sitze ich wieder vor Doodle und suche nach neuen Terminen – alles auf Anfang bitte!

„Immer wieder neu mitdenken“

Dieses Buffet ist barrierefrei – so halb

Runde 2: Ein paar Wochen später: Diesmal habe ich mehr Glück. Keine Absagen zu verzeichnen und am Nachmittag holen wir endlich den geplanten Arbeitskreis nach. Also stürze ich mich in die Vorbereitung unseres Treffens. Weiße Tassen auf roten Servietten – kontrastreich eindecken nennt sich das. Die glutenfreien Kekse stehen bereit und der Napf für den Assistenzhund. Aber irgendwas habe ich doch vergessen, oder? Richtig, die Strohhalme für den Kaffee fehlen ebenso wie die extra große Teilnehmerliste mit entsprechender Schrift (mindestens Schriftgröße 12, besser 16). Und die Induktionsanlage zeigt sich auch wieder nicht von ihrer kooperativen Seite. So geht das jedes Mal. Ein Inklusionsprojekt bedeutet einfach immer wieder neu mitdenken, denn für eine barrierefreie Veranstaltung aus dem Effeff fehlt oft noch die Routine. Da hilft nur eins: Geduld, Transparenz und gegenseitiges Verständnis, wenn es mal wieder nicht auf Anhieb klappt. Und zwar in beide Richtungen!



Begehung in den Kliniken, Dr. Erler gGmbH
Foto: Anja Saemann-Ischenko, Kliniken Dr. Erler gGmbH

Inklusion beginnt beim Menschen, nicht bei der DIN-Norm

So langsam stellt sich doch die Frage: Warum dieser Aufwand? Warum macht man überhaupt ein solches Inklusionsprojekt?

Ich kann mich einlesen, recherchieren und berichten. Aber persönliches Erleben und die tatsächliche Begegnung auf Augenhöhe kann nicht einfach durch eine DIN-Norm ersetzt werden. Denn die Gänge werden im Kaufhaus nicht verbreitert, weil die DIN-Norm es erfordert, sondern weil Herr Müller erzählt hat, wie die schmalen Gänge den letzten Einkauf im Rollstuhl unnötig verkompliziert haben. Und man sich dann in die Augen schaut, um nach Lösungen zu suchen. Geschichten, Menschen und Emotionen sind die Erfolgsfaktoren in unserem Inklusionsprozess und nicht irgendwelche Paragraphen und Zahlen. Man verändert Dinge für echte Menschen, nicht für die anonyme, gesichtslose Masse auf dem Papier.

„Ich hab da noch eine Idee“

Und dann kann man zur Halbzeit nicht nur auf abgesagte Termine und praktische Hürden blicken, sondern auf gemeinsam erreichte Ergebnisse, wie eine inklusive Museumsführung, sensibilisierte Mitarbeiter in einer Klinik oder einen geplanten Ausbildungsplatz für einen jungen Menschen mit Behinderung. Ergebnisse, die ohne die Vielfaltigkeit der Beteiligten, unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen nie möglich gewesen wären.

„Wissen Sie, was das Beste bei „Fit für Inklusion“ ist? Hier wird nicht nur drüber geredet, sondern hier wird tatsächlich was gemacht! Und ich hab da noch eine Idee...“. Und aus solchen Ideen entstehen dann neue Dinge, an die wir zu Beginn nicht gedacht hätten. Die sich auch nicht aus einer DIN-Norm ableiten lassen, weil sie aus dem Alltag und dem Miteinander entstehen. Wenn ganze Festivals, wie Popkultur trifft Handicap, aus dem Boden gestampft werden und man im wahrsten Sinne des Wortes gute Ideen feiert!



Fatoni auf der Bühne beim Inklusionsfestival „Popkultur trifft Handicap“
Foto: Lilly Urvat / Fotografin

Training für den „Miteinandermuskel“

Und zum Schluss kann ich festhalten, dass wir tatsächlich keine Inklusionsprojekte brauchen. Das heißt nicht, dass es keine Inklusion braucht oder keine Projekte. Sondern vielmehr, dass es schlichtweg nur noch inklusive Projekte geben kann! Dann sind alle Treffpunkte barrierefrei gewählt (zum Beispiel online) und jeder hat die Möglichkeit sich da einzubringen, wo er oder sie die Themen besonders reizvoll findet und was er oder sie auch einfach besonders gut

kann. Denn letztlich ist es egal, wer eine Behinderung hat oder nicht. Das macht einen ja noch nicht unbedingt zum Experten.

Letztlich geht's eben nur darum, dass man miteinander ins Gespräch kommt und sich um den Austausch bemüht. Daher darf jetzt jeder seinen „Miteinandermuskel“ trainieren! Unser Erfolgsrezept: Miteinander reden, zuhören und sich gegenseitig ernst nehmen. Dann klappt es auch mit dieser Inklusion!

Lisa Distler ■

„Fit für Inklusion“ ist ein dreijähriges von Aktion Mensch gefördertes Projekt des Bezirksverbands Mittelfranken. Bei „Fit für Inklusion“ sollen Dienstleistungen, Geschäfte und Freizeitangebote in Nürnberg fit gemacht werden für Inklusion – getreu dem Paritätischen Motto „Alle gehören dazu“.

Der erste Schritt heißt: Miteinander reden – nicht übereinander und dadurch Bewusstsein schaffen für die Bedürfnisse der Anderen. Dazu wurde im Projekt des Paritätischen Mittelfranken ein Diskussionsforum gegründet. Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache treffen auf Unternehmer und Dienstleister und stellen sich gemeinsam der Aufgabe, Nürnberg auf seinem Weg zur inklusiven Gesellschaft zu begleiten. Gemeinsam werden die Einrichtungen auf ihre Barrierefreiheit geprüft und Maßnahmen zur Verbesserung entwickelt. Darüber hinaus bietet das Projekt Schulungen für Mitarbeitende an, um sie für die Bedürfnisse der unterschiedlichsten Kunden zu sensibilisieren.

Mehr Informationen unter www.inklusion-mittelfranken.paritaet-bayern.de oder www.facebook.com/fitfuerinklusion und natürlich gerne per E-Mail inklusion.mfr@paritaet-bayern.de

Paritätisches Kooperationsprojekt bietet besonderen Schutz für allein geflüchtete Frauen und ihre Kinder

Seit 2015 gibt es das Paritätische Kooperationsprojekt zur Flüchtlingshilfe. Anlass für dessen Gründung war die schlichte Notwendigkeit, humanitäre Hilfe für Flüchtlinge zu leisten. Notgedrungen verlassen Tag für Tag Menschen ihre Heimat, um sich vor Krieg, politischer Verfolgung und körperlicher Gewalt in Sicherheit zu bringen. Als seinerzeit der enorme Flüchtlingsstrom in München ankam, rief Brigitte Meier, die damalige Sozialreferentin der Landeshauptstadt München, alle Verbände dazu auf, bei der Betreuung von Flüchtlingen mitzuhelfen.

Traditionell engagierten sich zuvor überwiegend die kirchlichen Träger in der Flüchtlingsbetreuung. Dies liegt auch daran, dass Organisationen, die in der Asylsozialberatung aktiv sind, aufgrund der Landesförderung einen erheblichen Eigenanteil an den Gesamtkosten zu tragen haben. Die Landeshauptstadt München stellte 2015 nun eine bessere Förderung in Aussicht. Der Paritätische Bezirksverband Oberbayern gründete daraufhin „Ein Netz für Flüchtlinge“ und warb eingehend bei seinen Mitgliedsorganisationen dafür, Asylsozialberatung anzubieten. Dieser Aufforderung folgte zum einen der Arbeiter Samariter Bund München. Zum anderen führte die Auseinandersetzung mit dem Thema Flüchtlingsbetreuung zur Gründung des Paritätischen Kooperationsprojekts zur Flüchtlingshilfe, das aus den Organisationen Condrobs, Frauenhilfe München und pro familia besteht.

Was die drei Träger veranlasst hat, einen Verbund zu gründen, welche Ressourcen in einer solchen Kooperation stecken und wo sich auch Schwierigkeiten ergeben, hat Karin Majewski, Geschäftsführerin des Paritätischen in Oberbayern, bei den Akteuren des Paritätischen Kooperationsprojekts zur Flüchtlingshilfe nachgefragt. Sie sprach mit Katrin Bahr (Bereichs-Geschäftsführerin „Angebote für Frauen* und Männer* in München“ von Condrobs), Caroline Beekmann (Abteilungsleiterin bei der Frauenhilfe München) und Christian Reisenberg (Geschäftsführer pro familia München).

Der Paritätische: Was war die Intention für das Paritätische Kooperationsprojekt zur Flüchtlingshilfe? Was wolltet Ihr damit erreichen?

Katrin Bahr: Bei der Gründung des Kooperationsprojekts im Jahr 2015 haben wir uns das Ziel gesetzt, die Situation geflüchteter Frauen, Männer, Familien und Kinder insgesamt zu verbessern und uns nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Sicherheit für besonders schutzbedürftige Menschen in allen Flüchtlingsunterkünften gewährleistet ist. Insbesondere wollten wir den speziellen Schutzbedürfnissen von geflüchteten Frauen bei der Unterbringung gerecht werden. Frauen benötigen einfach eine frauenspezifische Beratung und Betreuung für sich und ihre Kinder. Auch

sollten sie, insofern sie dies wünschen, getrennt von Männern untergebracht werden, vor allem wenn sie allein geflüchtet sind.

Caroline Beekmann: Ganz genau. Uns erreichten Berichte über die verzweifelte Situation von allein geflüchteten Frauen und ihren Kindern in den Massenunterkünften, die dort nach den vielfachen Gewalterlebnissen vor und während der Flucht wiederum Gewaltbedrohungen und sexuellen Übergriffen ausgesetzt waren. Angesichts dieser Situation schlossen wir drei Träger Frauenhilfe München, Condrobs und pro familia uns zu diesem Kooperationsprojekt zusammen und machten uns dafür stark, dass geflüchtete Frauen und ihre Kinder einen Schutzraum erhalten, sowohl in den Unterkünften als auch in Form einer frauenspezifischen Unterkunft.



Condrobs
Wir helfen.

Katrin Bahr,
Condrobs e.V.,
Bereichs-Geschäftsführerin Angebote für
Frauen* und Männer*
in München



pro familia

Christian Reisenberg,
pro familia München e.V.,
Geschäftsführer
Foto: Massimo Fiorito



Frauenhilfe

Caroline Beekmann,
Frauenhilfe München
gemeinnützige GmbH,
Abteilungsleiterin

Christian Reisenberg: Am 11. Januar 2016 konnten wir als Paritätischer Trägerverbund Münchens erste Unterkunft für allein angekommene, geflüchtete Frauen mit und ohne Kinder eröffnen. Der Start erfolgte unmittelbar nach der Genehmigung durch das Amt für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München. Die Frauenunterkunft bietet Platz für ca. 40 Frauen und 20 Kinder. Rund-um-die-Uhr-Betreuung sorgt dabei für einen besonderen Schutz.

Der Paritätische: Was ist das Besondere an eurer Kooperation? Warum ein Trägerverbund?

Katrin Bahr: Condrobs, Frauenhilfe und pro familia verfügen über langjährige Erfahrung in der Frauen-, Flüchtlings- und Familienhilfe. Wir alle fühlen uns den paritätischen Grundsätzen

Offenheit, Toleranz, Respekt und Vielfalt verpflichtet und setzen uns gemäß unserer humanitären Verantwortung für die Belange geflüchteter Menschen ein. In den Paritätischen Trägerverbund hat jede der drei Organisationen ihre spezifischen Stärken eingebracht. Zudem arbeiten wir kooperativ gut zusammen und können Synergieeffekte in der Flüchtlingsbetreuung erzielen. Wie gesagt, vor allem allein geflüchtete Frauen und ihre Kinder sind besonders verletzlich, auch Familien benötigen überdurchschnittliche Zuwendung. Dafür sind wir da und auch sonst machen wir uns für die Wahrung der Interessen von Flüchtlingen stark.

Der Paritätische: Was genau sind diese Stärken im Trägerverbund?

Katrin Bahr: Alle drei Organisationen bringen langjährige Erfahrungen in der Hilfe für Frauen, Geflüchtete und Familien mit. Es geht dabei um Themen wie Gewaltschutz, aber auch um Erfahrung im Umgang mit brüchigen, von Traumata geprägten Lebensläufen. Und es geht um Hilfe für Menschen mit Identitätsverlust. In die Kooperation des Trägerverbunds bringt jeder der drei Partner unglaublich viel Know-how ein.

Caroline Beekmann: Das gemeinsam vorhandene Know-how hat es uns ermöglicht, sehr

schnell wirksame Schutzräume aufzubauen, die den besonderen Schutzbedarfen Rechnung tragen, die geflüchtete Frauen und ihre Kinder, aber auch andere äußerst verletzbare Gruppen mitbringen. Gleichzeitig hat jeder Träger sein spezifisches Know-how eingespeist und fachspezifische Angebote unterstützend bereitgestellt. Die Frauenhilfe ist beispielsweise mit einer gewalt- und traumasensiblen Fachberatung für besonders belastete gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen vor Ort aktiv. Ein großer Teil der allein geflüchteten Frauen war im Heimatland und auf der Flucht massiver Gewalt ausgesetzt und bringt schwere Traumata mit. Das niedrigschwellige, aufsuchende Stützungsangebot ist eng abgestimmt mit der Asylsozialberatung in der Unterkunft.

Der Paritätische: Welche Probleme ergeben sich, wenn drei unterschiedliche Träger im Verbund zusammen agieren?

Christian Reisenberg: Eigentlich gibt es keine großartigen Schwierigkeiten, gelegentlich mal kleine Unstimmigkeiten. Dies ist aber völlig normal, wenn drei verschiedene Organisationen sich für eine gemeinsame Sache zusammenschließen.

Katrin Bahr: Grundsätzlich sind wir uns nämlich einig: inhaltlich in der Ausrichtung über das, was wir tun, wie perspektivisch über das, was wir tun wollen. Natürlich entstehen bei der Zusammenarbeit an manchen Stellen Reibungen, z. B. wie Abläufe gestaltet werden oder wie Informationswege laufen sollen. Da wir einen engen Austausch pflegen, können wir alles immer wieder klären und weiter auf den Weg bringen. Für den großen Rahmen haben wir eine Kooperationsvereinbarung geschlossen; die Federführung liegt bei Condros.

Christian Reisenberg: Schwierigkeiten tauchten zunächst bei scheinbar nicht so wichtigen Dingen wie z.B. unterschiedlichen Zeiterfassungssystemen und Be-

triebsvereinbarungen auf. Hier sind wir ein gutes Stück weiter, aber trotzdem gibt es noch genügend zu tun. Es ist nicht immer ganz einfach, die Kommunikation zwischen den gemeinsamen Einrichtungen und Teams und dem Kooperationsprojekt bzw. einzelnen Trägern in die richtigen Bahnen zu lenken. Manchmal gibt es Missverständnisse oder Informationen gehen verloren. Damit muss man angemessen umgehen, und darum haben sich alle drei Organisationen sehr bemüht.

Der Paritätische: Wie beurteilt Ihr die Zusammenarbeit heute?

Katrin Bahr: Sehr gut. Sich zu einer Kooperation zusammenzuschließen, war eindeutig der richtige Weg. Es ist auch ganz im Sinne der geflüchteten Menschen, die wir betreuen und denen wir zusammen im Paritätischen Kooperationsprojekt zur Flüchtlingshilfe am besten helfen können. Für Flüchtlinge, die aus verschiedenen Ländern und Regionen der Welt aus welchen Gründen auch immer zu uns kamen, haben wir Betreuungskonzepte geschrieben und halten Angebote bereit. Für sie setzen wir uns in allen Belangen ein und positionieren uns auch da, wo es manchmal unbequem ist.

Christian Reisenberg: Das Kooperationsprojekt war und ist ein Lern- und Experimentierfeld für alle drei beteiligten Träger. Die drei Kooperationspartner konnten sich erstaunlich schnell einigen und kreative Lösungen entwickeln – auch in vergleichsweise schwierigen Situationen.

Caroline Beekmann: Im Trägerverbund kann das fach- und sozialpolitische Netzwerk aller drei Träger genutzt werden. Dies führt zu enormen Synergien und stärkt auch die Zusammenarbeit.

Der Paritätische: Ist der Trägerverbund ein Zukunftsmodell?

Christian Reisenberg: Definitiv. Nach meiner persönlichen Einschätzung ist der Trägerverbund eindeutig zukunftsfähig. Wenn wir es schaffen, bestimmte Prozesse und Verfahren noch besser aufeinander abzustimmen, dann sind unsere fachspezifischen Stärken optimal miteinander kombiniert.

Das Interview führte Karin Majewski ■



WIR FORDERN BESONDEREN SCHUTZ FÜR ALLEIN GEFLÜCHTETE FRAUEN UND IHRE KINDER:

- Räumlich getrennte Unterbringung von allein angekommenen Frauen und Familien in allen Unterkünften und Einrichtungen
- Umsetzung eines Gewaltschutzkonzeptes – konsequent und nachhaltig
- Ausbau separater Unterkünfte und Einrichtungen für alleinstehende geflüchtete Frauen und ihre Kinder – schnell und bedarfsgerecht
- Niedrigschwellige Zugänge zu psychosozialen Hilfsangeboten für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrung – einfach und sicher

In 50 Tagen von der Idee zum Bündnis

Der Verein für ergänzende unabhängige Teilhabeberatung in den Bezirken Oberpfalz und Niederbayern

Das Bundesteilhabegesetz sieht zur Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung von Menschen mit (drohenden) Behinderungen ab Januar 2018 ein neues Beratungsangebot vor: die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB).

Nachdem die Bekanntmachung der Förderrichtlinie erst am 17. Mai 2017 veröffentlicht wurde und Ende Mai weitere Ausführungen zur Verfügung standen, ergab sich daraus die große Herausforderung, in äußerst kurzer Zeit – nämlich bis Ende August 2017 – die Voraussetzungen für eine durchaus anspruchsvolle Antragstellung zu schaffen.

Der Prozess der Beteiligung und Abstimmung

So entstand die Idee, mit den paritätischen Mitgliedsorganisationen aus Niederbayern und der Oberpfalz zu klären, ob Interesse an einem gemeinsamen Trägerverbund besteht. Hierzu fand auf Einladung der Bezirksgeschäftsführerin Andrea Ziegler am 29. Juni 2017 ein Treffen mit interessierten Mitgliedsorganisationen statt. Peter Weiß, Geschäftsführer von Sozialteam, brachte seine ersten inhaltlichen Überlegungen ein, die eingehend diskutiert wurden. Es entstand eine „Konzeptgruppe“, in der gemeinsam an drei Terminen im Juli die konzeptionellen Grundlagen ausgearbeitet wurden. An dieser Entwicklungsarbeit waren beteiligt Menschen mit eigenem Handicap, Vertreter von Mitgliedsorganisationen sowie die Bezirksgeschäftsführerin und eine Vertreterin von KISS, der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe Regensburg. Als Ergebnis entstand eine Konzeption, in der die Peer-Beratung einen besonderen Stellenwert einnimmt, die eine Mitwirkung von Selbsthilfe-Aktiven beinhaltet und ein auch für ländliche Regionen flächendeckendes Beratungsangebot vorsieht.

Von Anfang an bestand Einigkeit, einen neuen Verein zu gründen, der möglichst breit getragen ist und sich auch für andere gemeinnützige Organisationen öffnet mit der Intention, durch Vielfalt dem besonderen Kriterium der Unabhängigkeit Rechnung zu tragen. Es folgte am 19. Juli 2017 eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung im Haus der Parität in Regensburg mit Vertreter/-innen der Selbsthilfe, der Mitgliedsorganisationen, der Wohlfahrtsverbände, der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe Niederbayern sowie der beiden Psychiatriekoordinatorinnen vom Bezirk Oberpfalz und Bezirk Niederbayern. Das Interesse an der Präsentation des Vorhabens war enorm. Große Anerkennung fand die verbands- und trägerübergreifende Offenheit und Transparenz insbesondere vor dem Hintergrund, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt war, wer überhaupt und in welcher Form sich für die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung engagieren wird. Es begann in den darauffolgenden zwei Wochen eine sehr intensive Phase der Abstimmung mit den interessierten Organisationen.

Andrea Ziegler

Vereinsgründung und fristgerechte Antragsstellung

Der Trägerverein, der die Mitgliedschaft im Paritätischen anstrebt, konnte schließlich Ende Juli gegründet werden. Gründungsmitglieder sind der Ambulante Betreuungsdienst Neumarkt (ABD), der Allgemeine Rettungsverband Oberpfalz, die Bayerische Gesellschaft für psychische Gesundheit, Sozialteam Nordbayern und Niederbayern, Transplantationsbetroffene Bayern und der Verein zur Förderung Aktiver Behinderten Dienste.

Die beschlossene Vereinssatzung sichert die Beteiligung der Selbsthilfe durch einen Fachbeirat ab, der den Vorstand beim Aufbau und der Entwicklung des neuartigen Beratungsangebotes berät. Dieser wird auf Vorschlag der Selbsthilfekontaktstelle KISS Regensburg besetzt. Vereinsmitglied kann jede gemeinnützige Organisation werden. Besonders wollen wir Mitglieder aus der organisierten Selbsthilfe werben. Mehrere Selbsthilfeorganisationen und andere Träger haben bereits Interesse an einer Mitgliedschaft angemeldet.

Zum Vorstand wurden auf der Gründungsversammlung gewählt: Peter Weiß (Sozialteam) als Vorsitzender, Andreas Kinateder (Bayerische Gesellschaft für psychische Gesundheit) und Sven Göpel (ABD) als stellvertretende Vorsitzende, Norbert Beyer (Transplantationsbetroffene) als Kassier.

Glücklicherweise gelang es – auch dank der Unterstützung des uns beratenden Steuerberaters und Notars – in sehr kurzer Zeit, den Verein eintragen zu lassen und die Gemeinnützigkeitsanerkennung zu erlangen. Damit stand der Antragstellung nichts mehr im Wege – außer ein sehr arbeitsreicher und äußerst zeitaufwendiger Antrag. Notwendig war es, die konzeptionellen Ideen in die Antragsstruktur zu bringen, Nachweise über ausreichende Liquidität der beteiligten Mitgliedsorganisationen zu erhalten, eine genaue Finanzplanung für die nächsten Jahre zu erstellen u.v.m. Doch Ende August war es geschafft und die beiden Anträge für Niederbayern und Oberpfalz konnten fristgerecht eingereicht werden.

Nun hilft nur noch zu hoffen, dass unser Antrag positiv beschieden wird und wir durchstarten können.

Peter Weiß

Welche besonderen Chancen bietet aus Ihrer Sicht der Ansatz der Peer-Beratung für die Ratsuchenden im Rahmen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung des neu gegründeten Vereins?



Marina Siebert,
„Aktives Leben für Menschen mit Behinderung e.V.“, Mitglied der Konzeptgruppe:

Peer-Berater/-innen – egal ob Pro-

fis oder Selbsthilfeaktive – bringen immer eine entscheidende, besondere „Zusatzqualifikation“ mit, nämlich den spezifischen Erfahrungshintergrund aufgrund ihrer eigenen Behinderung.

Die Tatsache, dass die Ratsuchenden in ihrem Gegenüber Jemanden haben, der ihre behinderungsspezifische Lebenswirklichkeit teilt und sich noch unmittelbarer in ihre Situation hineinversetzen kann, führt meiner Erfahrung nach häufig dazu, dass schneller ein Vertrauensverhältnis entstehen bzw. ein Zugang gefunden werden kann und es ihnen dadurch leichter fällt, offen über ihre Probleme und Bedarfslagen zu sprechen.

Peer-Berater/-innen haben eine entscheidende „Zusatzqualifikation“: ihre spezifischen Erfahrungen aufgrund ihrer eigenen Behinderung.

Welche besonderen Erwartungen haben Sie an die Umsetzung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung durch den neu gegründeten Verein?



Harald Kelsch,
Vorstandsmitglied von „Irren ist menschlich e.V.“

Gesetze, Formulare, Anträge, Ämter – gerade für psychisch erkrankte

und behinderte Menschen sind das oft nahezu unüberwindbare Hindernisse auf dem Weg zu beruflicher und sozialer Teilhabe. Wir als Verein „Irren ist menschlich“ erhoffen uns, im Rahmen einer angestrebten Vereinsmitgliedschaft – mit eigenen Erfahrungen – wegweisende Unterstützung anbieten zu können und darüber hinaus ein besonders hilfreiches Beratungsangebot für Menschen mit Beeinträchtigungen jeglicher Art.

Welche zukünftigen Herausforderungen sehen Sie als Vereinsvorsitzender für den Fall der Bewilligung des Antrages?



Peter Weiß,
Vorsitzender des Vereins für ergänzende unabhängige Teilhabeberatung in den Bezirken Oberpfalz und Niederbayern

Zunächst sehe ich die große Chance, eine Beratungsstelle aufzubauen, die Menschen mit Handicaps hilft, sich in unserem komplexen Unterstützungssystem zurecht zu finden und ihre Rechte auf gute Unterstützung in unserem

komplizierten Leistungsträgersystem auch durchzusetzen. Wir haben damit die Chance, Menschen mit Handicaps in ihrer Eigenverantwortlichkeit zu stärken und ihnen zu helfen, ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten. Und wir haben vor allem die Chance, vorbildhaft Peer Beratung aufzubauen. Die Herausforderung wird zunächst sein, geeignete Mitarbeiter/-innen zu finden, Peer-Berater/-innen. Dies wird vor allem bei den Menschen mit kognitiven Einschränkungen eine große Herausforderung sein. Und dann innerhalb kurzer Zeit, denn zwischen Bescheidung und geplanten Beginn zum 1. Januar liegen wohl nicht einmal vier Wochen. Nächstes Ziel muss es dann sein, bekannt zu werden und eine gute Vernetzung mit den bestehenden Beratungsangeboten zu schaffen. Da können wir jedoch auf unsere vielfältigen Netzwerke unserer Mitgliedsorganisationen zurückgreifen.

Was motiviert Sie als Selbsthilfeorganisation aktiv in diesem Verein mitzuwirken?



Norbert Beyer,
1. Vorstand Transplantationsbetroffene e.V. Bayern

Wir als Mitbegründer dieses neuen Vereins sind der

Meinung, dass in der Oberpfalz und Niederbayern eine unabhängige Teilhabeberatung bisher fehlte und dringend neue Beratungsstellen für Leistungen der sozialen Sicherung für Menschen mit Behinderung geschaffen werden müssen. Auch diese neuen gesetzlichen Regelungen werden unsere Patienten in Anspruch nehmen und nutzen.

Der erste Schritt ist getan, der Verein gegründet, die Satzung steht und der Vorstand gewählt. Wir freuen uns, dass diese Angebote für Ratsuchende unentgeltlich sind und sie auch allen Menschen mit drohenden Behinderungen sowie ihren Angehörigen offen stehen werden.

„Wir machen das ...“

Die bayerische Wirtschaft leistet einen beachtlichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Was sie alles dafür tut und welche Herausforderungen sie dabei auch meistern muss, erläutert im Interview, Hubert Schöffmann, der Bildungspolitische Sprecher des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages e.V. (BIHK).

Herr Schöffmann, damit Vielfalt zu einer gesellschaftlichen Bereicherung wird, muss sie strukturell verankert, umgesetzt und gelebt werden – in der Politik, der Zivilgesellschaft und in den Unternehmen. Durch die zahlreichen Flüchtlinge wird Deutschland vielfältiger, pluralistischer. Wie unterstützt der BIHK die Integration von Geflüchteten?

Hubert Schöffmann: Integration gelingt am besten über Arbeit und Ausbildung, denn am Arbeitsplatz in den Unternehmen geht es nicht nur um Fertigkeiten und Kenntnisse: Flüchtlinge bekommen eine Zukunftsperspektive, man lernt sich gegenseitig kennen und wächst leichter in die aufnehmende Gesellschaft hinein.

Die bayerische Wirtschaft unterstützt die Integration von Flüchtlingen in außerordentlicher Weise. Gleich zu Beginn der großen Flüchtlingswelle 2015 haben die Unternehmen ihre Türen geöffnet und lassen sie nach wie vor offen.

Die bayerischen IHKs stellen bis 2019 im Rahmen des Bayerischen Integrationspaktes, der Ende 2015 zwischen der Bayerischen Staatsregierung, der bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit geschlossen wurde, neun Millionen Euro zur Verfügung. Mittlerweile sind in Bayern mehr als 60.000 Flüchtlinge in Arbeit, Ausbildung, Praktika und anderen Maßnahmen. Das ist ein stolzes Ergebnis.

Warum hat die Wirtschaft die Verpflichtung zur Integration ernst genommen? Was motiviert die Unternehmen?

Hubert Schöffmann: Die Unternehmen fühlen und fühlen sich menschlich verpflichtet: Sie wollen helfen – weil sie gemäß des Leitbilds des Ehrbaren Kaufmanns über den Tellerrand schauen und es für selbstverständlich halten, auch gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Doch auch der wachsende Fachkräftemangel spielt eine Rolle.

Geflüchtete können für uns ein wichtiger Bestandteil der Fachkräftesicherung sein. Es fehlen Fachkräfte und mit den Flüchtlingen kamen und kommen auch Arbeitskräfte nach Europa.

Außerdem sind die Flüchtlinge für viele Unternehmen eine Aufgabe, die die Belegschaften neu zusammenschweißt: Nicht nur die Cheftage – alle wollen helfen und beteiligen sich und sind dann gemeinsam stolz auf das Ergebnis. Das motiviert und Motivation schlägt sich wirtschaftlich immer positiv nieder.

Unternehmen haben langjährige Erfahrungen im Diversity Management. Können sie bei der Integration von Flüchtlingen auf diese Erfahrungen zurückgreifen?

Hubert Schöffmann: Diversity Management heißt, die personelle Vielfalt im Unternehmen so zu fördern und zu entwickeln, dass daraus ein wirtschaftlicher Vorteil entsteht.



Hubert Schöffmann

Es ist aber zugleich auch ein Ausdruck für die Werte des Ehrbaren Kaufmanns, der seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Vielfalt und jeweiligen Besonderheit wertschätzt. Klassischerweise unterscheiden wir bei den Diversity-Dimensionen nach Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter, Behinderung und sexueller Orientierung. Grundsätzlich hilft es Unternehmen sicherlich, sich bei der Integration von Flüchtlingen der Instrumente zu bedienen, die die Dimensionen Herkunft und Religion zur Verfügung stellen. Ich glaube aber, dass sie darüber hinausgehen müssen, damit eine Integration wirklich gelingt.

Wo sehen Sie besondere Herausforderungen?

Hubert Schöffmann: Flüchtlinge kommen aus ganz unterschiedlichen Gründen nach Europa. Viele sind von den Erlebnissen und Erfahrungen in ihrem Heimatland, sei es Krieg, Repression, Gefängnis, Folter oder Armut, und auch von der Flucht selbst traumatisiert. Diese Ängste werden sie auch in einem neuen Land nicht einfach los. Auf eine Flucht bereitet man sich zudem nicht vor, man lässt im Vorfeld keine Papiere anerkennen oder absolviert einen Sprachkurs. Die Flucht reißt Menschen aus einem vertrauten Umfeld und wirft sie in einen neuen unbekanntem Kontext: in der Regel mit keinen oder unzureichenden Sprachkenntnissen und keiner Vorstellung vom Wirtschafts- und Ausbildungssystem im Aufnahmeland. Viele wollen nicht einmal dauerhaft bleiben, sondern nach den Kriegen zurück nach Hause. Eine große Herausforderung für die Unternehmen sind mangelnde – vor allem berufsbezogene – Sprachkenntnisse. Außerdem ist es meist schwer zu bestimmen, welche beruflichen Qualifikationen die Flüchtlinge mitbringen. Oft entsprechen sie nicht den hiesigen

Die komplexe Asylrechtthematik führt zur Verunsicherung

Anforderungen. Hinzu kommt noch eine volatile Rechtslage. Im Asyl-, Aufenthalts- und Arbeitsrecht verändert sich ständig etwas.

Die Anfangseuphorie ist vorbei. Wir müssen akzeptieren, dass Integration länger dauert und dass Dinge auch schwieriger sind.

Wie stemmen die Unternehmen diese besondere Diversity-Aufgabe?

Hubert Schöffmann: Viele Betriebe benennen einen besonderen Betreuer, einen Paten oder Mentor für die Flüchtlinge. Der ist Ansprechpartner für fachliche, aber auch persönliche oder behördliche Fragen. Vor allem in der Ausbildung erleben wir sehr engagierte hilfsbereite Mitarbeiter, die die jungen Flüchtlinge mit großem Herzblut begleiten und ihnen helfen, in die betriebliche Wirklichkeit zu finden. Darüber hinaus sind zusätzliche Deutschkurse von großer Bedeutung. Vor allem auch die jungen Leute lernen zwar schnell die Umgangssprache, um aber die Berufsschule zu schaffen und später im Betrieb mitzuarbeiten, braucht es schon etwas mehr.

Gibt es dabei eine Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen, die Flüchtlinge betreuen? An welchen Stellen läuft es gut; wo könnte die Zusammenarbeit besser sein?

Hubert Schöffmann: Selbstverständlich arbeiten wir hier über unser Integrationssteam auch mit sozialen Einrichtungen, die sehr wertvolle Arbeit leisten, zusammen. Das können Fragen der Ausbildung, oder Praktika sein, der Kontakt und die Kooperation mit Ausbildungsfirmen, aber z.B. auch der gemeinsame Einsatz unseres Kompetenzfeststellungstools, check.work, oder IHK Informationsveranstaltungen sein. Bei „neuen“ Kooperationen und Netzwerken, heißt es zunächst immer voneinander zu lernen. Gerade der persönliche Kontakt und das Kennenlernen sind wichtig und helfen, die jeweiligen Positionen und Erfordernisse zu verstehen.

Sie sprachen auch von der komplizierten Rechtslage.

Hubert Schöffmann: Die erschwert die Integration in erheblichem Maße. Deshalb war es für die bayerischen IHKs sehr wichtig, mit ihrem 3+2 Modell die erforderliche Basis für Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. 3+2 besagt, dass Flüchtlinge, auch wenn sie noch keinen festen Aufenthalt haben, sondern noch im Verfahren sind oder geduldet werden, eine Ausbildung machen und dann noch zwei weitere Jahre in ihrem Ausbildungsberuf arbeiten dürfen.

Diese Regelung, ist erfreulicherweise seit August 2016 im Bundesintegrationsgesetz verankert worden. Leider, wird die Regelung aktuell von den Bundesländern unterschiedlich ausgelegt und die bayerische Staatsregierung setzt sie über die Ausländerbehörden sehr restriktiv um. Einzig diejenigen, die aus Syrien, Somalia, Iran, Irak und Eritrea kommen, haben hier sichere Chancen auf 3+2. Bei allen anderen Herkunftsländern, ist es deutlich schwieriger.

Die komplexe Asylrechtthematik führt aber zur Verunsicherung und teilweise zu Unverständnis bei den Unternehmen. Mit systematischer Beratung, Information, Unterstützung und noch mehr Transparenz müssen wir dafür sorgen, dass die Unternehmen mehr Planungssicherheit bei der Integrationsarbeit erhalten, wenn wir nicht riskieren wollen, dass sich die Unternehmen aus der Integrationsarbeit zurückziehen.

Was fordern Sie von der Politik?

Hubert Schöffmann: Die bisherigen Integrationserfolge zeigen, dass Integration in Arbeit und Ausbildung nur gemeinsam gelingen kann. Planungssicherheit, aber auch Nachhaltigkeit sind für die Wirtschaft zentrale Faktoren einer erfolgreichen Integrationspolitik.

Noch einmal zurück zur Eingangsfrage: Wie hilft die IHK konkret bei der Integration von Geflüchteten?

Hubert Schöffmann: Wie im Integrationspakt vereinbart, haben die bayerischen IHKs innerhalb kürzester Zeit zentrale Schlüsselprojekte realisiert. Gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerium für Arbeit und Soziales als strategischen Partner haben die bayerischen IHKs eine „Kümmererstruktur“ aufgebaut. Unsere Integrationsberater leisten wertvolle Arbeit. Sie informieren, beraten und unterstützen Unternehmen bei allen Fragen rund um das Thema der beruflichen Integration. Wir als BIHK haben berufsbezogene, ausbildungsbegleitende Sprachkurse an den Berufsschulen auf den Weg gebracht. Mit dem Tool check.work stellen wir Schulen, den Arbeitsagenturen oder Trägern der Integrationsarbeit ein neues, innovatives Instrument zur Verfügung, mit dem sich auch informell erworbene Qualifikationen der Herkunftsländer erkennen lassen. Zudem läuft derzeit unser Projekt Teilqualifikation plus, das ältere Geflüchtete zu Berufskraftfahrern weiterbildet – das Plus steht für intensives Deutschlernen. Um die Flüchtlingsansprechpartner in den Betrieben zu schulen, hat unsere Akademie interkulturelle Seminare im Angebot. Und zudem informieren und vernetzen wir in vielen Veranstaltungen, Flyern und Broschüren.

Die Wirtschaft schafft das also?

Hubert Schöffmann: Ich ändere den Satz der Kanzlerin immer gern ab in „Wir machen das“. Das wäre auch meine Botschaft: Es gibt noch gut zu tun, nicht alles läuft rund, die Integration muss nun nachhaltig verankert werden. Die Wirtschaft handelt anstatt zu reden. Ja, sie macht das!

Das Interview wurde uns vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag e.V. zur Verfügung gestellt. ■

Zum März 2017 waren in Bayern:

- **60.500** Geflüchtete in Praktika, Ausbildung und Arbeit
- **35.000** davon waren in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- **5.000** von den **35.000** waren in qualifizierter Berufsausbildung (**3.500** im IHK Bereich und **1.500** im Handwerksbereich)

Tagebuch einer Freiwilligen

Zwei Jahre Asylhilfe in einer Kleinstadt in Bayern

November 2017

Heute vor zwei Jahren saß der junge Afghane Sia (Name geändert) zum ersten Mal an unserem Klavier und hat zusammen mit anderen aus der „Sammelunterkunft“ ein altes afghanisches Lied gesungen. Sie lachen gemeinsam und eine neue Welt hält Einzug in unser Wohnzimmer: die persische Kultur, ihre Geschichte, Musik und Dichter und der Dialog über unseren jeweiligen Blick auf die Länder Iran, Afghanistan und den Islam.

Ich bin berührt und biete Sia (damals 17) an, regelmäßig bei uns in der Familie Klavier zu üben. Der Beginn eines besonderen gemeinsamen Weges – geprägt von Hoffnung, Neugierde, Offenheit, Mut, Geduld, Staunen, konstruktiven Konflikten, Begeisterung aber auch Missverständnissen, Enttäuschung, Wut, Frust, Depression, Ohnmacht und Angst, dennoch von einer unvorstellbaren Kraft.

Frühjahr 2015

Die Bilder in den Medien lassen mich nicht los. Ertrinkende Flüchtlinge. Ich muss was tun, werde Mitglied in einem Verein, der für offene Türen eintritt.

Sommer 2015

Man liest von „Notfallplänen“: Was tun, wenn die ersten Flüchtlinge hier ankommen? Notfallpläne?! Die Menschen kommen aus der Not. Wir füllen Stadien und Bierzelte mit der 100-fachen Menge an Leuten, organisieren seit Jahrzehnten Klassenfahrten, Pfarr- und Feuerwehrfeste! **Machen wir wirklich ein Szenario, als kämen WIR in Not, weil 300 Flüchtlinge in unserem Städtchen Hilfe suchen?**

August 2015

Sie sind da! Viele Familien, viele Kinder. Das macht es den Skeptikern und Ängstlichen leichter. So viele Helfer*innen! Ich bin begeistert, auf welch breiten Schultern der Beginn einer „neuen Ära“ für diese kleine Stadt steht. Im Vergleich zu meiner Zeit als Studentin in den 90er Jahren sind aus allen Berufen und Altersschichten ehrenamtliche Helfer*innen dabei. Es hat sich was getan in Deutschland. Wir sind bereit zu helfen, wir sehen unsere Verantwortung, unsere Chancen und zeigen, dass Humanität auch zu den Grundpfeilern unserer Gesellschaft gehört. „Wir schaffen das!“ Wir beginnen mit der Essensausgabe und hören die ersten Geschichten vom langen Weg nach Deutschland. Hilfe zur Orientierung in der Stadt, Spielzeug, Fahrräder, der Weg zum Bahnhof, die Fahrkartensautomaten

September 2015

Ich will nicht nur Essen austeielen. Was kann ich mit meiner beruflichen Erfahrung noch beisteuern? Es gibt einen Fonds für Helfer*innen. Ich kenne mich aus mit Anträgen und Konzepten. Was steht an, wie können wir den Fonds nutzen? Was bei Freiwilligen und Geflüchteten fehlt, sind: Interkulturelle Kompetenzen, Auseinandersetzungen über Klischees zu Frauen und Männern, Hilfen für die Kinder.

Ein Theaterprojekt wird gefördert. Hurra! Schaffe ich das neben dem Job und der Sorge für die eigenen Kinder? Jeden Sonntag Probe. Ich hab so eine Lust darauf! Neues Terrain betreten. Die Regisseure bitten uns „Fachfrauen“ mit zu machen, da sie sich davor fürchten, was „an Traumata auf sie zukommen könnte“. Neben den Fahrdiensten, mit den Eltern Tee trinken, damit sie uns ihre Kinder anvertrauen, gibt es enorm viel zu tun.

November 2015

Einladung ins sogenannte „Containerdorf“

Zu viert auf ca. 12 Quadratmetern: vier Betten, vier Spinde, ein Kühlschrank. Teenager, die sich mit ihren Eltern ein Zimmer teilen.

Es ist eng. Aber ich fühle mich wie als Kind bei meiner Oma. Gemütlich und gastfreundlich. Meine Familie wird bekocht und verwöhnt. Der Vater bietet uns Stühle und einen Tisch an, aber wir sitzen lieber alle auf dem Boden. Die Nachbarn bekommen immer einen Teller ab, das ist so üblich. Sobald man das gute Essen riecht, bekommt man auch was, so ein afghanischer Brauch. Bei jedem Besuch im „Containerdorf“ ziehe ich den Hut vor den Menschen, die dort mit einem höchsten Maß an sozialer und emotionaler Kompetenz das Zusammenleben auf engstem Raum, über so lange Zeit meistern.

Wohnzimmersgespräche... zur Rolle der Frauen

Die Mutter und die Schwägerin Sias besuchen uns zuhause. Sie sehen das Chaos im Haus, die Hausarbeit, die liegen bleibt. Ein kurzes: „Du brauchst Hilfe, du arbeitest zu viel“ und schon packen sie mit an und wir räumen das Haus von oben bis unten auf! Soll ich Ihnen das krumm nehmen? Nein, es ist keine Wertung dabei, ein Geben und Nehmen, ohne Erwartung, ohne schlechtes Gewissen.

Wir überlegen, ob Sias Mama arbeiten gehen könnte. Aber er sagt: „Sie arbeitet doch! Sie kocht jeden Tag für uns, macht die Wäsche, hält das Zimmer in Ordnung, ist Oma für die Kinder, die hier im Containerdorf sind.“



Gemeinsames Flötenspiel

Stimmt, das ist Arbeit! Hausarbeit wird anerkannt als Arbeit! Gewürdigt. Und wie geht es den Frauen hier? Was sagt die Feministin in mir dazu?

Lasst uns unsere Träume und Traditionen

„Ich möchte nach München ziehen!“

„Vergiss es, da gibt's keine Wohnungen.“

„Du sollst mich ermutigen, lass uns wenigstens unsere Träume.“

„Mein Bruder will sich verloben.“

„Oh no, ihr habt doch echt andere Probleme!“

„Wir haben alles verloren, und wir wissen nach zwei Jahren noch immer nicht, wie es weiter geht, wir dürfen nicht arbeiten und keine Ausbildung machen und ihr wollt uns sagen, dass wir unsere Feste nicht mehr feiern sollen, unser Wiedersehen mit der Familie und unsere Freundschaften!?“

Du hast ja so recht!

Was meine Kinder von der Willkommenskultur lernen. Die Kinder lernen in der Schule, wie der Bürgermeister gewählt wird und was seine Aufgaben sind. Bei der nächsten Gelegenheit (am Fußballplatz!) gehen sie zu ihm, um ihm zu sagen, dass er Sia helfen soll. „Er darf nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem Krieg ist. Er bringt mir Persisch bei und ich bringe ihm bei, wie man Flöte spielt.“ Meine Töchter könnten erleben, dass Menschen in Not geholfen wird. Dass es ein Recht auf Asyl gibt. Und dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Was, wenn Menschen, die sie kennen gelernt haben, abgeschoben werden? Sind sie nicht zu jung, um von all dem Leid zu hören? Muss ich sie schützen?

Ostern 2016

Wir entdecken die Gemeinsamkeiten von Newroz und Ostern. Sia bereitet ein Referat zum Thema vor. Immer wieder wird mir deutlich, wie wenig die Leute hier von der Situation der Asylsuchenden wissen. Sie haben im Container keinen Drucker, so wie die Mehrheit der bayerischen Schüler*innen. Sie haben noch immer kein Internet! Wieder mal bin ich empört über die Containerlösung, die dauerhaft an der Würde kratzt.

If you have more than you need, build a bigger table not a higher fence.

Ich lerne erneut viel über Persien und über den Islam. Und bin überrascht, wie viel Sia über seine Religion und Kultur, aber auch über das Christentum weiß. Er kennt die Geschichten aus der Bibel. „Bei uns sagt man, an erster Stelle steht die Menschlichkeit, danach die Religion“, erfahre ich von ihm. Meine Töchter verstecken ihm ein Osternest mit einem Sparschwein! Ob er sich über ein Schwein freut?! Die Religion und deren Ausübung sind immer wieder ein Thema, das gemeinsame Erleben und der Austausch darüber tragen zum gegenseitigen Verständnis bei.

Stillstand

„Ich möchte in eine größere Stadt. Manchmal denke ich, ich verpasse die wertvollsten Jahre meiner Jugend hier in Deutschland. Warten, warten, warten. Wo trifft sich hier die Jugend?“, fragt mich Sia. „Es ist so schwer, deutsche Freunde in meinem Alter zu finden.“ Wir suchen über Google Earth die Dachterrasse des Hauses seiner Familie und die Orte, wo er seine Freund*innen früher getroffen hat. Tränen. Manchmal ist es kaum auszuhalten. Wenn es mir allein zu viel wird, schreibe ich eine Mail an Menschen, von denen ich weiß, dass sie nicht wegschauen. Frech nehme ich Sia überall mit hin, zu Familienfeiern und Geburtstagen. So entstehen neue Kontakte, Hilfen und Projekte. Nur so geht es, private Netzwerke ausbauen und durch die Vernetzung mit Helfer*innen in Bayern im Austausch bleiben. Gebündelt erhalte ich vor allem über die Mails vom Bündnis „Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie“ Informationen darüber, wie andere Helfer*innen die Herausforderungen meistern und erlebe immer wieder eine große Bereitschaft zu helfen.

Juli 2016

Wir wollen gar keine Nachrichten mehr zusammen anschauen. „AFD – was wollen die eigentlich?“ Sia versteht bereits so viel Deutsch, dass er schnell erkennt, worum es in unserem Land geht: „In Deutschland gibt es wohl nur Probleme wegen der Flüchtlinge, weltweit wegen des Islams. Als Europa vor nicht einmal 100 Jahren in Schutt und Asche lag, hatten wir in Afghanistan intakte Städte.“

Goethe war ein Fan des persischen Dichters Hafis. Ranga Yogeshwar spricht mir aus der Seele, wenn er sagt, dass wir von der Vorstellung Abstand nehmen sollten, dass Ankommende Nachhilfe bei der „deutschen Kultur“ nehmen müssten - ohne dabei in Betracht zu ziehen, was wir von ihnen lernen können.

März 2017

Sias Asylantrag wurde abgelehnt.

Entsetzen. Ohnmacht. Angst.

Wie müssen er und seine Familie sich fühlen, wenn wir Helfer*innen bereits diese Gefühle haben?



Wieder die Zweifel, was macht das mit meiner Familie? Ich weiß von sekundärer Traumatisierung und wie wichtig es ist, dass ich mich und meine Familie nicht vernachlässige.

Sia gibt nicht auf. Die Flucht. 20 Monate im Container. Für den Quali lernen? Wofür das alles?

„Wer die Welt anlacht, dem schenkt sie Lachen.“ Afghanische Weisheit, mit der Sia seine Mama (und mich ;-)) zu trösten versucht. Er stellt den Spruch in sein Whats App Profil wie ein persönliches Mantra.

Gegen die Angst



Sia: „Wir sind hier angekommen mit vielen Wunden und mit der Hoffnung, diese Wunden würden gepflegt werden, wenigstens die Chance bekommen zu verheilen. Was passiert ist, dass immer wieder Salz in die Wunden gerieben wird. Ich kann nicht mehr. Wäre ich alleine, wäre ich längst nicht mehr hier!“ Jetzt einen Anwalt suchen und Klage einreichen. Sie dürfen keinen Erfolg haben mit ihrer Politik der Abschreckung.

Wir müssen schöne Dinge tun! Nicht immer nur kämpfen um ein bisschen Würde. Wohnraum, ärztliche Versorgung, Deutschkurs, Therapie ..., sondern Ausflüge machen, in den Zoo und ins Museum gehen – es gäbe so viel zu tun. Wir wollen Platz für die schönen Erlebnisse! Neben all den bürokratischen Hürden und Schranken bleibt für diese Dinge jedoch kaum Zeit.

Juni 2017

Bayernweite Demo in München

Es macht mich wütend und traurig mit zu erleben, wie die begonnenen Schritte der Integration in die Tonne getreten werden. Lethargie und Depression sind die Folgen.

Um endlich einmal etwas gegen die Ohnmacht zu tun, waren wir, Sia, sein Bruder und ich, in München. Auch damit sie sehen, dass es viele Menschen gibt, die auf unserer Seite sind. Und ich brauchte das auch mal wieder.

Es war sehr ermutigend, mit so vielen Helfer*innen vom Marienplatz zur Bayerischen Staatskanzlei zu ziehen. So gelingt es, dass auch wir Freiwillige fernab von München Unterstützung erfahren. Wir machen weiter! Wir sind nicht allein!

Juli 2017

Sia hat es geschafft! Der Quali ist bestanden. Trotz Ablehnung und all der erschwerten Umstände. Chapeau! „Habe ich euch stolz gemacht?“ Ja, das hast du, und du kannst so stolz auf dich sein! Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Nach zwei Jahren als externer Schüler den Quali geschafft. Mit Hilfe von vielen Freiwilligen und eigener Disziplin.

Wir machen Fotos von Sia mit seinem Zeugnis, die er auf Facebook postet.



August 2017

50ter Geburtstag. Wir feiern zusammen mit bayerischen, afghanischen, amerikanischen und fränkischen Liedern und Tänzen in unserem Garten. Seit 50 Jahren lebe ich in einem friedlichen Land, konnte in die Schule gehen und studieren. Lernen, solange ich mag, arbeiten, mit Freundinnen in WGs leben und eine Familie gründen. Mindestens 22 Länder bereisen, wohnen wo ich will. Ich habe mir den Frieden weder erarbeitet noch verdient. Aber ich weiß ihn durch die Begegnung mit Sia, seiner Familie und den vielen anderen Geflohenen die hier in unser Städtchen kamen, sehr zu schätzen. Alle, egal woher, haben das Recht auf Frieden und Bildung. Ich wünsche allen Kindern, dass auch sie eine friedvolle Zukunft haben.

Oktober 2017

Die Wahl ist vorbei. (Es kam wie erwartet. Auch wenn ich bis zum Schluss auf ein Wunder gehofft habe.) Der Blick nach Österreich ist erschreckend. Die Flüchtlinge, auch in unserer Stadt, haben die kurzlebige Willkommenskultur Deutschlands erlebt. Sie verlassen sich nicht mehr auf eventuelle Chancen durch eine Koalition mit den Grünen. Sie kennen die vielen Hürden und die Ungewissheit und suchen nach neuen Wegen ihr Leben in Würde zu leben und die Zukunft zu planen.

Ich wünschte, wir würden die Chance ergreifen und ihnen hier Heimat und Perspektiven geben. Wenn nicht, müssen wir sie ziehen lassen.

Ina Wölfel



Stolz zeigt Sia uns sein Quali-Zeugnis.

¹ Die Demonstration wurde organisiert vom Bündnis „Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie“, mittlerweile ein Projekt der Paritätischen Mitgliedsorganisation „Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V.“

„Vielfalt ist manchmal anstrengend, aber sie macht Spaß!“

Interview mit Marina Lessig, ehrenamtliche Vorsitzende des Vereins „Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V.“

Marina Lessig war im Herbst 2015 eine der Hauptkoordinator/-innen der freiwilligen Flüchtlingshilfe am Münchner Hauptbahnhof. Bereits mit 14 Jahren war die 28-Jährige jugendpolitisch und verbandlich aktiv, zum Beispiel in der Schülervertretung, später als Vorstand des Kreisjugendrings München-Stadt. 2016 wurde der Verein „Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V.“ gegründet, der seit diesem Jahr Mitglied beim Paritätischen in Bayern ist.

Vor zwei Jahren gingen Bilder um die Welt, wie am Münchner Hauptbahnhof die vielen Flüchtlinge willkommen geheißen wurden. Viele Freiwillige organisierten und verteilten Lebensmittel, Kleidung, Spielzeug, noch bevor staatliche Stellen handlungsfähig waren. Die Arbeit der Freiwilligen war von Anfang an sehr professionell. Woher kam das Know-How?

Marina Lessig: Am Hauptbahnhof haben alle einfach mitangepackt. Vom Manager bis zum Arbeitslosen war alles dabei. Die Freiwilligen haben ganz unterschiedliches Wissen und Erfahrungen mitgebracht. Es gab ehemalige Bundeswehrsoldaten, die mal im Einsatz in Afghanistan waren und wussten, warum die Menschen fliehen. Da waren welche vom Film, die gut organisieren konnten und social media beherrschten. Unser Pressesprecher war in seinem Hauptberuf Pressesprecher einer Politikerin. Viele Migranten aus der Nähe des Bahnhofs haben mitgeholfen – aus der Motivation der muslimischen Bruderliebe. Viele Unternehmen im Bahnhof haben geholfen, zum Beispiel mit Lebensmittelspenden. Die ersten, die ehrenamtliche Strukturen aufgebaut haben, war im Übrigen die Antifa, was nicht gern gehört wird. Sie wollte eigentlich gegen Pegida demonstrieren, die gegen die ankommenden Flüchtlinge protestierten. Am Hauptbahnhof haben sie gesehen, dass ihre Hilfe benötigt wird. Die Antifa ist erfahren, was Spontanaktionen angeht, zuletzt damals vom Protest beim G7-Gipfel. Sie hat den Starnberger Flügelbahnhof erstmal besetzt gehalten. Dadurch konnte die ehrenamtliche Hilfe direkt im Bahnhof stattfinden, was in Deutschland einmalig war.

Was waren Erfolgsfaktoren für das Funktionieren der Freiwilligenarbeit?

Marina Lessig: Die gute Zusammenarbeit mit den Behörden war ein Erfolgsfaktor. In München gibt es eine gewachsene Beteiligungskultur. Bereits am ersten Wochenende hatte das Stadtjugendamt ein provisorisches „Büro“ am Bahnhof eingerichtet wegen der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Der damalige Jugendamtsleiter hatte dann neben den bereits aktiven Freiwilligen unterschiedliche Akteure zusammengerufen zum Beispiel vom Kreisjugendring München-Stadt und vom Jungen Bündnis für Geflüchtete. Sie hatten schon ein Jahr zuvor für die Stadt eine provisorische Erstaufnahmeeinrichtung aufgebaut, als die Bayernkaserne die Kapazitätsgrenze deutlich überschritten hatte. Das Engagement der jungen Freiwilligen war da auch schon über doodle-Listen organisiert worden. Wir kannten uns auch vom Protestcamp am Rindermarkt und von den Studentenprotesten. Es gab also schon einen strukturellen Vorbau.

Bei diesem Treffen waren Sie mit dabei?

Marina Lessig: Genau. Ich bin dann irgendwie zufällig in die Funktion der Freiwilligenkoordinatorin gerutscht. Wichtig für das Funktionieren war, dass wir die bereits geschaffenen Strukturen so belassen haben, darauf vertraut haben und nicht gesagt haben, ab jetzt läuft es so und so. Ein Erfolgsfaktor waren flache Entscheidungshierarchien. Wir konnten schnell Geld zur Verfügung stellen, was uns zum Teil Bürger direkt vorbeigebracht haben, die keine Zeit hatten mitzumachen aber trotzdem helfen wollten.

Haben Sie ein Beispiel, wie das in der Praxis funktionierte?

Marina Lessig: Es mussten ständig Entscheidungen getroffen werden. Das konnte nicht einer allein. Ich habe zu den Helfern gesagt, sucht euch jemanden – einen anderen Helfer oder auch einen herumstehenden Journalisten – und besprecht zusammen das Problem und diskutiert die beste Lösung. Und dann handelt! Dabei wurden natürlich auch Fehler gemacht, aber die gehörten dazu. So waren wir schnell handlungs- und lernfähig und konnten auch den professionellen Hilfsdiensten wirkungsvoll unter die Arme greifen.

Einmal gingen die Einmalhandschuhe aus. Ich habe mir drei Helfer gegriffen, die sich nicht kannten, habe ein Auto gemietet und ihnen 500 Euro in die Hand gedrückt: „Klappert alle Drogeriemärkte ab und kauft so viele Einmalhandschuhe, wie ihr kriegen könnt.“ Innerhalb von zwei Stunden war das Problem gelöst.

Bei uns hat die Informationskette besser funktioniert als beim offiziellen Krisendienst, wo zwar Entscheidungen hierarchisch von oben nach unten gut durchgegeben wurden, aber der Informationsfluss von unten nach oben schlecht lief. Das war bei uns anders. Bei Kriseneinsätzen wurde die Spontanhilfe der Bevölkerung oft eher als störend wahrgenommen. Wir haben das Gegenteil bewiesen.

Wie haben Sie die Atmosphäre, die Stimmung vor Ort wahrgenommen?

Marina Lessig: Es war ein egalitäres Gesellschaftserlebnis. Alle wollten das gleiche: helfen und da sein. Alle haben einfach mitangepackt. Da arbeitete beispielsweise der Antifa-Aktivist eng mit einem ehemaligen Bundeswehrsoldaten oder einem Polizisten zusammen. Das hat im Umgang miteinander etwas verändert. Man kennt sich jetzt mit Vornamen, hat ein neues Bild vor Augen und das ein oder andere Vorurteil wurde über den Haufen geworfen.



Ankunft der Flüchtlinge am Münchner Hauptbahnhof
Foto: Jazmany | shutterstock

Das freiwillige Engagement war auch eine Form gelebter Demokratie. Von Anfang an waren die Helfer/-innen basisdemokratisch organisiert. Wie hat das funktioniert in dieser zunächst recht chaotischen Situation? Wie muss man sich das praktisch vorstellen?

Marina Lessig: Das geht auf die Arbeitsweise der Antifa zurück, die von Anfang an vor Ort war. Sie haben am Bahnhof gleich am ersten Wochenende eine Mutter-Kind-Ecke eingerichtet und einen Behindertenbeauftragten eingesetzt. Auf den Treppenstufen des Bahnhofs wurde das Plenum abgehalten. Hier wurden Sprecher der Freiwilligen und ein Pressesprecher gewählt.

Wie politisch war das Engagement der Helfenden?

Marina Lessig: Viele Freiwillige haben sich als unpolitisch gesehen. Sie haben nicht verstanden, dass ihr Engagement politisch ist. Denn Spontanhilfe greift immer da, wo Bürger/-innen Staatsversagen wahrnehmen.

Bei der Koordination der Freiwilligen spielen die Sozialen Medien im Internet eine große Rolle. Wie haben Sie die eingesetzt?

Marina Lessig: Unsere Schichtpläne haben wir über doodle erstellt. Da konnten sich die Freiwilligen verbindlich eintragen. Besonders wichtig war die Kooperation mit dem Verein „München ist bunt“. Der renommierte Verein stellte uns eine valide E-Mail-Adresse und seine

Facebookseite mit zahlreichen Followern zur Verfügung, um gezielt wichtige Informationen und aktuelle Spendenaufrufe zu verbreiten. Dadurch konnte die Reichweite und die Glaubwürdigkeit des Informationsflusses gesteigert werden. Auch die Münchner Polizei unterstützte uns über ihren Twitteraccount. Wichtig dabei war, die Sachspenden zu kanalisieren, z.B. wir brauchen keine Kinderwägen, aber in der einen Unterkunft fehlen noch 2000 Schlafsäcke. Die Kommunikation in den Foren wurde immer wieder durch „Trolle“ gestört. Einer unserer Freiwilligen war im Hauptberuf Journalist; er hat sich die Mühe gemacht, die Klarnamen der „Trolle“ zu recherchieren. Wir haben alle persönlich kontaktiert und es geschafft, dass sie für uns arbeiten. Sie haben in den Onlineforen Fakten klargestellt und einen umfassenden Katalog mit häufig gestellten Fragen erarbeitet. Wir haben ihnen eine Aufgabe gegeben, die sie dankbar angenommen haben. So haben sie virtuell geholfen.

Wie würden Sie die Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden beschreiben?

Marina Lessig: Die Zusammenarbeit mit den Behörden lief sehr gut, besonders mit der Feuerwehr und der Polizei. Wir waren Teil des Krisenstabs. Vom Sozialreferat wurden Ressourcen bereitgestellt, zum Beispiel ein Bus als Koordinationszentrale. Im Oktober gab es einen Stadtratsbeschluss, der 100.000 Euro jährlich bis 2017 zur Verfügung stellte und die Einrichtung zweier Halbtagsstellen vorsah, um die Arbeit kontinuierlich aufrechterhalten und

professionalisieren zu können. Vorher lief es per Handschlag: Der Kreisjugendring und ich privat waren in Vorkasse gegangen. Alle Auslagen wurden im Nachhinein verrechnet.

Was lief nicht so gut?

Marina Lessig: Ich war erstaunt, was in Deutschland alles nicht funktioniert, dass es zum Beispiel keine Decken für die Flüchtlinge gab. Anfangs gab es keine Carepakete für die Flüchtlinge, weil die zuständigen Behörden im Wochenende waren. Die Helfer waren ausschließlich auf Lebensmittel- und Wasserspenden der Bevölkerung und ansässiger Unternehmen angewiesen. Sind wir ehrlich: Es war absehbar, dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden; die Zahlen stiegen seit Jahren. In diesem Zusammenhang waren die Behörden, aber auch die Wohlfahrtsverbände, schlecht vorbereitet.

Bei der Motivation der Hilfe wurden Differenzen deutlich. Ziel der Behörden war es, die Menschen möglichst schnell vom Bahnhof weg in die Unterkünfte zu transportieren. Wir hatten vor allem das Menschliche im Auge. Das ist im Übrigen auch der Mehrwert von Ehrenamt – nicht nur in der Flüchtlingshilfe. Unsere Mutter-Kind-Ecke wurde von den Behörden immer wieder abgebaut; und wir haben sie jedes Mal wieder aufgebaut. Die Toilettensituation wurde bis zum Schluss nicht gelöst.

Im Nachhinein würde ich mich auf den Handschlag mit dem Sozialreferat nicht mehr einlassen. Ich bin sehr betrübt, wie später mit manchen Beamten umgegangen wurde, die in dieser Situation vor Ort waren und mutig Entscheidungen getroffen haben bzw. uns erst handlungsfähig gemacht haben.

Viele Freiwillige arbeiteten im September 2015 bis zum Rande der Erschöpfung. Haben die Freiwilligen Hilfe erfahren?

Marina Lessig: Über eine Stiftung hat uns die Caritas kostenlos Supervisor/-innen zur Verfügung gestellt. Sie begleiteten das Koordinationssteam in den Beratungen und mischten sich unter die Helfenden, packten mit an und suchten so niedrigschwellig das Einzelgespräch. Das unterstützte viele insbesondere beim Thema Abgrenzung.

Wir wollen da sein, wo gerade Hilfe benötigt wird.

Wir haben früh auch auf Arbeitsschutz geachtet: Dass die Helfenden maximal vier Stunden im Einsatz waren, dass sie einen Bereich zum Ankommen hatten und einen Rückzugsort, wo sie sich austauschen konnten. Viele der Helfenden gingen tagsüber ihrer regulären Beschäftigung nach. Für sie war die Belastung besonders hoch.

Wie war das bei Ihnen? Ihr Engagement ist bis heute ehrenamtlich.

Marina Lessig: Anfangs habe ich weiter nebenher in einem Feinkostladen gearbeitet. Ich habe bald die zwei Welten nicht mehr zusammengekriegt. Tagsüber: „Mein Soyalatte ist nicht richtig aufgeschäumt. Ich hätte gern einen neuen.“ Abends das Elend der Flüchtlinge. Das Sozialreferat hat dann für mich eine Freistellung bei meinem Arbeitgeber erwirkt. Bis Dezember habe ich nur funktioniert. Neujahr war der erste Zeitpunkt zum Durchschnaufen und die Erlebnisse revuepassieren zu lassen. Uns war nicht nach Feiern zumute.

Wie kam es zur Vereinsgründung? Gab es Vorbehalte dagegen?

Marina Lessig: Es wurde relativ schnell klar, dass längerfristig für eine erfolgreiche Arbeit eine rechtsfähige Organisationsform notwendig sein würde. Schon allein, damit der Kreisjüngerring aus der Treuhänderschaft der vom

Stadtrat genehmigten Mittel herauskam. Letztlich kam als Organisationsform nur der eingetragene Verein in Frage, der dann zügig gegründet wurde. Es gab auch Vorbehalte. Einige Freiwillige sind dabei auch weggebrochen. Zum Beispiel lehnten manche die „Machtstrukturen“ ab, die durch den Verein entstünden, und es gab die Sorge, Spontanität und Flexibilität zu verlieren und für Bürger/-innen weniger attraktiv zu sein, die sich kurzfristig, spontan und unverbindlich engagieren wollen.

Es kommen immer weniger Flüchtlinge nach Deutschland, seit die Balkanroute geschlossen wurde. Die Spontan-

hilfe aus der Anfangszeit wird schon lange nicht mehr benötigt. Welche Aufgaben hat der Verein heute?

Marina Lessig: Wir gelten als die „Spontanhelfer von 2015“. Das ist Fluch und Segen zugleich. Wir werden über die Flüchtlingshilfe hinaus als Experten für Spontanhilfe angefragt und arbeiten mit verschiedenen Wissenschaftlern zusammen. Spontanhilfe greift in Szenarien, die sich niemand ausdenkt. „Hamburg räumt auf“ ist ein schönes Beispiel dafür. Der Hashtag „#opendoor“ beim Amoklauf in München 2016 ist ein anderes. Die Zivilbevölkerung löst immer öfter unkompliziert mit Hilfe von Social Media öffentliche Probleme in Ausnahmeständen und packt mit an, um Krisenhilfsdienste zu unterstützen. Wir arbeiten mit diversen Partnern zusammen, um Spontanhilfemanagement künftig als feste Säule der deutschen Krisenhilfe zu verankern. Ich werde öfter vom Krisen- und Notfallzentrum als Referentin angefragt. Wir erarbeiten derzeit ein Handbuch zur Spontanhilfe. Unser Verein „Münchener Freiwillige – wir helfen“ hält Ressourcen vor, um im Krisenfall wieder Spontanhilfe in München koordinieren zu können.

Darüber hinaus arbeiten wir als eine Art Ideenlabor. Wir wollen da sein, wo gerade Hilfe benötigt wird. Wir arbeiten sehr kooperativ. Gemeinsam mit Ehrenamtlichen entwickeln wir Lösungen, vernetzen projektorientiert Akteure

in der Metropolenregion München und unterstützen die, die was tun wollen. Die Flüchtlingshilfe zeigt kaleidoskopisch, wo es Lücken im Sozialbereich gibt. So entstehen Lösungen für alle sozial benachteiligten Gruppen.

Können sie beispielhaft ein konkretes Projekt vorstellen?

Marina Lessig: Mein Lieblingsprojekt ist „1 qm Zeit für mich“. Dabei geht es um das sensible Thema der sexuellen Aufklärung von Flüchtlingsfrauen. Die einzige Privatsphäre in Gemeinschaftsunterkünften besteht aus 1 qm Toilettenkabine. Die möchten wir nutzen, um mit einer Klozeitung für wichtige aber auch sehr private Themen zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wo man in Deutschland Hilfe bekommt, wenn man sie benötigt. Durch Comics soll Information auf einem Poster für Toilettenkabinen angeboten werden, die eine kurze Übersicht vor allem mit Anlaufstellen bietet.

Ein anderes erfolgreiches Projekt ist „Wohnen für Geflüchtete und sozial Benachteiligte“. In dem ehrenamtlichen Team arbeiten zum Beispiel Immobilienmakler, Architekten und Juristen. Dabei haben wir nicht vom Mieter aus gedacht, sondern uns gefragt, was eigentlich sozial eingestellte Vermieter trotzdem davon abhält, an Flüchtlinge oder sozial Benachteiligte zu vermieten. So zahlt der Verein erstmal Kautions- und die ersten Monatsraten, bis das Sozialbürgerhaus die Kosten übernimmt. Der Verein haftet, wenn Schäden über die Kautions hinausgehen. Er mietet auch Wohnungen an und tritt dann selbst als Vermieter auf. Mit einem Investitionsaufwand von 300 Euro pro Kopf konnten wir so 50 Menschen aus einer Unterkunft oder aus der Wohnungslosigkeit herausholen – nicht nur Flüchtlinge, auch beispielsweise Alleinerziehende aus einem Frauenhaus. Also auch hier wirken wir weiter.

Sind Sie frustriert was aus der Willkommenskultur geworden ist?

Marina Lessig: Ich glaube, dass in München die Willkommenskultur noch da ist. Die bürgerliche Mitte hatte bei der Bundestagswahl in München noch die Mehrheit. Der gesellschaftliche Wind wird rauer. Menschen trauen sich heute Dinge zu sagen, die Sie früher nie öffentlich gesagt hätten. Das ist beängstigend! Das Wahlergebnis der AfD hat viele Helfer frustriert. Die Politik hat viel Engagement zunichte gemacht. Viele Helfer haben sich frustriert zurückgezogen. Dabei werden wir künftig noch mehr Engagement brauchen. Wer frustriert aus dem Ehrenamt geht, wird so schnell nicht wieder aktiv. Aber die Haltung bleibt.

Nächstes Jahr wird der Bayerische Landtag neu gewählt. Welche Forderungen haben Sie an die Politik?

Marina Lessig: In der bayerischen Politik wird das Ehrenamt sehr wertgeschätzt. Politik sollte diese Wertschätzung in Strukturen tragen, dahin wo Geld fließt. Behörden müssen strukturell offener gegenüber Ehrenamtlichen werden. Zum Beispiel wissen Mitarbeiter/-innen in den Jobcentern, oft nicht damit umzugehen, wenn Flüchtlinge von Ehrenamtlichen begleitet werden. Da muss sich etwas an der Haltung ändern; und das geht nur, wenn es auch politisch gewollt und befördert wird. Auch Unternehmen müssen offener werden und die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen anerkennen.

Die Politik sollte **erstens** einen Fonds für Spontanhilfe einrichten, wo Gelder schnell und ohne großartige Vorgaben ausgereicht werden können, und **zweitens** eine Anlaufstelle für unbürokratische Mikro-Förderung, denn oft lassen sich mit wenig Geld großartige Projekte auf die Beine stellen. **Drittens** müssen Führungskräfte in der Spontanhilfe genauso beruflich freigestellt werden können wie es bei anderen Krisenhelfern, z.B. beim THW oder der Freiwilligen Feuerwehr, möglich ist.

Viertens muss der Umgang mit Polizeilichen Führungszeugnissen bei Ehrenamtlichen klar geregelt werden. Bisher läuft es sehr ineffizient und der Datenschutz wird kaum berücksichtigt. In den Jugendverbänden in München ist

es klar geregelt: Es gibt eine zentrale Führungszeugnisseinstelle im Jugendinformationszentrum, die unter Berücksichtigung des Datenschutzes Unbedenklichkeitserklärungen mit drei Jahren Gültigkeit ausstellt. Dieses Verfahren könnte für alle Bereiche in ganz Bayern zur Regel gemacht werden.

Fünftens brauchen wir viel mehr aufsuchende Strukturen in der Flüchtlingshilfe, die so niedrigschwellig wie möglich sind. Es gibt für alles Mögliche Hilfe und Unterstützung in Deutschland – oft montags bis freitags von 9 bis 15 Uhr. Diese „Komm-Strukturen“ sind ein Problem. Die Angebote im sozialen Hilfesystem sind selbst bei Deutschen wenig bekannt, z.B. der Unterschied zwischen Jobcenter und Agentur für Arbeit. Hier braucht es **sechstens** Investitionen in politische Bildungsarbeit für Erwachsene.

Die Münchner Freiwilligen sind im Sommer Mitglied des Paritätischen geworden. Das freut uns sehr! Woher kam die Motivation sich dem Paritätischen als Dachverband anzuschließen?

Marina Lessig: Wir arbeiten kooperativ, wollen Austausch und wachsen sehr schnell. Dafür brauchen wir gute Beratung und Unterstützung, um beispielsweise weiteren Zugang zu Fördermitteln zu bekommen. Wir erweitern unseren Radius und verstehen München als Metropolregion. Um gemeinsam gute Lösungen zu finden, müssen verkrustete Strukturen aufgeweicht werden. Da ist der Paritätische, der

in ganz Bayern und deutschlandweit aktiv ist, die bessere Lobbykraft als wir als kleiner Verein.

Rückblickend auf das Jahr 2015: Was bleibt Ihnen am stärksten in Erinnerung und was bleibt für Sie persönlich aus dieser Zeit?

Marina Lessig: Am eindrucksvollsten war die Heterogenität der Freiwilligen. Sie ist schön und anstrengend zugleich. Beim Anpacken hat es super funktioniert, da spielte keine Rolle, woher jemand kommt. Erst später wurden die „Kulturunterschiede“ der einzelnen Helfer sichtbar. Da sind die superprofessionellen, die ein Projekt allein auf die Beine stellen, und andere, die tolle Ideen haben aber überhaupt nicht konzeptionell denken können. Diese Vielfalt ist manchmal anstrengend, aber sie macht Spaß.

Geblieben ist für mich die Erfahrung, dass man auch in Krisen flach und partizipativ führen kann. Und meinen Lebensgefährten habe ich im Engagement am Hauptbahnhof kennengelernt. Den habe ich auch behalten.

Herzlich Dank für das anregende Gespräch und Willkommen beim Paritätischen!

Das Interview war noch sehr viel länger und vielschichtiger; es wurde auch über weitere wichtige Projekte gesprochen. Mehr Information zu diesen Projekten finden Sie unter www.muenchner-freiwillige.de

Das Interview führten Susann Engert, Monika Nitsche und Luca Schimmel ■



„Leidenschaftlicher für die eigenen Werte und Haltungen eintreten!“

Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz –
Demokratie und Menschenwürde schützen



Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wirbt das Bündnis für Toleranz und Demokratie.
Fotos: Bayerisches Bündnis für Toleranz

Auf Initiative der Kirchen und der Jüdischen Gemeinden, des DGBs und des Bayerischen Innenministeriums gründete sich 2005 das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“. Auch der Paritätische in Bayern ist Mitglied im Bündnis, dem derzeit 69 Organisationen angehören.

Die erste Säule des Bündnisses bilden Staat und Kommunen: drei Staatsministerien (Inneres, Kultus, Soziales), der Landtag und alle kommunalen Spitzenverbände. Die zweite Säule besteht aus den Religionsgemeinschaften mit den beiden großen christlichen und weiteren

kleinen Kirchen sowie den Jüdischen Gemeinden bzw. ihrem Dachverband. Die größte Gruppe sind die Akteure der Zivilgesellschaft – die dritte Säule des Bündnisses. Hier sind vertreten die Arbeitswelt (u.a. DGB und Arbeitgeber), der soziale Sektor, vertreten durch die Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen, die Schulen (u.a. Verbände der Lehrkräfte und der Schüler/innen), der Sport (BLSV, Sportschützen etc.), die Jugendverbände, Berufsverbände (u.a. Bauern, Hausärzte), Erwachsenenbildung, Akademien, Gedenkstätten, Stiftungen usw. Zu den zuletzt aufgenommenen Organisationen gehören die Feuerwehren und der Flüchtlingsrat.

Damit repräsentiert das Bündnis das politische und gesellschaftliche Bayern. Neben dem zweimal jährlich tagenden Plenum ist der Geschäftsführende Ausschuss das wichtigste Organ des Bündnisses – dort sind die drei Säulen mit jeweils drei Organisationen/Personen vertreten. Dies ist der einzige institutionalisierte Ort Bayerns, an dem sich maßgebliche staatliche, kommunale, religiöse und zivilgesellschaftliche Akteure des Handelns gegen Rechtsextremismus regelmäßig treffen, austauschen und im besten Fall koordinieren.

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für Toleranz und Demokratie werben

Das Bündnis führt mit seinen Mitgliedsorganisationen regelmäßig öffentlichkeitswirksame präventive Aktionen durch – etwa im Bereich des Sports (Aktion auf Fußballplätzen), der Migrationsbeiräte (Aktion RESPEKT auf innerstädtischen Plätzen) oder in ländlichen Räumen (Aktion „Maibaum für Toleranz“).

Diese Aktivitäten finden landesweit, oft gleichzeitig an vielen Orten und mit Unterstützung der prominenten Repräsentanten der Mitglieder statt. Durch das Engagement dieser Personen erhält das Eintreten gegen Rechtsextremismus und für Toleranz ein hohes mediales Interesse und eine entsprechende politische Bedeutung.

Die Vielfalt des Bündnisses ist für seine Außenwirkung ein wichtiges Pfund: Keine andere Institution ist derart gut in der Lage, aus allen gesellschaftlichen Bereichen repräsentative Persönlichkeiten zum Einsatz für mehr Demokratie und Toleranz zu bewegen.

2007 wurde die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ gegründet – dies ist quasi der operative Arm des Bündnisses. Die Projektstelle berät, unterstützt und begleitet die Bündnismitglieder, aber auch regionale Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Sie hält Vorträge und führt Seminare oder Fortbildungsveranstaltungen durch, steht für Podiumsdiskussionen zur Verfügung und verleiht Ausstellungen oder vermittelt andere Projektvorhaben.

Ihren regionalen Schwerpunkt hat die Projektstelle dabei in Oberfranken. Adressaten der Angebote sind Schulen, (Erwachsenen-) Bildungseinrichtungen, Behörden (Polizei), Kirchengemeinden, Verbände und Vereine sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure. Landesweit ist die Projektstelle auf Anfrage für

die Mitgliedsorganisationen des Bündnisses tätig. Die Projektstelle versteht sich als eine Agentur zur Entwicklung neuer Angebotsformen und Vernetzungen im Bereich der Demokratieförderung. Bekannt ist der gemeinsam mit der Aussteigerorganisation EXIT entwickelte „Unfreiwillige Spendenlauf“, mit dem eine Kundgebung von Neonazis in Wunsiedel 2014 medienwirksam umfunktioniert wurde.

Vielschichtige Wirkung nach innen und außen

Sicherlich ist das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ eine sehr spezifisch bayerische Konstruktion: Das Zusammenwirken von staatlichen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gibt es in dieser Form in anderen Bundesländern nicht. Dort existiert häufig eine jeweils

Unsere Werte: Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt und Respekt.

landesweite Vernetzung der Akteure jenseits des Staates – dass dies in Bayern bisher nicht gelang, hat zum einen sicherlich mit der flächenmäßigen Größe des Landes zu tun, zum anderen aber auch mit der Existenz des Bündnisses, denn dort sind die großen zivilgesellschaftlichen Player wie die Kirchen und die Gewerkschaften eben bereits eingebunden.

Auf der anderen Seite kann man aber feststellen, dass das Bündnis aus Bayern Vorbild war für ähnliche Strukturen auf Bundesebene, z.B. die bundesweite „Allianz für Weltoffenheit“.

Eine ähnliche Wirkung entfaltet mittlerweile die Projektstelle selbst – sie übernimmt in bundesweiten Strukturen Verantwortung („Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“), ihre Expertise wird vom Bundestag

gefragt (Zuarbeit zum zweiten NSU-Untersuchungsausschuss), die Bundeszentrale für politische Bildung greift auf ihre Erfahrungen in der Arbeit mit der Polizei zurück (Projekt „Polizei und Politische Bildung“).

In Bayern selbst ist mit der größte Nutzen des Bündnisses und der Projektstelle darin zu sehen, dass es aufgrund seiner „bunten“ Mitgliederstruktur mit allen Akteuren, die sich gegen faschistische und rechtsradikale Strömungen und Gruppen wenden, sprachfähig ist und eine Kommunikationsebene findet. Das politisch mit großer Spannung ausgestattete Spektrum vom Verfassungsschutz bis zu politisch linken Gruppen ist hochsensibel und von strukturellen Unvereinbarkeiten geprägt. Umso wichtiger für den Gesamtoutput erscheint es, dass es mit dem Bündnis eine Akteursstruktur gibt, die zumindest mit allen Beteiligten reden kann.

Genauso wichtig ist diese Vielfalt für die Binnenwirkung. Allen Akteuren wird deutlich, dass auch die jeweils anderen aus Staat, Kommunen, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft ihren spezifischen Zugang, Motivation und Kultur beim Engagement für Demokratie und Toleranz haben. Dies

führt nicht selten zur Verblüffung mancher Akteure. Das Postulat, dass alle Menschen gleich sind und in Würde leben sollen, findet sich im Grundgesetz wie in der Bibel und der Tora. Es prägt das Denken von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden, Sportverbänden und Rettungsdiensten. Dies wechselseitig wahrzunehmen, die Perspektiven der Anderen zu durchdringen und dadurch erst gemeinsam in manchmal unerwarteten Konstellationen handlungsfähig zu werden – das ist das „hidden curriculum“ des Bündnisses und in gewisser Weise das Geheimnis seines Erfolgs.



Rechts gegen Rechts-
Siegerurkunde
beim unfreiwilligsten
Spendenlauf
Deutschlands

Ausblick: eine qualitativ völlig neue Herausforderung

Heute ist es politisch zwischen den demokratischen Parteien unumstritten, dass sich alle Akteure, Staat, Religionsgemeinschaften, Parteien und Zivilgesellschaft, gegen Rechtsextremismus positionieren und engagieren. Dorthin war es ein langer Weg!

Noch in den 80er und 90er Jahren, trotz Oktoberfestattentat, Wehrsportgruppe Hoffmann, den Republikanern, Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln, war das Eintreten gegen „extrem rechts“ für viele institutionelle Akteure kein Thema. Die Reaktion hieß in fast Karl-Valentin'scher Manier: die ignorieren wir nicht mal, da machen wir die Jalousien herunter, denn ansonsten „werten wir die durch unsere Gegenaktionen auf“. Erst die mühseligen Erfahrungen aus Wunsiedel und Gräfenberg, aus Halsbach, Murnau und Oberprex haben nach und nach zu einem Umdenken geführt.

Heute gibt es den Konsens, dass Neonazis nicht unwidersprochen durch die Straßen Bayerns und Frankens laufen und ihre Parolen skandieren dürfen. Alle Akteure sind sich einig, dass es

Prävention vor allem in der Jugend- und Bildungsarbeit braucht. Inzwischen stehen viele etablierte Institutionen entschlossen für ein pro-aktives Eintreten für eine tolerante und von Respekt getragene Gesellschaft.

Just in dem Moment, in dem diese Klarheit und Entschlossenheit gewonnen wurde, stehen wir vor einer ungleich schwierigeren neuen Herausforderung! Eine neue Bewegung von rechts, der Rechtspopulismus in Verbindung mit der intellektuellen Neuen Rechten, macht Schluss mit den erst soeben mühsam erkämpften Eindeutigkeiten!

Gegenüber Neonazis konnte man eine klare Grenze ziehen, gab es Eindeutigkeit und eine für alle nachvollziehbare Kommunikationsbarriere, die nicht überwunden wurde. Man konnte eindeutig darauf hinweisen, dass sie eine nationalsozialistische und rassistische Ideologie verfolgen, aus der sie in der Regel auch kein Hehl gemacht haben. Sie stellten zwar aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft und hohen Ideologisierung eine Gefahr dar, waren jedoch zahlenmäßig keine wirkliche Gefahr für unsere Demokratie (wie unlängst das Bundesverfassungsgericht noch-

mals bestätigt hat). Gegenüber Neonazis konnte man zielgerichtet argumentieren, da sie ihre ideologischen Ziele offen dargelegt haben und nicht versucht haben, sich als Vertreter der sozial Abgehängten zu stilisieren.

Dies alles hat sich durch den Rechtspopulismus und die Neue Rechte geändert. Die Herausforderungen sind vielfältiger und komplexer geworden, die eigenen Eindeutigkeiten im gleichen Maß geschrumpft. Der Weg zur Klärung der eigenen Position ist ungleich länger als der in der Auseinandersetzung mit den Neonazis.

Unsere Aufgabe besteht darin, jetzt ruhig, sachlich und bei uns selbst zu bleiben! Wir müssen unsere Grenzen benennen und selbst einhalten – die Würde des Menschen bleibt unantastbar (auch bei Facebook und Twitter)! Und wir sollten leidenschaftlicher für die eigenen Werte und Haltungen eintreten: Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt, Respekt! So gerüstet, werden wir den mühsamen Weg zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus erfolgreich gehen können – auch wenn es diesmal noch länger dauert!

Pluralismus braucht Partizipation

Gute Veranstaltungsformate machen breite Beteiligung möglich

Unsere vielfältiger werdende Gesellschaft braucht Räume für das gemeinsame Ringen um Kompromisse und für den Ausgleich ganz unterschiedlicher Interessen. Immer mehr Menschen engagieren sich für ihre eigenen Belange und fordern zunehmend ein, dass sie gefragt und angehört werden, und dass sie mitentscheiden können. Deshalb braucht es eine neue Methodenkompetenz der Beteiligung bei Behörden, Verbänden und in der organisierten Zivilgesellschaft.

In den vergangenen Jahren wurden neue Veranstaltungsformate entwickelt und ausprobiert, die nicht nur eine aktive Teilnahme ermöglichen, sondern darauf basieren, dass die Teilnehmer/-innen ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Ideen einbringen. Die Menschen gehen nicht mehr zu einer Konferenz, bei der sie passiv Informationen aufnehmen, sondern sie selbst sind die Konferenz.

Open Space und Fishbowl sind mittlerweile bekannt. Auch unter „World Café“ kann man sich vielleicht noch etwas vorstellen. Dann gibt es aber auch so fremd klingende Namen wie „Pecha Kucha“, „Ignite“, „Brownbag-Session“, „Warp Conference“, „Speed Geeking“ oder „BarCamp“. Zu unterscheiden sind dabei Veranstaltungskonzepte, die sich an eine unterschiedliche Teilnehmerzahl richten, und konzeptionelle Methodelemente, die eine Wissens- und Ideendarbietung in kurzer Zeit ermöglichen. Allen Formaten gemein ist der eher ungezwungene und informelle Charakter. Dennoch ermöglichen sie die Sammlung kollektiven Wissens und die Entwicklung kreativer und innovativer Lösungen.

Auch der Paritätische in Bayern greift diese Entwicklungen auf, zum Beispiel mit der **Mitgliederversammlung im vergangenen Jahr zum Thema „Werte“** oder mit der neuen Veranstaltungsreihe **„Der Paritätische im Diskurs“**. Kernelement dabei ist die Interaktion. Jede/r hat die Möglichkeit sich aktiv in die Gesprächsrunde miteinzubringen. Dafür stehen zwei freie Plätze in der Diskussionsrunde bereit.

Drei Veranstaltungsformate, die sich alle für große Gruppen eignen, möchten wir an dieser Stelle kurz vorstellen:

Open Space

Das Format geht auf die Erfahrung zurück, dass Kaffeepausen bei Konferenzen oft besonders nutzbringend für die Teilnehmenden sind. Dabei entstehen Vernetzung, Austausch und Informationsgewinn. Der „offene Raum“ setzt auf Initiative der Teilnehmenden und kreative Problemlösungen. Die Themen werden vor Ort gesammelt, für alle sichtbar auf eine Wand gepinnt und sortiert. Die Teilnehmer wählen ihr Lieblingsthema aus und ordnen sich einer Gruppe zu. Nach festem Zeitrahmen widmen sich die Gruppen der konkreten Fragestellung. Im Plenum werden die Ergebnisse präsentiert oder als „Factsheets“ ausgeteilt. Wenn jemand eine Arbeitsgruppe nicht zusagt, darf man „hummeln“, d.h. zu einer anderen Gruppe wechseln. Oder man gibt als „Schmetterling“ hin und wieder Impulse von außen.

Vorteile: für Großgruppen geeignet, für jede Altersgruppe, hohes Innovationspotential.

Unbedingt beachten: Wenn die Teilnehmenden das Format nicht kennen und Frontalveranstaltungen gewohnt sind, ist eine genaue Erklärung notwendig. Die Zeit dafür sollte nicht die Zeit für inhaltliche Auseinandersetzung schmälern.

World Café

In Gruppen, die sich um jeweils einen Tisch gruppieren, werden vorher festgelegte Fragestellungen bearbeitet. Ein Gastgeber pro Tisch führt kurz in das Thema ein und beantwortet Verständnisfragen. Die Tische sind mit Papier und Stiften ausgestattet, um die Ergebnisse festzuhalten – auch mal als Kritzeleien auf der Papiertischdecke. Nach einem Signal wechseln die Teilnehmenden die Tische. Der Gastgeber verbleibt und stellt der nächsten Gruppe das bisherige Ergebnis kurz vor und bindet die Ergebnisse immer wieder zusammen.

Ein World Café kann insgesamt bis zu drei Stunden dauern. Dieses Format funktioniert für Gruppengrößen ab zwölf bis zu 2.000 Personen.

Wichtig: Die Fragen sollten sorgfältig von einer Gruppe, die den Kreis repräsentiert, ausgewählt und offen gestellt sein. Keine Ja-Nein-Fragen.

BarCamp

Eine Konferenz ohne Agenda; manchmal auch Un-Konferenz genannt. Der Inhalt wird im Vorfeld dezentral online oder vor Ort von den Teilnehmenden bestimmt. Die Themen werden in einen Zeitplan „gepackt“, so dass möglichst viele Teilnehmerinteressen abgebildet sind. Ein BarCamp dauert bis zu zwei Tage mit mindestens zwölf und maximal 700 Teilnehmenden. In den Gruppen (sessions) können Workshops, Vorträge, oder andere Methoden gewählt werden.

Socialmedia vor Ort ist ein Muss. Der Veranstalter sollte für guten W-LAN-Empfang sorgen und einen Hashtag (#) für Twittermeldungen kommunizieren. Eine Dokumentation erfolgt im Normalfall nicht. Das oft social-media-affine Publikum sorgt selbstständig für eine Verbreitung und Sicherung der Ergebnisse im Netz. So eine Veranstaltung kostet und wird oft von Sponsoren begleitet. Ein Veranstalter von Barcamps in Deutschland ist die Stiftung Bürgermut, die zu gesellschaftlich relevanten Themen in Großstädten zum Ideentransfer einlädt (www.buergermut.de).

Vorteile: Wissen wird vielen Menschen zugänglich gemacht, die Generation Y wird erreicht.

Weiterführende Informationen und Hinweise zur Organisation unterschiedlicher Veranstaltungsformate finden Sie unter:

<https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/methoden-verfahren-von-a-bis-z/>

Monika Nitsche ■

„Ältere Menschen fühlen sich aufgrund ihres Alters oft ausgegrenzt“

Die Vielfalt der Pflegebedürftigen stellt besondere Herausforderungen an die Altenhilfe

Die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt sich auch in der Altenhilfe wider. Es gibt nicht nur den Pflegebedürftigen und seine Angehörigen. Exemplarisch betrachten wir vier besondere Zielgruppen genauer. Menschen, mit denen viele Altenhilfeeinrichtungen bisher wenig Berührungspunkte hatten, aber auch besondere Personengruppen, die ganz selbstverständlich in unseren Einrichtungen gepflegt werden. Menschen, bei denen sich Pflegenden Fragen zum Umgang stellen und im ersten Moment vielleicht an eigene Grenzen geraten. Aber auch Menschen, die sich ihrer Besonderheit noch gar nicht bewusst sind.

Der Paritätische in Bayern gibt den Pflegebedürftigen, den Angehörigen, den Pflegenden sowie den Interessenverbänden eine Stimme. Im Gespräch mit Mitgliedsorganisationen und Verbänden konnten wir einen kleinen, aber intensiven, Einblick bekommen. Es wurde uns noch einmal mehr bewusst, wie wichtig es ist, sich ausführlich mit den Berührungspunkten und institutionellen Schranken zu beschäftigen – und manchmal auch Aufklärungsarbeit zu leisten. Geäußert haben alle Gesprächspartner den Wunsch, diesen Personengruppen eine größere Plattform im gesellschaftlichen Dialog zu geben und sich für mehr Integration einzusetzen. Ältere Menschen fühlen sich bereits aufgrund ihres Alters oft ausgegrenzt; bei den folgenden vier Personengruppen kommt jeweils ein weiterer Aspekt dazu:

Menschen mit HIV in der Altenarbeit

(im Gespräch mit Silke Eggers, Referentin für Soziale Sicherung und Versorgung, Deutsche Aidshilfe, Berlin)

In Deutschland leben ca. 85.000 Menschen mit HIV, davon sind schon heute 40 Prozent über 50 Jahre alt. Ist HIV ein Thema für die Altenhilfe? Silke Eggers von der Deutschen Aidshilfe ist sich sicher, die Thematik wird an Bedeutung gewinnen. Gründe hierfür sieht sie einerseits an den verbesserten therapeutischen Behandlungen. Menschen mit HIV haben heute nahezu eine normale Lebenserwartung. Andererseits gibt es auch ältere Menschen, die sich erst im Alter mit dem Virus infizieren.

Einige ältere Menschen mit HIV machen immer wieder die Erfahrung, wie schwer es sein kann, eine Pflegeeinrichtung zu finden. Plötzlich sind eine Vielzahl von Vorurteilen und Unwissenheit im Raum. Einrichtungsleitungen denken über das Infektionsrisiko für andere Bewohner/-innen oder das Personal nach, aber auch, ob die Aufnahme eines Bewohners mit HIV dem guten Ruf der Einrichtung schaden könnte, und nicht zuletzt darüber, ob die Hygienestandards ausreichend sind. Bei HIV haben viele Menschen Infektionsphantasien und unnötige Berührungängste. Oft ist es fehlendes Wissen über die wenigen wirklichen Risiken. Medizinisch hat sich in den letzten Jahren viel verändert, nur die Ängste und die Unsicherheiten der Menschen sind bis heute gleich geblieben. Gäbe es denn für die Pflegekräfte ein erhöhtes Risiko? „Eindeutig nein. Weder in der Pflege noch im normalen Zusammenleben gibt es ein Infektionsrisiko. Pflegekräfte müssten eine gro-

ße Menge Blut (größer 1 ml) des zu Pflegenden in den eigenen Blutkreislauf bekommen und dies ist sehr unwahrscheinlich, nur dann hätten sie ein gewisses Risiko. Ausreichend sind auch die normalen Hygienevorkehrungen, die in den heutigen Einrichtungen und Diensten sowieso einem hohen Standard entsprechen“, betont Frau Eggers.



Am Ende des Gespräches bleiben der Wunsch an alle Akteure der Altenhilfe, Menschen mit HIV angstfrei zu begegnen, und die Forderung nach einer diskriminierungsfreien Versorgung. Wissen und Nachfragen kann uns allen dabei helfen. Für weitere Informationen können sie die Broschüre „Keine Angst vor HIV“ gerne kostenfrei bei der Deutschen AIDS-Hilfe bestellen oder als pdf herunterladen:

<https://www.aidshilfe.de/shop/pdf/2921>.

Der Paritätische in Bayern gibt den Pflegebedürftigen, den Angehörigen, den Pflegenden sowie den Interessenverbänden eine Stimme.

Kriegstraumatisierte pflegebedürftige Menschen

(im Gespräch mit Reiner Walz, Einrichtungsleiter des ASB Seniorenzentrums „Am Park“ in Coburg)

Ein Klopfen an der Tür durch die Nachtschwester, das Ertönen der Feuerwehirsirene auf dem Dach oder Ausschnitte in einem Film bei einem gemütlichen Fernsehabend in der Gruppe – viele unterschiedliche Situationen können bei Bewohner/-innen in Pflegeeinrichtungen (be) drückende Gefühle bis hin zu Ausbrüchen und auffälligem Verhalten auslösen. Die Mehrzahl der aktuellen Pflegeheimbewohner des ASB Seniorenzentrum Am Park in Coburg gehört der Altersgruppe an, die vor allem den Zweiten Weltkrieg miterlebt hat. Geschehnisse aus dieser Zeit schlummern noch immer bei vielen Bewohner/-innen. Dieser Personenkreis sei für die Pfleger und Pflegerinnen eine ganz besondere Herausforderung, so der Einrichtungsleiter Reiner Walz. Es bedarf einer hohen Aufmerksamkeit und viel Sensibilität im Umgang mit diesen pflegebedürftigen Menschen. Wenn eine solche Situation eingetreten ist, ist es ganz wichtig, schnell und richtig zu reagieren. Die Menschen befinden sich nach einem auslösenden Ereignis in einem Zustand, der eine aktive Begleitung erfordert. Oftmals gelingt es dem Pfleger oder der Pflegerin vor Ort mit Fingerspitzengefühl. Wenn solche Situationen jedoch öfter vorkommen oder besonders intensiv sind, bedarf es der Aufarbeitung in Einzelgesprächen. Dazu wird in der Regel die Gerontofachkraft oder der behandelnde Arzt eingeschaltet. Auch die Hinzuziehung der Angehörigen ist wichtig. Manchmal wissen die

Angehörigen oder gar der Pflegebedürftige selbst nicht, warum diese traumatischen Erlebnisse gerade jetzt zu Tage treten. Beim Aufnahmegespräch bzw. den regelmäßigen Evaluationsgesprächen nach dem Einzug wird auch dieser Lebensabschnitt sensibel thematisiert. So wissen die Pfleger und Pflegerinnen besser mit einem emotionalen oder psychosomatischen Ausbruch umzugehen. Das Bewusstsein und Einfühlungsvermögen der Pflegekräfte im ASB Seniorenzentrum Am Park gewährleistet, dass auch Pflegebedürftige mit Kriegstraumas würdevoll gepflegt und versorgt werden und ihren Lebensabend mit den anderen Heimbewohnern genießen können.

Ehemalige Heimkinder in Pflegeeinrichtungen

Auf Grund einer Petition wurde durch den Deutschen Bundestag 2009 der Runde Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren eingerichtet. Er sollte die Heimaufenthalte vieler ehemaliger Heimkinder und deren Erfahrungen in der Zeit von 1949 bis 1975, die von traumatisierenden Lebens- und Erziehungsverhältnissen geprägt waren, aufarbeiten. Auch das Land Bayern hat sich dieser Herausforderung angenommen und hat die Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern gegründet. Allein bis 2015 haben sich etwa 2800 ehemalige Heimkinder dort gemeldet.

Vieler dieser ehemaligen Heimkinder kommen nun in das pflegebedürftige Alter. Die Gefahr einer Retraumatisierung ist hoch, wenn es um eine Unterbringung in Alters- oder Pflegeheimen geht. In vielen Fällen sind die Betroffenen selbst noch nicht bereit über das Erlebte zu sprechen. Eine persönliche Aufarbeitung ist so sehr schwierig. Die Angehörigen sind oft überfordert, weil sie zum Teil das Ausmaß der traumatischen Ereignisse nicht erahnen können. In einem Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, Joachim Unterländer, MdL, und des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof, MdL, an den Paritätischen in Bayern weisen sie auf diese Problematik traumatisierter Heimkinder in Pflegeheimen hin. Der Paritätische nimmt sich dieser sehr sensiblen Thematik mit allem Ernst und dem gebotenen Respekt an. So suchte er den Austausch zu seinen Mitgliedsorganisationen in der stationären und ambulanten Pflege. Das Bewusstsein für die Erlebnisse pflegebedürftiger Menschen, denen Schlimmes in ihrer Kindheit in den Heimen widerfahren ist, ist geschärft. Es ist allen ein Anliegen, dass diese Menschen ohne Angst in Alters- oder Pflegeheimen oder in ambulant betreuten Wohngemeinschaften eine angenehme Zeit verbringen können.



Jüngere Menschen mit Demenz in Pflegeeinrichtungen

(im Gespräch mit Tobias Bartschinski, Projekte ‚Frühe Diagnose‘ der Alzheimer Gesellschaft München)

„Ich bin dort das Küken im Haus“, meint eine Dame der Gruppe „Demenz mitten im Leben“ der Münchner Alzheimer Gesellschaft, wenn sie über ihren neuen Wohnort berichtet. Sie lebt allein und leidet an einer mittelgradigen Demenz. Ihr Lebensalltag in der eigenen Wohnung gestaltete sich immer schwieriger. So zog sie mit Anfang 60 in eine stationäre Pflegeeinrichtung. Bis heute hat sie das Gefühl, nicht wirklich dazu zu gehören. Sie ist deutlich jünger und mobiler als die anderen Heimbewohner. Die Struktur und Gepflogenheiten des Hauses passen nicht in jedem Fall zu ihr.



Beschäftigungsangebote und kulturelle Veranstaltungen sind an deutlich ältere Bewohner gerichtet. Manchmal fällt ihr die Decke auf den Kopf, sie vermisst Gesprächspartner und würde gern mehr den Alltag mitgestalten. „Besonders für Menschen, die in jüngeren Jahren an einer Demenz erkranken, fehlen geeignete Versorgungsstrukturen. Es ist ungewöhnlich, aber eine Demenzerkrankung kann auch bei Menschen unter dem 65. Lebensjahr diagnostiziert werden. Da stehen die meisten noch mitten im Berufsleben, haben Lebenspläne oder finanzielle Verpflichtungen, die nun völlig durcheinander geraten“, erzählt Tobias. In der monatlichen Gesprächsgruppe berichten Angehörige, welche Erfahrungen sie in Pflegeeinrichtungen gemacht haben und in welchen abstrusen Situationen sie sich teilweise befinden. Da geht es um Themen wie Doppelbelastung am Arbeitsplatz mit der zu organisierenden Pflege, das Abschiednehmen von Fähigkeiten und der Sehnsucht nach einem Gesprächspartner, der Entscheidungen teilt und die gemeinsamen Kinder beim Erwachsen werden begleiten.

In einer Stadt wie München gibt es eine Vielzahl von Angeboten für Menschen mit Demenz, allerdings haben sie selten spezialisierte Angebote für jüngere erkrankte Menschen. Die Versorgung von Menschen mit Demenz in jüngeren Jahren stellt nicht nur Angehörige und ihr soziales Umfeld auf eine harte Probe. Auch

„Ich bin das Küken im Haus.“
Fotos: Alzheimer Gesellschaft München



Für jüngere Menschen mit Demenz gibt es keine passende Versorgung.

Pflegekräfte sind mit besonderen Themen konfrontiert. Wie fühlt es sich an, jemanden zu pflegen, der deutlich jünger ist als man selbst? Wie kann ein Mensch mit deutlich höherer Mobilität und Fitness in den Alltag der jeweiligen Einrichtung integriert werden? Immer wieder treten neue Thematiken auf. Verhütung und die Begleitung von relativen jungen Ehepaaren sind dabei nur zwei Aspekte.

Dabei ist es besonders wichtig, mit den Familien und alleinlebenden Menschen ins Gespräch zu kommen, um die Bedürfnisse und die Problemlagen in der Lebensphase zu verstehen und die eigene Perspektive zu wechseln.

Lydia Hoppert, Bianca Broda ■

Pluralität als pädagogische Herausforderung

Gelebtes Leitbild für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das Leitbild der Freiwilligendienste fußt auf den Paritätischen Werten Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Diese im Alltag der Freiwilligen erfahrbar zu machen, ist Arbeit. Es erfordert vom pädagogischen Team Engagement, Empathie, umfassende interkulturelle und sozialpädagogische Kompetenz.

„Die Akteure der Paritätischen Freiwilligendienste arbeiten auf der Grundlage der Werte des Paritätischen: die Gleichwertigkeit aller Menschen, Toleranz, Offenheit und Vielfalt. Der Paritätische agiert dabei überkonfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Wir sind offen für alle, die die Paritätischen Werte teilen: hierzu gehören die Akzeptanz und der Respekt von Menschen, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, einem Handicap, ihrer Religionszugehörigkeit, ihres Alters, ihrer Weltanschauung oder sexuellen Orientierung.“

Auszug aus dem Leitbild

Die Zusammensetzung der Freiwilligen in den Gruppen spiegelt wider, was im erweiterten Inklusionsbegriff des Leitbilds intendiert ist: Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen.

Interkulturelle Zusammensetzung

Der Anteil der Freiwilligen aus dem Ausland (Incomer) oder mit Migrationshintergrund nimmt stetig zu, sodass das Thema Interkulturalität in den Gruppen eine stärkere Komponente einnimmt. Dies erfordert vom pädagogischen Team die Kompetenz, die Unterschiede der Kulturen und mögliche Konfliktfelder wahrzunehmen, aufzugreifen und bei den Freiwilligen ein gegenseitiges Verständnis und einen respektvollen Umgang mit dem jeweils anderen zu fördern. Dies erfordert vor allem dann besonderes Engagement, wenn in einer

Kultur die Lebensentwürfe / sexuelle Ausrichtung von Freiwilligen wie z.B. Homosexualität, strafbar sind und zur Ausgrenzung im Heimatland führen.

Unterschiedliche Weltanschauungen

Der Paritätische hat keine konfessionelle Bindung. Dies ist für manche Freiwillige ein Grund, sich bei uns zu bewerben und dies mit ganz unterschiedlichen Motivationslagen. Da sind einerseits gläubige, muslimische Freiwillige und andererseits Freiwillige, die eine atheistische Grundhaltung haben und Kirchen skeptisch gegenüber stehen. Auch hier gilt es, um die Akzeptanz der jeweils anderen Einstellung und Lebenshaltung zu ringen. Dem strenggläubigen Muslim zu verdeutlichen, dass es in Deutschland in Ordnung ist, nach dem Seminar gemeinsam ein Bier zu trinken und jungen Deutschen klar zu machen, dass eine Muslima mit Hijab (Kopftuch) nicht per se „rückständig“ ist. Dabei geht es nicht darum, die beiden Pole

aufzulösen, sondern darum, sich auf die unterschiedlichen Lebensweisen einzulassen und diese zu respektieren oder doch zumindest zu tolerieren.

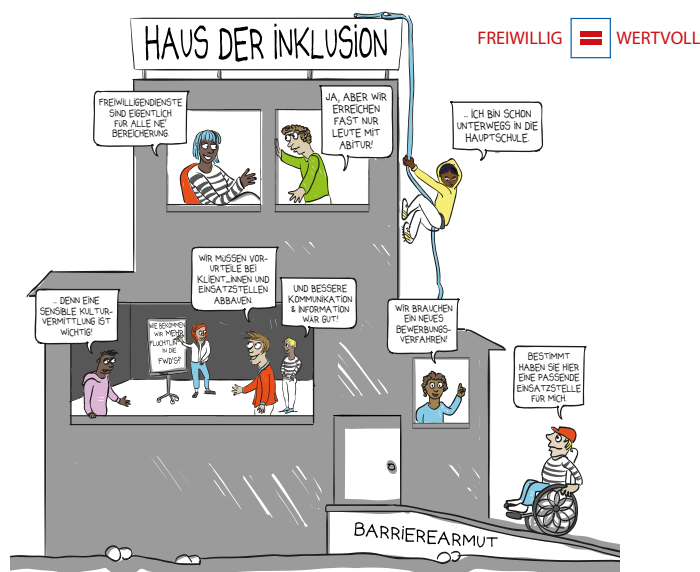
Unterschiedliche Bildungsabschlüsse oder soziale Milieus der Herkunftsfamilien könnten als weitere Beispiele genannt werden, um die unterschiedliche Zusammensetzung der

Gruppen zu veranschaulichen. Die Heterogenität illustriert letztlich nur die Pluralität unserer Gesellschaft, die sich hier aber – vielleicht stärker als sonst – tatsächlich in den Seminaren intensiv begegnen und miteinander auseinandersetzen (müssen). Der pädagogische Ansatz ist, die Vielfalt in den Unterschieden zuzulassen und auch zu respektieren. Darüber hinaus aber das Gemeinsame zutage zu fördern und so die verbindenden Aspekte zu stärken.

Wenn es gelingt, diese Erfahrung der gegenseitigen Wertschätzung und des Respekts nachhaltig zu verankern, dann können die Freiwilligendienste befördern, dass unsere Gesellschaft über alle Unterschiede hinweg zusammen hält und Ausgrenzung verhindert.

Annette Firsching ■

Ein Haus der Inklusion wünschten sich die Freiwilligen auf dem Forum des Paritätischen in Berlin
Bild: Comic ©123comics





Der Paritätische im Diskurs

Familie | Frauen

Gesellschaft in Veränderung

Für ein neues Verhältnis von Familie, Job und Engagement

Die neue Veranstaltungsreihe „Der Paritätische im Diskurs“ ist mit einer gut besuchten Auftaktveranstaltung am 23. Oktober 2017 zum Thema „Für ein neues Verhältnis von Familie, Job und Engagement“ gestartet. Mit dem Format lädt der Verband zum Diskurs über grundsätzliche gesellschaftliche Herausforderungen ein, zu deren Bewältigung es Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Sektoren mit ihren jeweiligen Perspektiven und Zugängen braucht. Wir wollen gemeinsam Antworten finden, die in die Zukunft führen.

Der erste Diskurs mit über 40 Gästen nahm grundlegende Veränderungsprozesse der Gesellschaft in den Fokus, die seit einigen Jahren erkennbar sind und – häufig getrennt voneinander – in Wissenschaft und Sozialpolitik diskutiert werden:

- Die Erwartung an Geschlechtergerechtigkeit, die verbunden ist mit der Auflösung der Zuschreibung von Geschlechterrollen und den daran geknüpften Aufgaben.
- Der Wunsch nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d.h. der Zugang zur Erwerbstätigkeit für Frauen und die generelle Infragestellung der geltenden Normalarbeitszeit mit den möglichen positiven Konsequenzen insbesondere für Männer.
- Der demografische Wandel und die damit verbundene Frage, wie private und professionelle Pflege- und Sorgearbeit zukünftig unter anderen Bedingungen sichergestellt werden kann.

Diese Themen bewegen die Menschen, verändern die Gesellschaft und werden dies zukünftig noch stärker tun, erklärte Margit Berndt, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik in ihrer Begrüßung. Diese drei Themen haben einen gemeinsamen Kern, so Berndt, und führen zu

einem zentralen Prinzip unserer gesellschaftlichen Ordnung: der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Frauen wird nach wie vor die primäre Zuständigkeit für Sorgearbeiten und Haushalt zugewiesen, was sich unter anderem in der hohen Teilzeitquote äußert. Eine vollständige und gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt in Form einer durchgängigen Vollzeiterwerbsbiografie war für alle Frauen noch nie die Norm und schon gar nicht Praxis. Frauen und Männer hätten nach wie vor einen ungleichen Zugang zum Arbeitsmarkt und ungleiche Chancen, so Berndt. Damit verbunden seien die bekannten negativen Effekte für die wirtschaftliche Absicherung von Frauen, zum Beispiel im Alter.

Es stellt sich die Frage, wie wir leben wollen, welchen Wert die sogenannten reproduktiven Tätigkeiten – also Sorge für andere und Engagement für andere im Gemeinwesen – für jeden Einzelnen und in unserer Gesellschaft haben und welchen Raum und welche Absicherung wir dafür als Gesellschaft vorsehen.

Impulse zur Beantwortung dieser Fragen lieferten Dr. Karin Jurczyk, Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik beim Deutschen Jugendinstitut, sowie der Philosoph und Publizist Dr. Michael Hirsch.

Hauptproblem unserer Gesellschaft: Mangel an Zeit

Jurczyk wies auf ein Missverhältnis zwischen den Wünschen vieler Berufstätiger und dem vorherrschenden Erwerbsmodell in der Praxis hin. Die heutigen Geschlechter-, Erwerbs- und Familienverhältnisse passten mit Lebensläufen nach dem alten Dreiphasen-Schema – Ausbildung, Arbeit, Ruhestand – nicht mehr zusammen. Die Care-Krise und Sorgezeiten, die man für sich selbst und andere Familienangehörige benötige, sorgen für das Hauptproblem der

heutigen Gesellschaft: einem Mangel an Zeit. So arbeiten über die Hälfte der Väter mit Kindern unter neun Jahren heute viel mehr als 40 Stunden pro Woche – ein deutliches Ungleichgewicht zwischen den bestehenden Wünschen und der Realität. Jurczyks Forderung lautete: „Lebensläufe zum Atmen zu bringen“. Beide Geschlechter sollten die Möglichkeit haben, ihren Erwerbsverlauf rechtlich und sozial abgesichert nach ihrem Care- und Zeitbedarf für gesellschaftlich relevante Aktivitäten unterbrechen, oder ihre Arbeitszeit selbstbestimmt und begrenzt reduzieren zu können. Das würde das institutionelle Gerüst für geschlechtergerechte „atmende Lebensläufe“ bilden, so Jurczyk. Je nach Grund der selbst gewählten Unterbrechung des Arbeitslebens würde die Übernahme der „Ausfallkosten“ auf die entsprechenden Nutznießer übertragen: So seien für die Pflege von Kindern und Älteren die gesamte Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen, für Zeiten des lebenslangen Lernens die Arbeitgeber und für Zeiten der Selbstsorge jeder einzelne. Das Konzept müsse jetzt durchgerechnet und konkretisiert werden. In der Umsetzung müsste jedoch darauf geachtet werden, dass nicht doch wieder überwiegend Frauen diese Möglichkeit der „atmenden Lebensläufe“ nutzen, sondern auch Männer, um sich an Sorgearbeiten zu beteiligen.

„Weniger arbeiten, damit alle arbeiten und besser leben können“ Hirsch forderte zu Beginn seines Impulsvortrags, dass die vorherrschenden Normalitätsvorstellungen von Erwerbsarbeit angegangen und sogar überwunden werden müssen. Laut Hirsch liegt eine der Schlüsselfragen der Gesellschaft im Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Um diese Frage zu beantworten, könnte die Ände-



Auftakt der neuen Veranstaltungsreihe
Foto: Paritätischer in Bayern

Die herrschenden Arbeitszeitnormen durch eine radikale Verkürzung der geltenden Normalarbeitszeiten (perspektivisch auf 32 oder gar 25 Stunden) ein wichtiges Element sein. Eine Politik der radikalen Arbeitszeitverkürzung sei in ein Gesellschaftsprojekt eingespannt, das sozialpolitisch und kulturell von dem Philosophen André Gorz formulierten Forderung folgt: „Weniger arbeiten, damit alle arbeiten, und besser leben können“. Dabei geht es auch darum, die unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie in Zukunft auf beide Geschlechter gerecht zu verteilen und sie damit auch zu einer gesellschaftlichen Neubewertung zu führen. Diese Geschlechtergleichheit wird es nach Hirsch aber nicht durch die Steigerung der weiblichen Erwerbsbeteiligung geben können, sondern nur durch die Verringerung der männlichen. Die Arbeitszeitverkürzung könnte darüber hinaus eine Lösung sein, wenn zukünftig durch Roboter und Digitalisierung viele Arbeitsplätze wegfielen.

Hirsch zeigte mit Blick auf die Geschichte, dass die 40-Stunden-Arbeitswoche seit 1963 in Deutschland die unhinterfragte Norm ist. Einzig die IG Metall wagte Mitte der 1990er-Jahre mit der Einführung der 35-Stunden-Woche letztmals, dieses Konstrukt zu durchbrechen. Außerdem müsse die Erwerbsarbeit stärker als bisher existenzsichernd sein, andernfalls mache dieses Modell für die Postwachstumsgesellschaft wenig Sinn. Denn schon heute leiden viele Arbeitnehmerinnen und -nehmer darunter, dass die Existenzsicherung trotz einer hohen Arbeitsbelastung aufgrund niedriger Löhne nicht gewährleistet ist.

Hirsch selbst hält seinen Vorschlag zumindest zum aktuellen Zeitpunkt für politisch nicht durchsetzbar, es sei jedoch wichtig, „nach vorn in die richtige Richtung zu denken“ und Visionen zu entwickeln. Aktuell wäre beispielsweise

das Recht zur Rückkehr in Vollzeitarbeit nach einer sorgebefindenden Teilzeitstelle ein richtiger Schritt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Um hier generell mehr zu erreichen, müssten sich allerdings die Arbeiter- und die Frauenbewegung deutlich mehr verzahnen und gemeinsam Forderungen stellen.

Die folgende Diskussion, moderiert von Antje Krüger, wurde engagiert geführt: Jurczyk entgegnete Hirsch, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit nicht automatisch Gleichberechtigung mit sich brächte, sondern Anreize für eine andere Aufteilung von Arbeit geschaffen werden müssten. Hirsch wiederum wies mit Blick auf das Modell der „atmenden Lebensläufe“ darauf hin, dass die Erziehung von Kindern länger dauere als ein paar Jahre der Auszeit. Zudem verenge es die Debatte auf die akademische Elite, für die das Modell aus finanziellen Gründen überhaupt nur möglich sei.

Über die Norm der Arbeitszeit muss gesprochen werden

Berndl stimmte den beiden Impulsgebern zu, dass über die heutige Norm des Vollzeitverhältnisses in jedem Fall eine Auseinandersetzung geführt werden müsse. Sowohl im Kontext der angeführten Argumentationslinien, aber insbesondere auch, weil die bestehenden erwerbsarbeitszentrierten sozialen Sicherungssysteme dazu führen, dass Personen, die von dieser Norm abweichen, das Risiko einer unzulänglichen sozialen Absicherung, z.B. im Alter, tragen müssen.

Eine weitere geladene Diskutant, die stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern, Dr. Verena Di Pasquale, bereicherte die Debatte um den Blickwinkel der Gewerkschaften: Diese müssen aktuell gegenhalten, da die Wirtschaft zwar ebenfalls mehr Arbeitszeitflexibilität fordert, damit aber in der Regel auf eine Verlängerung

der (täglichen) Arbeitszeit abziele. Statt die Arbeitszeit immer mehr auf dem Rücken der Beschäftigten auszudehnen, bräuchten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Mitsprache bei Dauer und Lage ihrer Arbeitszeit – also mehr Arbeitszeitsouveränität.

Die Zielsetzung der Veranstaltungsreihe ist, mit allen Anwesenden in den Diskurs zu gehen. Dieses Ziel wurde erreicht, die zwei leeren Sessel in der Runde der Diskutanten/-innen wurden intensiv genutzt und Widerspruch, Zustimmung, Modifizierungen und neue Aspekte rege eingebracht.

Die angeregte Diskussion zeigte trotz Differenzen über mögliche Lösungswege in jedem Fall: Über die Norm der Arbeitszeit muss gesprochen werden. Die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen unterstützen eine Entwicklung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit nicht. Das Interesse an einer Veränderung haben Frauen und Männer gleichermaßen, denn alle sind im Laufe des Lebens auf Sorge und Fürsorge durch andere angewiesen und wollen diese auch für andere leisten können. Und weil das so ist, erfahren diese Tätigkeiten – privat wie beruflich erbracht – nicht die Wertschätzung, die sie verdienen. Und es geht bei dieser Debatte mehr als um eine organisatorische Frage, Familie und Sorgearbeit beziehungsweise ehrenamtliches Engagement zu verbinden. Es geht um die Frage, was ein gutes Leben – im Beruf wie im Privaten – ausmacht. Die Denkanstöße aus diesem Diskurs wird der Paritätische aufnehmen und weiterführen! Zu diesem Veranstaltungsformat hat der Paritätische viel Zuspruch bekommen, und freut sich deshalb auf einen weiteren Diskurs am 21. Juni 2018, wenn das Thema Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht.

Antje Krüger, Jan Gerspach ■

Unklare Bleibeperspektive

Realität akzeptieren und Perspektiven schaffen

Gerechtere Teilhabechancen für alle jungen Menschen sind Ziel des Paritätischen. Dabei befindet sich eine besondere Gruppe im Blickfeld – die minderjährigen unbegleiteten Ausländer (UMA) und diejenigen, die als solche zu uns kamen und nun nicht mehr minderjährig sind, aber deshalb nicht weniger Zielgruppen der Jugendhilfe sind. Fast 30 Prozent der Asyl-antragsteller sind zwischen 16 und 25 Jahren alt – genau in dem Alter, in dem normalerweise der Eintritt in den Arbeitsmarkt erfolgt. Schon lange ist bekannt, dass erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen der Migranten besteht, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren sind. Zu dieser benachteiligten Gruppe kommen nun die jungen Geflüchteten hinzu.

Aufgrund der oft unklaren aufenthaltsrechtlichen Situation sind die Zugänge der jungen Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt eingeschränkt bis unmöglich, außer bei denen, die gute Anerkennungschancen haben, z.B. bei Syrern. Voraussetzung für eine Ausbildung, Beschäftigung oder ein länger als 90 Tage dauerndes Praktikum ist eine Beschäftigungserlaubnis. Der Gesetzgeber auf Bundesebene hat dieses Problem erkannt und die sogenannte Ausbildungsduldung (§ 60a AufenthG) geschaffen, die – theoretisch – den Zugang zum Arbeitsmarkt für viele (ehemalige) UMA für den Zeitraum der Ausbildung und unter bestimmten Voraussetzungen für weitere zwei Jahre ermöglicht. Praktisch liegt die Entscheidung, ob

eine Beschäftigungserlaubnis erteilt wird, in der Verantwortung des zuständigen Auslandsamts. Dass solche Entscheidungen in den verschiedenen Bundesländern und teilweise auch regional unterschiedlich ausfallen, ist bekannt. Der Paritätische hat im Verbund mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und der Freien Wohlfahrtspflege Bayern dazu mehrmals Stellung bezogen und wird sich auch zukünftig für die Umsetzung der Ausbildungsduldung einsetzen.

Die jungen Geflüchteten bleiben ausgeschlossen und zur Untätigkeit verdammt, wenn ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird.

Viele Möglichkeiten für einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt bestehen nicht, wenn die Bleibeperspektive unklar ist, sprich so ausgelegt werden kann, dass eine Bleibeperspektive unwahrscheinlich ist. Unklar kann heißen, der/die UMA befindet sich vor oder im laufenden Asylverfahren oder klagt gerade gegen den abgelehnten Asylbescheid. Es gibt auch den Fall, dass eine bestandskräftige Ablehnung des Asylbescheids erfolgt ist, aber eine Ausreise zeitnah nicht erfolgen kann. Hier ist die Erteilung einer Duldung möglich. Bei entsprechender Mitwirkung an der Identitätsklärung und erfolgten Integrationsleistungen kann eine zeitlich befristete Beschäftigungserlaubnis erteilt werden. Stammt der junge Mensch aus einem sogenannten sicheren Herkunftsstaat besteht ein absolutes Beschäftigungsverbot, wenn der Asylantrag nach dem 31.08.2015 gestellt wurde.

Bildung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe

Dabei ist Bildung und berufliche Bildung für die UMA bzw. jungen volljährigen Geflüchteten besonders relevant, weil sie eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft ist. Die jungen Geflüchteten bleiben ausgeschlossen und zur Untätigkeit verdammt, wenn ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird. Integra-

tion wird erheblich erschwert und der Sozialstaat unnötig belastet.

Damit die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen besser gelingt und um einer drohenden Verschlechterung ihrer Beschäftigungsfähigkeit vorzubeugen, ist es notwendig, auch für die UMA und ehemaligen UMA mit unklarer Bleibeperspektive Angebote für sinnvolle Beschäftigung und wenn möglich Ausbildung zu machen.

In den allermeisten Fällen besteht keine Möglichkeit zu Aufnahme einer Arbeit oder auch nur eines Praktikums, das beschäftigungserlaubnispflichtig ist. Angebote der Arbeitsagentur bzw. der Jobcenter stehen diesen Jugendlichen somit auch nicht offen.

Auf **Integration** darf nicht gewartet werden. Wenn **Asylverfahren** viele Jahre dauern, ist es nicht klug, diese **Jahre vergehen** zu lassen **ohne Möglichkeiten zur Integration und Qualifikation**.

Alternativen können eine freie Förderung nach § 16 f SGB II sein, Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG, Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen oder schulische Ausbildungen. Alle Angebote müssen auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe abgestimmt werden, freiwillig und sanktionsfrei sein.

Eine bestehende Möglichkeit ist der Besuch des Berufsgrundbildungsjahrs (BGJ), hier können innerhalb eines Jahres Fähigkeiten erworben werden, die entweder in eine Ausbildung münden oder im Herkunftsland verwertbar sind. Für schulische Ausbildungen wird in der Regel keine Beschäftigungserlaubnis benötigt. Vorstellbar sind Angebote als Basisqualifikationen, die hier in Deutschland, wie im Herkunftsland nützlich sein können – etwa der zusätzliche Spracherwerb (Übersetzungstätigkeit), unterschiedliche handwerkliche Fertigkeiten, Haushaltslehre, etc. Leider fehlt derzeit die finanzielle Unterstützung für derartige Kurzzeitangebote, die zur Qualifikation erforderlich wären. Trotzdem gibt es, auch unterstützt durch das Ehrenamt, viele einzelne Initiativen innerhalb der Jugendhilfe, die hier ansetzen und sinnvolle Kompetenzen vermitteln können.

Steht zweifelsfrei fest, dass der junge Mensch Deutschland verlassen muss, kann auch die Zentrale Rückkehrberatung (ZRB) Perspektiven für das Leben im Herkunftsland bieten. Möglich sind eine finanzielle Direkthilfe, die Unterstützung von Existenzgründung und

weitere Qualifizierungsmaßnahmen. Die sog. „Freiwillige“ Rückkehr muss Vorrang vor Abschiebung haben.

Wichtige Jahre im Leben eines jungen Menschen nicht vergeuden

Oft dauert es mehrere Jahre bis zum Abschluss eines Asylverfahrens – wichtige Jahre im Leben eines jungen Menschen. Ebenso kann es weitere Jahre dauern, bis eine Abschiebung vollzogen wird. Auf Integration darf nicht gewartet werden. Wenn Asylverfahren viele Jahre dauern, ist es nicht klug, diese Jahre vergehen zu lassen ohne Möglichkeiten zur Integration und Qualifikation. Es ist aus unterschiedlichen Gründen sinnvoll, auch Menschen mit unklarer/geringer Bleibeperspektive zu qualifizieren: sie auszubilden oder da, wo eine Ausbildung nicht möglich ist, Kompetenzen zu vermitteln, die sowohl im Herkunftsland gebraucht werden können, um die dortigen Lebensumstände zu verbessern, als auch in Deutschland, um sie als Qualifikation für den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu nutzen.¹

Situation der Jugendhilfe

Die jungen Menschen leben in einer sehr belastenden Situation, die sich auch auf ihr Umfeld auswirkt und für ihre Betreuer sehr schwer zu bearbeiten ist. Für die Jugendlichen selbst ist die Situation oft nicht nachvollziehbar, sie sehen keine Perspektive und haben keine sinnvolle Beschäftigung. Die Fachkräfte der Jugendhilfe und unterstützende Ehrenamtliche stehen vor der Herausforderung, mit

dieser Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit umzugehen und sie nicht auf sich selbst überspringen zu lassen.²

Klar ist, dass nicht alle UMA und ehemaligen UMA eine Perspektive in Deutschland haben werden, einige werden zurück in ihre Herkunftsländer abgeschoben beziehungsweise freiwillig dorthin zurückkehren. Diese Realität berücksichtigt auch die Jugendhilfe, für die es eine besonders schwierige Aufgabe ist, den jungen Menschen, diesen Sachverhalt zu erklären und mit ihnen gemeinsam die Ungewissheit einer unklaren Bleibeperspektive auszuhalten und parallel Perspektiven für ihr Leben zu entwickeln. Dabei muss auch die Abschiebung in das Herkunftsland als Ultima Ratio miteinbezogen werden. Der junge Mensch muss über die bestehenden Unsicherheiten seines Verbleibs aufgeklärt sein, aber auch eine Chance bekommen, die Zeit, die er in Deutschland verbringt, sinnvoll zu nutzen.

Dabei unterstützt der Paritätische in erster Linie die Möglichkeit zu einer dualen Ausbildung und einen Zugang durch die Ausbildungsduldung. Da es nicht für alle (ehemaligen) UMA möglich ist, diesen Weg zu gehen, müssen sinnvolle Alternativen unterstützt werden. Der Paritätische wird sich weiter für eine Verbesserung der Perspektiven der jungen Geflüchteten einsetzen und gegen die Abschiebung in Länder, die keinen sicheren Schutz bieten.

Melanie Mönnich ■

¹ Vor dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, nahm der Paritätische Gesamtverband, vertreten durch Claudia Karstens, am 23.05.2017 Stellung zu Thema „Berufliche Bildung – einschließlich BBiG“. (Berufsbildungsgesetz) (Ausschussdrucksache 18(18)373 c

Wertvolle Informationen können den Veröffentlichungen des Paritätischen Gesamtverbands entnommen werden: Handreichung „Zugang zur Berufsausbildung und zu den Leistungen der Ausbildungsförderung für junge Flüchtlinge und Neuzugewanderte“, Paritätische Arbeitshilfe 13, 2017 oder Arbeitshilfen z.B. zur Ausbildungsduldung

² Stellungnahme „Keine Abschiebung nach Afghanistan! Perspektiven für junge Geflüchtete schaffen!“ vom Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), Diakonie Deutschland, Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) und Kompetenzzentrum Pflegekinder; unterstützt vom Paritätischen Gesamtverband u.a., 18.10.2017

Erfolgreiche Mitgliederversammlung des Paritätischen in Bayern

Verbandsrat neu gewählt



Der neugewählte Verbandsrat zusammen mit dem Vorstand des Paritätischen in Bayern.

Auf der Landesmitgliederversammlung am 7. Juli 2017 wurde der Verbandrat des Paritätischen in Bayern neu gewählt mit erstmals zwölf statt 16 Mitgliedern. Mitglieder des Verbandsrates sind: **Norbert Blesch** (Münchner Aids-Hilfe e.V.), **Günter Brandmiller** (Augsburger Gesellschaft für Lehmbau, Bildung und Arbeit e.V.), **Ralph Dürr** (Bayerischer Landesverband für die Rehabilitation der Aphasiker e.V.), **Eva Egartner** (Condrobs e.V., Condrobs Beschäftigungs GmbH), **Hilde Kugler** (Treffpunkt e.V., Nürnberg), **Florian Peter** (MobilSpiel e.V., München), **Christian Reisenberg** (pro familia Ortsverband München e.V.), **Johanna Rumschöttel**, **Maria Schwarzfischer** (SOS-Kinderdorf e.V.), **Christa Steiger** (Arbeiter-Samariter-Bund Kreisverband Kronach e.V.), **Christa Weigl-Schneider** (Verein für Fraueninteressen e.V., TuSch Trennung und Scheidung - Frauen für Frauen e.V., München), **Peter Weiß** (Sozialteam - Soziotherapeutische Einrichtungen gGmbH).

Am 20. Juli 2017 fand die konstituierende Sitzung des Verbandsrates statt. Christa Weigl-Schneider wurde als Vorsitzende wiedergewählt, ebenso ihre beiden Stellvertreter Günter Brandmiller und Hilde Kugler.

„Für eine Gesellschaft, die zusammenhält“

So lautet der Titel der Resolution, die auf der Landesmitgliederversammlung des Paritätischen in Bayern einstimmig verabschiedet wurde. Darin fordert der Paritätische in Bayern die politischen Parteien auf, sich im Wahlkampf für eine offene, tolerante und plurale Gesellschaft stark zu machen. Denn obwohl der Wohlstand in Deutschland und in Bayern wächst, sind Einkommen, Vermögen und Teilhabechancen immer ungleicher verteilt. Das Wohlfahrtsversprechen unserer sozialen Marktwirtschaft gilt für eine wachsende Anzahl von Menschen nicht mehr. Viele haben Angst, abgehängt zu werden. Pauschale Vorurteile und Feindselig-



Mitgliederversammlung 2017: Große Zustimmung fand der Vortrag des ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. h.c. Wolfgang Thierse

keiten gegen Andere – zum Beispiel „die Flüchtlinge“ oder „die Arbeitslosen“ – finden hier ihren Nährboden. Als Akteur der Sozial- und Gesellschaftspolitik sehen wir uns in der Verantwortung, den Ursachen dieser Verunsicherung entgegenzutreten.

Der Paritätische in Bayern tritt in Politik und Gesellschaft für Vielfalt, Toleranz und Offenheit ein. Selbstbestimmung und Mitbestimmung aller sozialen Gruppen sind wesentliche Bestandteile unseres Verständnisses einer Zivilgesellschaft, in der jeder Mensch gleichberechtigt und gleichwertvoll ist.

Die Gleichwertigkeit aller Menschen sei Kern unserer demokratischen Gesellschaft, betonte die Bayerische Sozialministerin Emilia Müller in ihrem Grußwort bei der Mitgliederversammlung. Darin würdigte sie die Arbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und hob insbesondere die gute Zusammenarbeit hervor. Gesellschaftlicher Zusammenhalt sei keine Selbstverständlichkeit sondern eine Aufgabe aller. Insbesondere die Integration der vielen Flüchtlinge brauche einen langen Atem und Geduld.

Kommunen brauchen mehr Unterstützung

Der erste Bürgermeister Unterföhrings Andreas Kemmelmeyer appellierte in seinem Grußwort an die Ministerin, die Kommunen bei der Aufgabe der Integration nicht allein zu lassen: „Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir machen die Arbeit gern. Aber die Kommunen brauchen mehr Anerkennung und mehr Unterstützung“, forderte er.

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands Dr. Ulrich Schneider wies in seinem Grußwort darauf hin, dass es die im Grundgesetz als Ziel formulierten „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in Deutschland schon längst nicht mehr gebe. Für ihn sei das Leitthema des



Christa Weigl-Schneider (Verbandsratsvorsitzende), Margit Berndl (Vorstand Paritätischer in Bayern), Dr. h.c. Wolfgang Thierse (ehemaliger Bundestagspräsident), Emilia Müller (Bayerische Sozialministerin), Dr. Ulrich Schneider (Geschäftsführer Paritätischer Gesamtverband), Andreas Kemmelmeyer (Erster Bürgermeister Unterföhring), Peter Schimpf (Vorstand Paritätischer in Bayern) v.l.n.r

Paritätischen in Bayern „Alle gehören dazu“ eine Kampfansage, denn Teilen sei eine wesentliche Voraussetzung, damit alle dazugehören können. Deshalb fordere der Paritätische Gesamtverband seit langem eine gerechte Steuerpolitik, die Reichtum umverteilt.

Integration ist eine doppelte Aufgabe

Besonders bewegend und sehr zum Nachdenken anregend war der Vortrag des früheren Bundestagspräsidenten Dr. h.c. Wolfgang Thierse, in dem es um die Herausforderungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Einwanderung ging. Integration sei eine doppelte Aufgabe. Sie werde nur gelingen, wenn sowohl die zu uns Kommenden wie auch die Aufnahmegesellschaft Integration wollen und das Notwendige dafür tun. Die Erfüllung dieser doppelten Aufgabe brauche viel Zeit und Kraft.

Ein Interview mit Wolfgang Thierse und die Resolution finden Sie im Schwerpunkt. (Siehe Seite 6 und Seite 10)

Mitgliederversammlung 2018

Dienstag | 10. Juli | Unterföhring

Der Paritätische in Bayern lädt seine Mitgliedsorganisationen – anders als bisher angekündigt – am Dienstag, den 10. Juli 2018 zur **Mitgliederversammlung in das Bürgerhaus Unterföhring** ein.

Beginn ist 10 Uhr. Tagesordnung und Unterlagen gehen allen Mitgliedsorganisationen rechtzeitig per Post zu.

„Ich war stolz für den Paritätischen zu arbeiten“

Interview mit Gabriele Krommer

Gabriele Krommer arbeitete seit 1970 beim Paritätischen in Bayern, unterbrochen durch eine Familienphase. Insgesamt arbeitete sie 39 Jahre im Sekretariat des Vorstands. Sie galt als „wandelndes Gedächtnis“ des Landesverbands. Im Sommer dieses Jahres ist sie in ihren wohlverdienten Ruhestand gegangen.

Der Paritätische: Frau Krommer, Sie haben seit 1970 beim Paritätischen Landesverband Bayern gearbeitet – immer direkt für die Geschäftsführung. Wie war es damals als Sie angingen?

Die Landesgeschäftsstelle war damals zusammen mit der Kreisgruppe München in einem zweistöckigen Wohnhaus in München Bogenhausen untergebracht. An dieses Haus erinnere ich mich noch gut. Wir waren 15 bis 20 Mitarbeitende. Jeden Nachmittag um zwei Uhr gab es ein für alle verpflichtendes Kaffeetrinken im „Pferdestall“, wo alle anstehenden Themen besprochen wurden.

Der Paritätische: Wie haben sich die Aufgaben und die Arbeitsweise in Ihrer Funktion verändert?

Die größten Veränderungen gab es selbstverständlich durch die technischen Entwicklungen. Als ich anfang, musste ich noch mit der mechanischen Schreibmaschine arbeiten. Dann kamen die elektrischen Schreibmaschinen, die Schreibautomaten mit kleiner Speicherkapazität bis hin zur EDV. Wurden damals noch die Diktate per Steno aufgenommen, folgten später Diktiergeräte.

Der Aufgabenbereich im Sekretariat hat sich auch durch die Aufgaben der Geschäftsführung verändert. Zu Beginn waren zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliederverwaltung bei der Geschäftsführung angesiedelt und wurden vom Sekretariat abgewickelt. Dafür gibt es heute Referentinnen. Meine Hauptaufgabe zu Beginn war, den Paritätischen Rundbrief zu erstellen – auf Wachsmatrizen, die in die Schreibmaschine eingespannt wurden und dann aufwendig vervielfältigt werden mussten.

Heute stellt die Arbeit im Sekretariat hohe Anforderungen an Termin-, Büro- und Reisemanagement. Alles läuft über den Computer. Früher hat es einen halben Tag gedauert, um einen Termin zu vereinbaren, denn alle mussten persönlich angerufen werden. Mit Doodle und Outlook sind es heute nur noch ein paar Klicks. Mit der technischen Entwicklung sind auch die Anforderungen an Selbstmanagement und die Eigenverantwortung gestiegen.

Der Paritätische: Als Sekretärin der Geschäftsführung waren Sie im Zentrum der „Gestaltungsmacht“. Sie haben wie keine andere Person einen kontinuierlichen Einblick in die Geschichte und die Veränderungsprozesse des Paritätischen als Spitzenverband gehabt. Haben sich die Zielsetzung und Anliegen des Verbandes in der Zeit geändert?

Die unterschiedliche Themensetzung hängt mit dem zeitlichen Kontext zusammen. Die 50er und auch noch die 60er Jahre waren ge-

prägt von Nachkriegsarmut und Wohnungsnot. Da ging es um Suppenküchen, Carepakete, etc. In den 70ern standen die Müttergenesung und die Kindererholung im Fokus. Ende der 70er / Anfang der 80er gab es einen Gründungsboom von Vereinen mit innovativen, teilweise revolutionären Ansätzen, wie VIF – selbstbestimmt leben (ambulant vor stationär), Condrops (Elterninitiative für drogenabhängige Kinder), Aidshilfe, Aktion Sonnenschein (neuer Therapieansatz), Nachbarschaftshilfen, Fraueninitiativen, etc. In dieser Zeit gab es den größten Sprung bei den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern. 1970 hatte der Paritätische Landesverband 109 Mitglieder. 1988 – zum 40. Jubiläum der Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg – waren es bereits 535.

Stand, als ich anfang, die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen im Fokus, hat sich der Paritätische zu einem sozialpolitisch profilierten Verband entwickelt. Die sozialpolitische Vertretung der Mitgliedsorganisationen und die Einflussnahme in die Gesetzgebung ist heute Schwerpunkt der Arbeit. Es gibt viel mehr Termine der Referent/-innen und des Vorstands mit Ministerien. Der Paritätische wird häufiger angefragt, Stellungnahmen abzugeben.

Der Paritätische: Wenn Sie mit Ihren Enkelkindern eine Paritätische Zeitreise machen könnten, in welches Jahr würden Sie fahren?

In die Zeit des Aufbruchs Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, als viele neue Mitgliedsorganisationen aus ganz unterschiedlichen Richtungen mit neuen Ideen und Konzepten sich dem Paritätischen anschlossen. Ich war dem Paritätischen immer sehr zugetan, weil es ein Verband der Weite ist, ein Verband, der aus der Enge führt, der sich einsetzt gegen Diskriminierung und für Selbstbestimmung steht.



Feierliche Verabschiedung von Gabriele Krommer durch Margit Berndl (Vorstand) und Christa Weigel-Schneider (Verbandsratsvorsitzende)

Diese Zeit hätte ich gern meinen Enkelkindern gezeigt. Ich war stolz für den Paritätischen zu arbeiten. Das hat mich immer motiviert.

Der Paritätische: Wann gab es Höhen? Wann Tiefen?

Höhen waren für mich die erfolgreiche Entwicklung der Frauenarbeit, der Notrufe und Frauenhäuser, die Entstehung der Nachbarschaftshilfen, die „AIDS-Reise“ nach San Francisco, die der Paritätische mitorganisiert hatte. In der Drogenarbeit war der Paritätische der einzige Verband, der Hilfen angeboten hat. In der Psychiatrie gab es beim Paritätischen schon früh einen inklusiven Ansatz. Betroffene wurden in die Gesellschaft geholt statt sie „wegzusperrern“.

Die Tiefen waren die Krisen des Landesverbandes in den Jahren 1990 und 1998 mit Umstrukturierungen, Sparmaßnahmen und Wechsel der Geschäftsführungen und des Verbandsrates.

Der Paritätische: Was ist für Sie „typisch Paritätisch“?

Typisch Paritätisch sind für mich die Vielfalt der Mitgliedsorganisationen und die Offenheit für neue Ansätze und Konzepte. Der Verband ist in einem positiven Sinne chaotisch. Friedrich Nietzsche hat einmal sinngemäß gesagt: „Aus dem Chaos werden Sterne geboren“. Das Zitat ist treffend für den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen.

Typisch Paritätisch ist für mich auch das Ziel, alle mitzunehmen. Das finde ich toll! Die Abstimmungsmarathons mögen mühsam sein, aber am Ende können alle mit einer Entschei-

dung mitgehen. Alle haben die Chance mitzugestalten.

Der Paritätische: Sie haben mit 14 hauptamtlichen Geschäftsführern gearbeitet. Was muss man dafür mitbringen, um mit ganz unterschiedlichen Charakteren so eng zusammenarbeiten zu können?

Anpassungsfähigkeit, gute Nerven, Ruhe und Gelassenheit, Loyalität und die Bereitschaft, sich immer wieder auf andere Menschen einzulassen. In dieser Position darf man keine Vergleiche anstellen, sonst kommt man nicht klar. Außerdem muss man damit umgehen können, dass man immer in einer Einzelposition ist.

Ich habe im Sekretariat lange in einer Doppelfunktion gearbeitet, nämlich sowohl für die Geschäftsführung bzw. jetzt den Vorstand als auch für den Verbandsrat. Dabei war wichtig, immer die Funktion und die Arbeit für den Verband in den Vordergrund zu stellen, nicht die jeweilige Person. Die Fähigkeit, sich abgrenzen zu können, war wichtig, wenn es Konflikte zwischen den Ebenen gab.

Der Paritätische: Gab es eine Linie zwischen den Vorständen? Sind es ähnliche ‚Typen‘, die Vorstand des Paritätischen werden?

Es gab zum Teil große Unterschiede in der Persönlichkeit. Meiner Meinung nach sind alle mit der guten Absicht angetreten, ihre Kraft und ihre Fähigkeiten für die Fortentwicklung des Verbandes einzubringen. Alle wussten, dass viel Arbeit auf sie wartet. Allen gemein ist der Wunsch zu führen und zu gestalten – manche eher nach innen, andere eher nach außen.

Der Paritätische: Sie waren 39 Jahre beim Paritätischen. Was hat Sie gehalten?

Mir war in meinem Berufsleben immer wichtig, dass ich meine Energie in den sozialen Bereich und für das Gemeinwesen einbringen konnte. Der Paritätische mit seinen Zielen war für mich daher der ideale Arbeitgeber. Als ich anfang zu arbeiten, habe ich nach einer Lebensstellung gesucht. Das ist heute kaum mehr vorstellbar; damals war es so. Die Ziele und Werte des Paritätischen haben mich immer wieder aufs Neue motiviert.

Die Arbeit war nie eintönig, es gab immer wieder neue Herausforderungen. Das hat mich zufriedener gemacht. Ich hatte immer faire Chefs bzw. Chefinnen, und es gab immer einen angenehmen Umgang im Kollegium. Auch das hat mich gehalten.

Der Paritätische: Was wünschen Sie Ihrer Nachfolgerin?

Angenehme Chefinnen und Chefs, gute Nerven, Erfolg, Spaß und Freude an der Arbeit und dass das, was sie persönlich zum Wohlfühlen braucht, genügend vorhanden ist.

Der Paritätische: Herzlichen Dank für das Gespräch und alles Gute für Sie persönlich!

Das Gespräch führten
Antje Krüger und Susann Engert ■

Die Bayerische Sozialministerin besuchte den Stand des Paritätischen auf der ConSozial



Foto: NürnbergMesse / Thomas Geiger

Der Paritätische in Bayern war auch bei der diesjährigen Sozialmesse ConSozial mit einem Stand in Nürnberg vertreten. Höhepunkt der diesjährigen Messe war für den Paritätischen der Besuch der Bayerischen Sozialministerin Emilia Müller. Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, sprach mit ihr über das Thema „Gewalt gegen Frauen“ und gab ihr Paritätische Forderungen zum Ausbau des Frauenunterstützungssystems mit auf den Weg.

Barrierefrei zum Paritätischen in Bayern



Der Paritätische in Bayern hat seinen Eingangsbereich mit einem automatischen Türöffner versehen. Nun können Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen bequem die Räumlichkeiten des Landesverbandes und des Bezirksverbandes Oberbayern betreten.

Auch die Tür zur behindertengerechten Toilette wurde mit einem automatischen Öffner ausgestattet.

Wir danken der Aktion Mensch für die Förderung dieser Maßnahmen.

Margit Berndl als Vizepräsidentin des Landesfrauenrates wiedergewählt



Vizepräsidentin Sonja Schweikart (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit, Landesverband Bayern) Vizepräsidentin Katharina Geiger (Evangelische Frauen in Bayern) Vizepräsidentin Margit Berndl (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern) Präsidentin Hildegund Rüger (Bayerischer Beamtenbund) v.l.n.r. Foto: Bayerischer Landesfrauenrat

Am 13. November 2017 wurde Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, als Vizepräsidentin des Landesfrauenrates wiedergewählt.

In den letzten Jahrzehnten konnten frauenpolitische Fortschritte hin zu mehr Gleichberechtigung erreicht werden, insbesondere was die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern betrifft. „An vielen Stellen besteht jedoch immer noch dringender frauenpolitischer Handlungsbedarf“, so Margit Berndl, „z.B. bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, beim gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Führungsfunktionen in Gesellschaft und Wirtschaft, bei der Bekämpfung von Altersarmut. Die Reihe ließe sich fortführen.“ Mit seinen 48 sehr unterschiedlichen Mitgliederverbänden besitzt der Bayerische Landesfrauenrat großes Potenzial, für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Bayern etwas erreichen zu können. Als Vizepräsidentin wird sich Margit Berndl dafür stark machen, dass dieses Potenzial mit klarer Positionierung noch besser als bisher zur Geltung kommen wird.

Bayerns Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger dankte dem Bayerischen Landesfrauenrat für sein Engagement: Der Bayerische Landesfrauenrat steht mit seiner Arbeit für die Interessen der Frauen in einer langen Tradition. Er verleiht seit 1973 der Stimme der Frauen in der gesellschaftspolitischen Debatte ein Gewicht. Heute vertritt er mehr als drei Millionen Frauen. Ich danke allen, die sich hier im Interesse der Frauen in Bayern engagieren und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Alle gehören dazu: Preis für Inklusion 2018

Luise-Kiesselbach-Stiftung schreibt Preis für Inklusion 2018 für Projekte aus, die Entwicklungschancen und gleiche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken

Alle sollen dabei sein, alle gehören dazu – das heißt Inklusion. Was einfach klingt, lässt sich im Alltag oft nicht so leicht verwirklichen. Denn vielfältige Hindernisse sorgen dafür, dass in unserer Gesellschaft nicht alle Menschen dazugehören.

Artikel 2 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen fordert, dass alle Kinder dieselben Rechte haben und kein Kind diskriminiert

werden darf. Die Vertragsstaaten verpflichten sich in der Konvention dazu, Kinder vor Diskriminierung zu schützen.

Doch die Realität in Deutschland ist eine andere: Abhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung, Vermögen oder Status der Eltern haben Kinder und Jugendliche in Deutschland immer noch unterschiedliche Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen.

Preisausschreibung und Teilnahmebedingungen

Mit dem Preis für Inklusion 2018 sollen deshalb Projekte, Initiativen und Aktivitäten ausgezeichnet werden

- die eine inklusive Haltung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft befördern
- die strukturellen Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche positiv verändern
- die alltägliche Begegnungen und ein selbstverständliches Miteinander zwischen verschiedenen Kindern und Jugendlichen ermöglichen
- die Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen fördern
- die Zusammenhalt unter Kindern und Jugendlichen fördern und die Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wertvoll verbinden

Für den Preis bewerben können sich Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern und Projekte des Landesverbands.

Der Preis ist mit insgesamt 8.000 Euro dotiert. Das Preisgeld kann geteilt werden.

Bewerbungsfrist ist der 28. Februar 2018. Es gilt das Datum des Poststempels bzw. des Eingangs der E-Mail.

Den Bewerbungsbogen und weitere Informationen zur Preisausschreibung finden Sie auf der Homepage der Luise-Kiesselbach-Stiftung unter www.luise-kiesselbach-stiftung.de

Vernissage „Verwandlungen“

Am 15. November fand die Vernissage der Ausstellung „Verwandlungen“ mit Fotos von Catherina Conrad in der Landesgeschäftsstelle des Paritätischen in Bayern statt.

Das Haus für Mutter und Kind bietet seit über 50 Jahren ein vorübergehendes Zuhause für wohnungslose Frauen und ihre Kinder aus aller Welt. Pädagogische Fachkräfte beraten und begleiten die Bewohnerinnen auf ihrem Weg in ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben.

Im Rahmen des Sommerfestes 2016 konnten die Bewohnerinnen des Hauses in Theaterkostüme schlüpfen und diese Verwandlungen wurden von der Fotografin Catherina Conrad festgehalten.

Das beeindruckende Ergebnis dieses Kostüm- und Fotoprojekts wird während der nächsten Monate in der Geschäftsstelle zu sehen sein.



Foto: Catherina Conrad



Foto: Haus für Mutter und Kind



Handwerk und Flüchtlinge einig – tolles Matching?

Es scheint ein perfektes Zusammenspiel zu sein: Hier Ausbildungsbetriebe, die dringend Azubis suchen und auf der anderen Seite junge Flüchtlinge, die von einer Ausbildungsstelle träumen.

Genau an dieser Stelle treten jedoch die Ausländerbehörden auf den Plan. Sie verlangen einen lückenlosen Identitätsnachweis und dabei die Mitwirkung des Geflüchteten, bevor eine Ausbildungserlaubnis erstellt wird.

Die Nürnberger Initiative „Für Erlaubnisse zur Ausbildung für junge Geflüchtete!“ schlägt Alarm gegen die Nichterteilung von Ausbildungserlaubnissen. Mitglieder sind die Handwerkskammer, Ausbildungsbetriebe, Mitarbeiter der Flüchtlingshilfe, Juristen, engagierte Bürger und der Paritätische Bezirksverband Mittelfranken mit vielen seiner Mitgliedsorganisationen. Sie fordern:

- Eine klare Perspektive für Junge Geflüchtete!
- Vorhandene Spielräume für die Integration nutzen!
- Die „3+2 Regelung“ muss verbindlich gelten!

Da es unterschiedliche Gründe gibt, warum auch abgelehnte Asylsuchende weiterhin unter einem Duldungsstatus hier bleiben, ist es nicht nachvollziehbar, warum sie in dieser Zeit nicht etwas Sinnvolles lernen, das sie später, wo auch immer, verwerten können. Genau hierfür hat sich die Große Koalition im Asylpaket II auf die „3+2 Regelung“ geeinigt: Flüchtlinge, die eine Ausbildung beginnen, sollen eine Garantie erhalten, die Ausbildung auch beenden und anschließend zwei Jahre in dem Betrieb arbeiten zu können. Mit dieser Regelung erhalten beide, der Auszubildende und der Ausbildungsbetrieb, eine verbindliche Perspektive und der Betrieb weiß, dass sich seine Investition lohnen wird.

Bayern positioniert sich ganz klar: Sicherheit vor Integration. Ohne lückenlose Identitätsfeststellung keine Ausbildungserlaubnis. Dabei würde genau die Ausbildung der jungen Menschen wesentlich dazu beitragen, mehr Sicherheit für alle zu erzeugen, wie ein Elektromeister nicht müde wurde, auf der gemeinsamen Pressekonferenz in Nürnberg immer wieder zu betonen. Die örtliche Presse berichtete darüber im Leitartikel und Antenne Bayern spielte O-Töne ein.

Peter Mack, Fachberatung Kinder, Jugend, Familien ■

AZUBIS GESUCHT!

LEERSTELLE

Foto: PhotoSG



Einzug Anfang November

Baustelle der neuen Notschlafstelle
Fotos: Hängematte e.V.

„Hängematte“ bleibt in Nürnberg – Umzug im Herbst

Dreißig Menschen kommen jeden Abend in die Einrichtung des Vereins Hängematte e.V. in Nürnberg. Sie sind abhängig von harten Drogen und leben auf der Straße. Bei Hängematte können sie sich Essen kochen und duschen, sie werden medizinisch versorgt und finden ein offenes Ohr zum Reden. Hier können sie auch übernachten, denn eine Wohnung haben sie nicht.

Die Einrichtung existiert seit 30 Jahren und befindet sich schon immer in gemieteten Räumlichkeiten. Doch der befristete Mietvertrag endete in diesem September, eine Verlängerung war nicht in Sicht. Deswegen wurde bei Hängematte drei Jahre lang intensiv nach neuen Räumlichkeiten gesucht, das eventuelle Aus der Einrichtung immer vor Augen. Nach Berichten in der Tageszeitung fand man schließlich einen aufgeschlossenen Vermieter, mit dem ein 20-jähriger Mietvertrag für ein Gebäude geschlossen werden konnte. Dort wird es mehr Übernachtungsplätze geben, was durch die gestiegenen Besucherzahlen auch dringend notwendig geworden war.

Im Gegenzug für einen günstigen Mietpreis hat Hängematte den notwendigen Umbau der neuen Räumlichkeiten selbst in die Hand genommen. Im Sommer wurde das komplette Gebäude saniert und umgebaut. Die Einrichtung wurde noch vor der kalten Jahreszeit Anfang November wiedereröffnet.

Die Kosten des Umbaus finanziert Hängematte mit Erlösen aus dem eigenen Charity Shop „Rauschgold“ sowie mit Spenden und Rücklagen.

Doch das reicht nicht aus, und so hat Hängematte eine Förderung beim Deutschen Hilfswerk beantragt. Große Unterstützung bei diesem Förderantrag erhält Hängematte durch den Paritätischen vor Ort. „Ohne unseren Dachverband hätten wir diesen Antrag gar nicht stellen können“, sagt Einrichtungsleiter Peter Groß. Denn mit dem breit aufgestellten und gut vernetzten Paritätischen im Rücken findet ein kleiner Trägerverein wie Hängematte deutlich leichter Gehör, wenn es um solche Fördergelder geht. „Gemeinsam erreichen wir mehr“, konstatiert Groß. „Ob es nun um unsere Einrichtung geht oder um die Menschen, die wir täglich unterstützen.“

Peter Groß, Geschäftsführer Hängematte e.V., Nürnberg ■

Herzlichen Glückwunsch!

Das ganze Team
des Paritätischen in Mittelfranken gratuliert
der **Goldbach Werkstatt Nürnberg** zum
Inklusionspreis 2017
des Bezirks Mittelfranken!

Näheres zum ausgezeichneten Projekt
„Selbstverständlich Miteinander, berufliches Tandem“ unter
www.mittelfranken.paritaet-bayern.de



Politische Gespräche in Niederbayern/Oberpfalz

Am 11. Juli 2017 fand ein Gespräch mit dem Bezirkstagspräsidenten Franz Löffler, dem Leiter der Sozialverwaltung Dr. Schreiner sowie weiteren Mitarbeitern des Bezirks Oberpfalz und den Vertretern des Bezirksausschusses des Paritätischen und der Bezirksgeschäftsführerin statt. Eine Woche später trafen sich die Vertreter des Paritätischen in Landshut mit dem Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und der Leiterin der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern Irmgard Kaltenstadler zum Gespräch.

In beiden Gesprächen standen die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die damit verbundenen Herausforderungen für die Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie im Vordergrund. Darüber hinaus wurde über das in Bayern geplante Psychisch-Kranken-Hilfegesetz (PsychKHG) diskutiert und die Fragen zur Ausgestaltung eines Krisendienstes auch in ländlichen Regionen thematisiert. Weiterhin wurden die Entwicklungen beim ambulant betreuten Wohnen sowie Fragen



Hr. Handschuch, Hr. Hanke, Fr. Ziegler, Hr. Dr. Barth, Hr. Weiß, Hr. Dr. Heinrich, Fr. Kaltenstadler (v.l.n.r.)

der Abgrenzung von Leistungen der Pflege und Teilhabe eingehend besprochen.

In beiden Gesprächsrunden bestand Einigkeit, die konstruktiven Gespräche in Zukunft bei Bedarf fortzuführen.

Andrea Ziegler ■

Projekt „Aktuelle Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe zukunftssicher gestalten“

In den Paritätischen Bezirksverbänden Niederbayern/Oberpfalz, Oberfranken, und Unterfranken

Seit Januar 2016 ist das zweijährige Projekt im Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz eingerichtet mit dem Ziel, die Mitgliedsorganisationen bei der Gestaltung von Angeboten für Kinder und Jugendliche möglichst ortsnah zu beraten und zu unterstützen. Das Projekt wird gefördert durch die Glücksspirale.

Das erste Jahr war geprägt von der persönlichen Kontaktaufnahme zu den Mitgliedsorganisationen der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Ziel, sich und das jeweilige Aufgabengebiet kennenzulernen. Die Aufgeschlossenheit und die Resonanz über das neu installierte Angebot waren sehr groß und ausgesprochen positiv.

In 2017 ist der Fokus insbesondere auf den Aufbau eines Netzwerkes mit den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Niederbayern/Oberpfalz ausgerichtet. Am 30. März hat das erste Netzwerk-Treffen in Regensburg stattgefunden und ist auf großes Interesse gestoßen. Die

Netzwerkarbeit wurde von den Teilnehmer/-innen als sehr wünschenswerte Einrichtung im Sinne der Kontaktförderung, des fachlichen Austausches und der Zusammenarbeit auf kollegialer Ebene begrüßt. Ein weiterer Aspekt des Treffens war die Abfrage nach Bedarfen, um daraus für die Mitgliedsorganisationen gewinnbringende Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im Rahmen des Projektes anbieten zu können. (Folgende Fortbildungsthemen wurden gewünscht: Entgeltverhandlungen im ambulanten Bereich, Projektförderung, Information Sozialrecht, erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit, Entgeltvereinbarungen teil-/stationärer Bereich sowie Fundraising.)

Ausblick: Die Teilnehmer/-innen einigten sich auf zwei Netzwerk-Treffen pro Jahr zum gegenseitigen fachlichen Austausch in Regensburg, aber auch alternativ in Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen. Fachveranstaltungen entsprechend den Bedarfen sind bis zu zweimal jährlich gewünscht.

Silvia Frenzel ■

Selbsthilfe: Gemeinsam handeln und Grenzen überwinden

30 Jahre KISS Regensburg

KISS Regensburg, die Kontakt- und Informations-Stelle für Selbsthilfe ist seit 30 Jahren kontinuierlich und verlässlich als Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle an der Seite der Selbsthilfegruppen und Initiativen.

Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Hilfe und nach einem geeigneten Netzwerk von Menschen mit der gleichen Krankheit oder in einer ähnlichen Lebenslage finden bei KISS Zugangswege zu den bestehenden Gruppen oder werden unterstützt, selbst eine Gruppe zu gründen. Die Anzahl der Gruppen und Initiativen hat sich in 30 Jahren des Bestehens von KISS in Regensburg vervierfacht, und die öffentliche Akzeptanz der Selbsthilfe ist immens gestiegen.

Am 16. November 2017 folgten mehr als 200 Gäste der Einladung der Stadt Regensburg zum Selbsthilfeempfang. Die Stadt würdigte das Engagement der vielen Selbsthilfeaktiven in den Gruppen und Initiativen. Dieses Jahr gab es noch mehr zu feiern: 30 Jahre Kontakt- und Informations-Stelle für Selbsthilfe. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer dankte den Engagierten für ihren Einsatz. Sie hob die Bedeutung der Betroffenenkreise für die Bürger/-innen hervor: „Zusammen durch dick und dünn gehen, schwierige Zeiten gemeinsam durchstehen, Unterstützung anbieten und annehmen. Das sind die Prinzipien der Selbsthilfe, die uns das Zusammenleben in unserer Stadt erleichtern.“

Maltz-Schwarzfischer gratulierte gleichzeitig auch KISS zum 30. Geburtstag. Besonders Margot Murr, Leiterin von KISS und fast von der ersten Stunde an dabei, trägt mit unermüdlichem Einsatz dazu bei, dass das Netzwerk von mittlerweile mehr als 400 Selbsthilfegruppen und Initiativen eine feste Größe in der sozialen Landschaft in Regensburg ist.

Auch die Trägervertreter zeigten sich stolz über das erfolgreiche Projekt. Reinhard Kellner, von den Sozialen Initiativen e.V., selbst Gründungsvater



Team der Kontakt- und Informations-Stelle für Selbsthilfe
Fotos: Stefan Effenhauser, Stadt Regensburg



Andrea Ziegler (Geschäftsführerin Paritätischer Niederbay./Oberpfalz),
Margot Murr (Leiterin KISS), Margit Berndl (Vorstand Paritätischer in Bayern)
Fotos: Stefan Effenhauser, Stadt Regensburg

von KISS und Margit Berndl, Landesvorstand des Paritätischen in Bayern bedankten sich für die Arbeit. „Für den Paritätischen ist Selbsthilfe eine gelebte Form des Bürgerschaftlichen Engagements und damit wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb hat Bürgerschaftliches Engagement und die Selbsthilfe als Teil dessen beim Paritätischen in Bayern einen hohen Stellenwert.“

Im Festvortrag „Selbsthilfe in Bewegung“, von Klaus Grothe-Bortlik, Vorstand im Verein Selbsthilfekoordination Bayern, sparte dieser auch nicht mit Lob für die Regensburger. Ob Patientenbeteiligung, Runde-Tische-System, Selbsthilfefreundlichkeit im Krankenhaus oder mit dem neuen Schwerpunkt „Junge Selbsthilfe“ – die Regensburger KISS ist maßgebliche Impulsgeberin auch in der bayernweiten Selbsthilfeunterstützung. Das Highlight des Abends war zweifelsohne die Talkrunde mit Betroffenen. Drei Vertreter/-innen aus den Selbsthilfegruppen gaben Einblicke, wie das Betroffenennetzwerk ihr Leben bereichert. Eindrucksvoll schilderten sie, wie die Gemeinschaft stärkt und mutig macht, auch die schwierigen Themen rund um Diabetes, künstlichem Darmausgang, Depression oder Transsexualität offen auszusprechen und damit belastende Tabus zu brechen. Selbsthilfe bewirkt, die eigenen Grenzen zu erweitern und Lebensräume zurückzugewinnen, darin waren sie sich einig. „Oh wow, da gehor' ich wirklich hin – da sind Gleichgesinnte!“ so beschrieb Jonas von „Trans-Ident“ seine erste Begegnung mit der Gruppe.

Ein gelungenes Fest mit viel Engagement und Herz. Mitten aus dem Leben – Selbsthilfe, die wirkt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kiss-regensburg.de

Elke Gebauer, Margot Murr, Lisbeth Wagner ■



Oberbayern

Nueva – ein oberbayerisches Pilotprojekt kommt zum Abschluss

Dem Paritätischen ist es eine Herzensangelegenheit, Menschen mit Behinderung zu beteiligen. Die Fachberatungen Behindertenhilfe des Bezirksverbands Oberbayern haben gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen darüber diskutiert, wie Angebote für Menschen mit Behinderung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention evaluiert werden können. Während der Recherche und dem Austausch mit Mitgliedsorganisationen ist Nueva immer mehr in den Fokus des Paritätischen gerückt.

Nueva ist ein Instrument zur Evaluation von Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Lebensbereichen, wie z.B. Arbeit und Beschäftigung, Wohnen, Freizeit und Bildung. Nueva ist eine Abkürzung und bedeutet: Nutzerinnen und Nutzer evaluieren. Das Instrument misst und beschreibt die Ergebnisqualität, also die Qualität von Leistungen, wie sie bei Nutzerinnen und Nutzern ankommt („consumer outcome quality“).

Das Besondere des Evaluationsmodells ist der emanzipatorische Ansatz des Peer-Prinzips: die Evaluatorinnen und Evaluatoren sind selbst Menschen mit Behinderung. Sie verfügen also selbst über Lernschwierigkeiten und Behinderungen und kennen betreutes Arbeiten und Wohnen aus eigener Erfahrung. Und: Sie verfügen über eine zweijährige Fachausbildung zur Nueva-Evaluator/-in.

Damit bewirkt Nueva einen zweifachen Rollenwechsel: Menschen mit Behinderung werden zu:

- Kundinnen und Kunden und
- Expertinnen und Experten

Nueva nimmt Menschen mit Behinderung ernst und befragt diese zu ihren Wünschen, Anregungen und ihrer Kritik. Das Instrument beteiligt Menschen mit Behinderung, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorgibt und schafft sozialversicherungspflichtige und tariflich vergütete Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Nueva ist ein Instrument des Qualitätsmanagements, das eine Weiterentwicklung der Angebote und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung nach deren Bedürfnissen gewährleistet, und so wesentlich zur Verbesserung der Lebenswelt von Menschen mit Behinderung beiträgt.

2016 hat der Paritätische Bezirksverband Oberbayern in enger Zusammenarbeit mit dem Landesfachreferat Behindertenhilfe ein Nueva-Pilotprojekt durchgeführt. Die Lebensgemeinschaft Höhenberg e.V. und der Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. Ingolstadt probieren das Instrument in ihren Einrichtungen aus und lassen den Paritätischen an der Durchführung und den Erfahrungen teilhaben.

- Die Auswahl der beiden Pilotpartner erfolgte im Rahmen eines internen Workshops im Januar 2016. An diesem Workshop nahm bereits eine Mitarbeiterin aus dem Büro der bayerischen Behindertenbeauftragten teil.
- Nach einer ausführlichen Information zum Konzept des Nueva-Evaluationsmodells und einer intensiven Diskussion fassten die Projektbeteiligten den Beschluss, das Konzept auszuprobieren. Dazu wurde ein Zeitplan für den Projektablauf und ein Finanzierungskonzept erstellt. Durch die finanzielle Unterstützung seitens des Sozialministeriums Bayern, des Bezirks Oberbayern und der Glücksspirale konnte das Projekt durchgeführt werden.
- Im Frühling 2016 wurde in beiden Einrichtungen ein Qualitätszirkel durchgeführt und kurze Zeit später im Hollerhaus in Ingolstadt die Förderstätte und in der Lebensgemeinschaft Höhenberg der Wohnbereich durch ausgebildete Nueva-Evaluatoren evaluiert.
- Im September fanden in jeweils beiden Einrichtungen die Ergebnispräsentationen statt. Die Ergebnisse der Evaluation wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen und den Nutzerinnen und Nutzern vorgestellt.
- Im Dezember nach Abschluss des Pilotprojektes wurde das gesamte Projekt gemeinsam mit den Projektpartnern und Zuschussgebern auf einer Abschlussveranstaltung diskutiert und bewertet.

Nueva beteiligt Menschen mit Behinderung, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorgibt und schafft sozialversicherungspflichtige und tariflich vergütete Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Bayern ist bereit, sich weiterhin maßgeblich für eine schrittweise Implementierung des Nueva-Evaluationsmodells in Bayern zu engagieren. Aus diesem Grund übernimmt das Landesfachreferat Behindertenhilfe, vertreten durch Klaus Lerch, die Projektverantwortung für weitere Prozessschritte. In einem ersten Schritt sollen die Gespräche, die im Laufe des Projekts mit dem Lebenshilfe Landesverband Bayern und der LAG Selbsthilfe Bayern geführt wurden, nun mit einer Vorstellung der Ergebnisse des Modellprojekts wieder aufgenommen werden.

Die Durchführung des Modellprojekts hat dazu beigetragen, ein tieferes Verständnis von der Konzeption und dem Nutzen des Nueva-Evaluationsmodells zu entwickeln. Der Paritätische Wohlfahrtsverband dankt den Zuwendungsgebern und den Pilotpartnern für den finanziellen, fachlichen und ideellen Input zur Umsetzung des Vorhabens. Ein besonderer Dank gilt auch der Beauftragten der bayerischen Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung für Impulse und Unterstützung.

Claudia Holtkamp ■

Podiumsdiskussion

Ein gerechtes Deutschland kennt keine Armut

Armut in Deutschland ist derzeit kein beliebtes Thema, auch nicht vor der Bundestagswahl am 24. September 2017. Karin Majewski, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Oberbayern lud Bundestagskandidatinnen und -kandidaten aus München und Oberbayern sowie Experten wenige Tage vor der Wahl dazu ein, das innenpolitisch so wichtige wie drängende Thema Armutsbekämpfung zu erörtern. Was kann die Politik gegen Armut in Deutschland tun? Was wollen die potenziellen Abgeordneten unternehmen, um soziale Gerechtigkeit voranzubringen, wenn sie in den Bundestag gewählt werden?

Hintergrund: Wer gilt in Deutschland als arm?

Als armutsgefährdet gilt, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik (Bundesmedian) oder einzelner Bundesländer (Landesmedian) auskommen muss. Grundlage ist das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts, also inklusive Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld oder anderer Transferleistungen.

Als arm gelten Singles laut Statistischem Bundesamt demnach bei einem Nettoverdienst unter 969 Euro (Bund) bzw. 1.039 Euro (Bayern). Für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei netto 2.035 Euro (Bund) bzw. 2.181 Euro (Bayern) Die genannten Werte beziehen sich jeweils auf das Jahr 2016.

Insbesondere Alleinerziehende (davon über 88 Prozent Frauen) und Familien mit drei und mehr Kindern sind von Armut bedroht. Bereits jeder Fünfte unter 18 Jahren gilt inzwischen als armutsgefährdet. In absoluten Zahlen: 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche. Dies zeigt der Familienreport 2017 der Bundesregierung, der am 15. September 2017 von Bundesfamilienministerin Katarina Barley vorgestellt wurde.

Im August hat der Paritätische Wohlfahrtsverband das fehlende Engagement der Bundesregierung kritisiert, nachdem das Statistische Bundesamt eine Armutsquote von 15,7 Prozent veröffentlicht hatte. Die Armutsquote verharrt damit auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung.

Ein gerechtes Deutschland kennt keine Armut – die Diskussion kurz zusammengefasst

Fritz Haugg, FDP: Der relative Armutsbegriff ist nicht hilfreich. Es geht mir persönlich nicht schlechter, wenn ein Fußballstar Millionen verdient und ich nicht. Viel wichtiger ist die Kaufkraft. Was kann ich mir leisten hier im teuren München. Wenn ich nicht mehr teilhaben kann, dann bin ich außerhalb der Gesellschaft und das wollen wir nicht.

Dr. Bernhard Goodwin, SPD: Mir ist der Begriff der relativen Armut sehr wichtig. Mich haben viele Bürger deswegen angesprochen, zum Beispiel



Am Mittwoch, 13.09.2017 diskutierten in den Räumen der Münchner Aidshilfe in der Lindwurmstraße (v.l.n.r.):

Brigitte Wolf, Die Linke (Wahlkreis 218 München-Ost); Peter Heilrath, Bündnis 90 / Die Grünen (219 München-Süd); Karin Majewski, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband, Bezirksverband Oberbayern, Moderation; Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer Paritätischer Gesamtverband; Dr. Bernhard Goodwin, SPD (221 München-West/Mitte); Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland und Landesvorsitzende des Sozialverbandes VdK Bayern; Fritz Haugg, FDP (223 Bad Tölz - Wolfratshausen)



Dem Paritätischen ist Teilhabe sehr wichtig. Entsprechend dem Inklusionsgedanke wurden die Diskussionsbeiträge für gehörlose Teilnehmer in Gebärdensprache übersetzt.

Fotos: Ruth Zorawski

eine Rentnerin, eine wohl situierte Dame, die mir sagte, „Tun Sie etwas für die Rente. Nicht für mich, aber meine Freundinnen haben nicht einmal genug Geld übrig, um sich einen Kaffee leisten zu können. Von mir eingeladen werden wollen sie nicht, weil sie sich schämen. Jetzt geht es mir schlecht; so vereinsamen wir alle.“

Dr. Ulrich Schneider, Paritätischer Gesamtverband: Armut ist gegeben, wo Menschen ausgegrenzt sind, sie nicht mehr mitmachen, nicht teilhaben können. Wer von Armut spricht, spricht zwangsläufig von der moralischen Verpflichtung zu teilen in einem reichen Land. Armutsbekämpfung braucht Geld, viele Milliarden Euro. Wie bezahlen wir dies denn? Wo soll das Geld herkommen? Reiche und Superreiche haben den Schlüssel zur Lösung der Probleme in der Hand: Sie müssen abgeben.

Deutschland ist das fünftreichste Land der Erde. Nur ist der Reichtum extrem ungerecht verteilt: Den reichsten 10 Prozent gehören 75 Prozent des Vermögens, während die untersten 40 Prozent nichts Ersparnes oder nur Schulden haben. Von daher ist Umverteilung möglich, ohne dass irgendjemand in Deutschland auf irgendetwas verzichten muss. Es geht den Menschen mit sehr großem Einkommen und Vermögen nicht schlechter, wenn sie sich an der Finanzierung von sozialer Sicherung beteiligen.

Brigitte Wolf, Die Linke: Wir sind klar für Umverteilung von Reichtum und für eine andere Steuerpolitik, z. B. für die Einführung einer Vermögensteuer und für eine Einkommensteuer, die die unteren Einkommen entlastet und höhere Einkommen belastet und beteiligt. Wir brauchen definitiv höhere Löhne und ein höheres Rentenniveau von 53 Prozent, damit man – auch hier in München – davon leben kann.

Peter Heilrath, Bündnis 90 / Die Grünen: Wir müssen das Rentensystem überarbeiten, z. B. Zeiten für Pflege und Kindererziehung einbeziehen. Wir sind für die Ausweitung des Mindestlohns – in der Höhe und auch in der Anwendbarkeit. Beim Thema Bedingungsloses Grundeinkommen sind wir als Grüne noch offen.

Zufriedene Gesichter bei Organisatoren, Teilnehmern der Diskussionsrunde wie beim Publikum

Die Veranstaltung „Ein gerechtes Deutschland kennt keine Armut“ war mit rund 90 „Zuhörern“ und drei gehörlosen Gästen gut besucht; zudem beteiligte sich das Publikum rege mit Fragen an der Diskussion. Karin Majewski dankte den Diskussionsteilnehmern, speziell den Bundestagskandidatinnen und -kandidaten, die ihr parteipolitisches Programm in sozialen Fragen verdeutlicht hatten. Letztlich mag dies für den einen oder anderen Wähler eine Hilfestellung gewesen sein, bei welchem Kandidaten (Erststimme) oder Partei (Zweitstimme) bei der Bundestagswahl das Kreuz auf dem Wahlzettel gemacht wurde.

Stephan Hehne ■



10 Jahre BaskIDhall – Fördern und Fordern

Das Projekt BaskIDhall von iSo e.V. feierte im Sommer sein zehnjähriges Bestehen mit einer großen Geburtstagsfeier in der BaskIDhall im Stadtteil Gereuth in Bamberg. Seit 2007 vereint BaskIDball mittlerweile an einer Vielzahl von Standorten in Deutschland Jugendarbeit, Stadtteilarbeit und Profisport. Durch das offene Sportangebot erhalten Kinder und Jugendliche einerseits die Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung und gleichzeitig Unterstützung und Hilfestellung für den Alltag. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion oder Herkunft kommen die Kinder und Jugendlichen durch den Sport zusammen und erleben in der Gemeinschaft Freude an der Bewegung. Teamgeist, Fairness und Partizipation sind wichtige Grundsätze und unterstützen so spielerisch soziale Kompetenzen.

Schirmherr des Projekts ist Dirk Nowitzki, der extra aus Südafrika eine kleine Videobotschaft schickte und herzlich zum Zehnjährigen gratulierte. Unterstützt durch die ING-DiBa und vor allem durch die gute Zusammenarbeit von Kommunen, Schulen, Sportvereinen, Wirtschaft und Unternehmen, Sozialen Organisationen sowie durch Förderer und Unterstützer ist es gelungen, ein deutschlandweit einzigartiges Projekt zu gestalten.



Foto: iSo e.V.

Bildungs- und medienpädagogische Angebote, Ferienangebote und Sportturniere sind weitere Bausteine des Konzepts. Die Betreuer und Betreuerinnen unterstützen bei individuellen Problemen und sind wichtige Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen. Das Engagement von erfahrenen Trainer/-innen und Nachwuchsspieler/-innen motiviert zu einem sportlichen und sozialen Miteinander.

Irene von der Weth ■

Berufsfachschule für Altenhilfe der GGSD feiert 30-jähriges Jubiläum

Die Altenpflegeschule der GGSD Coburg ist ein wichtiger Baustein in der Ausbildung im Bereich Pflege. In Deutschland sind rund 2.4 Millionen Menschen pflegebedürftig und aufgrund des demografischen Wandels nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen eher noch zu.

Um Nachwuchs im Pflegeberuf zu sichern muss der Pflegeberuf an Attraktivität gewinnen, so die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml.

In den letzten Jahren konnte bereits die Schülerzahlen um 38 Prozent angehoben werden. Neu strukturierte Ausbildungen sollen mehr Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung schaffen.

Ute Kick, Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Gesellschaft für soziale Dienste stellte die Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der GGSD dar und wies darauf hin, dass durch den innovativen Schulträger ein wichtiger und verlässlicher Partner bereit steht, sich den neuen Herausforderungen in der Altenpflege zu stellen.

Irene von der Weth ■



Dagmar Alfsmann, Schulleiterin; Norbert Tessmer, Oberbürgermeister Coburg; Hans Michelbach, MdB; Melanie Huml, MdL und Ute Kick, Geschäftsführerin der GGSD
Foto: Johannes Schubert (GGSD)

Irene von der Weth, Brigitte Hohlbach-Jenzen und
Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe
Foto: Paritätischer BV Oberfranken



Engel der Kulturen

– oder was haben Engel mit Schlaganfall zu tun?

In die angespannte Situation zwischen den drei Weltreligionen Islam, Juden- und Christentum gilt der Engel der Kulturen als vermittelndes Symbol. In einem intensiven Prozess hat die Selbsthilfegruppe Schlaganfall Bayreuth sich mit der Symbolkraft von Engeln auseinandergesetzt und den Halbmond, den Stern und das Kreuz dazu in Beziehung gesetzt. Entstanden sind kleine Kunstwerke mit individueller Interpretation des Engelkults.

Mit dem Projekt Engel der Kulturen soll der interkulturelle und interreligiöse Dialog unterstützt werden, der das friedliche Zusammenleben,

das gemeinschaftliche Agieren, aber auch Erfahrungsaustausch und das Verständnis für die jeweilige Spiritualität zum Ziel hat.

Begleitet wurde die Ausstellungseröffnung im Rathaus Bayreuth durch den Engelsharfenchor der Schlaganfall Selbsthilfegruppe Bayreuth.

Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe lobte das Wirken der Selbsthilfegruppe und hob die besondere Bedeutung der Ausstellung als Ausdruck der Wünsche nach Zusammenleben in Gleichberechtigung und friedlicher Verbundenheit hervor.

Irene von der Weth ■

30 Jahre gelebte Inklusion!

30 Jahre Sozialdienst für Hörgeschädigte in Oberfranken

Der Sozialdienst für Hörgeschädigte feierte am 23. September 2017 sein 30. Jubiläum. Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, würdigte die Arbeit des Sozialdienstes und dankte allen Mitarbeiterinnen für ihr Engagement, besonders Irene von der Weth, die seit der Gründung des Sozialdienstes dabei ist – erst als Gebärdensprachdolmetscherin, seit 1996 als Geschäftsführerin des Paritätischen Bezirksverbands Oberfranken.

Die Veranstaltung fand einen Tag vor der Bundestagswahl statt. Margit Berndl nutzte den Anlass und benannte einige politische Aufgaben, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen – insbesondere mit Hörschädigungen – zu verbessern und Diskriminierungen zu beseitigen, z.B.:

- Braucht es endlich einen bundesweit einheitlichen barrierefreien Notruf für Gehörlose.
- Alle Menschen mit Behinderung müssen das Recht haben, sich an Wahlen zu beteiligen.
- Kosten für Gebärdensprachdolmetscher müssen auch für ehrenamtliches und politisches Engagement übernommen werden, damit auch Gehörlose die Chance haben, als Abgeordnete gewählt zu werden.
- Eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Hörgeräten, die nicht nur ein Hören sondern ein Verstehen der Umwelt ermöglicht, muss eigenanteilsfrei sein.

- Psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungsangebote, die auf die kommunikativen und psychosozialen Bedürfnisse von Gehörlosen spezialisiert sind, müssen ausgebaut werden.
- Alle Teilhabeleistungen müssen ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen erbracht werden.

Der Dienst der überregionalen Offenen Behindertenarbeit (OBA), gefördert durch den Bezirk Oberfranken und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS), ist ein fester Bestandteil in der Beratungslandschaft und im Leben der Menschen mit Hörbehinderung.

Dank der Förderung durch die GlücksSpirale konnte ein Bildungsfilm gedreht werden zum Thema „Wenn die Seele krank ist“. Dieser wurde erstmals gezeigt und mit dem Psychologen Thomas Stritzke vom Bezirkskrankenhaus Erlangen diskutiert.

Netzwerkpartner, wie der Bezirk Oberfranken, das ZBFS, Kunstmuseum Bayreuth, Gehörlosenseelsorge, Schul- und Internatseinrichtungen für Hörgeschädigte, Selbsthilfegruppe OhrRing und Bayerischer Cochleaimplantatverband, Beratungsstelle für taubblinde Menschen und natürlich die Gehörlosenvereine beteiligten sich an der Veranstaltung.

Irene von der Weth ■



Foto: Paritätischer
BV Oberfranken



Der HOI! -Verein feiert sein 30. Jubiläum

Rat und Unterstützung für Bürger/-innen mit einer psychischen Erkrankung

1987 wurde die Psychosoziale Hilfgemeinschaft HOI! e.V. aus der Taufe gehoben. Von Beginn an ging es vor allem darum, dass Bürger und Bürgerinnen mit einer seelischen Behinderung wieder am gesellschaftlichen Leben in ihrer Wohnumgebung teilnehmen können.

Damals gab es zwar einige Heime außerhalb der Stadt, aber keine Hilfen in den eigenen vier Wänden. Weil „der Mensch die beste Medizin für den Menschen ist“, so eines der Gründungsmitglieder, Dr. Albrecht Egetmeyer, damals Chefarzt des neuen Bezirkskrankenhauses, entschlossen sich 45 Angehörige und Mitarbeiter des Bezirkskrankenhauses Kempten, einen Verein zu gründen, der besonders psychisch kranken Menschen nach der Entlassung aus der Klinik beistehen sollte. Der Verein wollte flexibel auf die Bedürfnisse von Betroffenen und ihren Angehörigen eingehen. Ziele waren damals wie heute die Entwicklung differenzierter Angebote. Besonderes Augenmerk wurde auf die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit gelegt.

Bis heute engagiert sich der Verein HOI! mit ambulanten Hilfen für ca. 100 erwachsene Personen mit psychischer Erkrankung in Kempten und dem Allgäu und bietet ganz individuelle Unterstützung an.

Wohn- und Lebenshilfe für circa 40 Personen:

HOI! e.V. assistiert seit 1997 zu Hause oder in der Wohngemeinschaft bei der Alltagsbewältigung und beim Umgang mit den Folgen der Erkrankung. Die Fachleute unterstützen individuell passgenau in Krisen und beim Umgang mit Behörden, Ärzten und Kliniken, aber auch im Haushalt, beim Einkaufen und beim Kochen. Bei Bedarf können auch Reinigungsarbeiten übernommen werden. Inklusion – das „Dazugehören“ – zeigt sich besonders in der Freizeit; das Spektrum reicht vom Flohmarktverkauf



Vorsitzender von „hoi“. Dr. Carlos Martinez und rechts daneben Landrat Anton Klotz
Fotos: HOI! e.V.

über Kino- und Theaterbesuche, Koch- und Gartengruppe, Sauna- und Schwimmbadbesuchen bis zu mehrtägigen Freizeiten. So können die Erkrankten den Weg in ein möglichst eigenständiges Leben finden, wenn sie in ihren eigenen Wänden wieder neue Lebensqualität entdecken oder bei gemeinsam verbrachter Freizeit Zugehörigkeit, Freude und Wertschätzung erleben.

Arbeit und Beschäftigung für ca. 30 Personen:

Für den Zweckverband für Abfallwirtschaft (ZAK GmbH) betreibt der Verein die Wertstoffhöfe am Schuhmacherring in Kempten und in Durach. Die unterschiedlichen Arbeitsplätze am Wertstoffhof eignen sich sehr gut, um die verschiedenen Fähigkeiten, Kenntnisse und die Belastbarkeit der einzelnen Mitarbeiter zu berücksichtigen. Je nach individueller Leistungsfähigkeit sind sie zwischen drei und 30 Stunden pro Woche beschäftigt. Darüber hinaus sind die Arbeitsplätze nicht irgendwo „unscheinbar“, sondern befinden sich inklusiv „mittendrin“, dort wo viele Menschen hinkommen. In Spitzenzeiten werden 800 Kunden in drei Stunden bedient. Weitere Arbeitsplätze stellt der eigene Dienstleistungsservice bei Räumungen und einfachen Gartenarbeiten zur Verfügung. Diese Arbeitsplätze beinhalten das, was Menschen, egal ob mit oder ohne Beeinträchtigung, mit einem Arbeitsplatz verbinden – Wertschätzung, Einkommen, Teilhabe, soziale Kontakte, Tagesstrukturierung.

Wohnraumbeschaffung und –Verwaltung für ca. 30 Personen:

Der angespannte Wohnungsmarkt ist für Personen mit seelischer Behinderung nur eingeschränkt zugänglich. Deshalb bietet HOI! auch Wohnraum an und tritt gegenüber dem Vermieter bürgerschaftlich auf; das Risiko für Mietausfälle, Leerstand, Sachschäden etc. nimmt der gemeinnützige Verein auf sich.

Bürgerschaftliches Engagement

Der Verein lebt auch heute vom ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder im Verein, im Vorstand, am Wertstoffhof, bei Räumungen, in der Verwaltung, in der Begleitung der Klient/-innen oder bei der Öffentlichkeitsarbeit. Mit Spenden können Vereinsziele umgesetzt werden, auch wenn sie nicht öffentlich bezuschusst werden, z.B. in der Wohnraumbeschaffung, bei Freizeiten, in einzelnen Notfällen etc..

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite von HOI! e.V.:

www.hoi-verein.de

HOI! e.V./Walter Wüst ■

25 Jahre Gehörlosenverein Günzburg / Neu-Ulm

Sein 25-jähriges Jubiläum feierte der sehr aktive Gehörlosenverein Günzburg/Neu-Um mit viel schwäbischer Politikprominenz in Burtenbach. Der Verein und allen voran sein Vorsitzender, Peter Schweizer, haben es hervorragend geschafft, die Gehörlosen in Günzburg und Neu-Ulm mit ihren Anliegen und Bedürfnissen sichtbar zu machen. Die Paritätische Mitgliedsorganisation ist ein unverzichtbarer Partner in ihrer schwäbischen Region, wenn es um die Belange der Gehörlosen geht. Umgesetzt wurde eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Landkreis. Dem Verein liegen auch die Geselligkeit und die Teilhabe am öffentlichen Leben seiner Vereinsmitglieder am Herzen.

Der Paritätische Bezirksverband Schwaben wünscht dem Verein alles Gute und viel Erfolg für die nächsten 25 Jahre.

Walter Wüst ■



Fotos: Gehörlosenverein Günzburg/Neu-Um e.V.

Spezielles Angebot für Holocaust-Überlebende in der Region Augsburg

Pflege – und Hilfsangebot für einen besonderen Personenkreis

Menschen verschiedener kultureller- und nationaler Herkunft – darunter auch Therapeuten und Vertreter aus der jüdischen Gemeinde und dem Paritätischen Mitglied „Christliches Integrationszentrum“ (CJZ) – haben sich zusammengeschlossen und gründeten Ende des Jahres 2016 ein besonderes Pflege- und Betreuungszentrum für Holocaust-Überlebende und deren Angehörige.

Dieser ambulante Pflege- und Betreuungsdienst, der neues Mitglied im Paritätischen in Bayern ist, richtet sein Hilfs- und Unterstützungsangebot an ca. 2500 Menschen und deren Angehörige im Großraum Augsburg. Die älteren pflegebedürftigen Menschen mit oft traumatischen Erfahrungen und altersbedingten Einschränkungen und Behinderungen sollen nach ihren Wünschen ganzheitlich gepflegt und unterstützt werden. Das Erlebte und die Traumata dieser Menschen erfordern in der Pflege ein hohes Maß an psychologischem- und kulturellem Einfühlungsvermögen ebenso an Verständnis. Gerade in einer Pflegesituation, in der die/der zu Pflegenden auf die Hilfe eines anderen Menschen angewiesen ist, kann das Gefühl des „Ausgeliefert

sein“ wieder aus der Erinnerung ins Bewusstsein kommen und zu einer Retraumatisierung führen.

Oberstes Ziel von AGAPE ist, das Pflegeteam zu motivieren und so zu coachen, dass es individuell auf die Bedürfnisse und Wünsche der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen eingehen kann. Jeder einzelne Pflegebedürftige, unabhängig von seiner Nationalität, Herkunft und Religion soll sich auf Respekt, Wertschätzung und auf professionelle Pflege und Betreuung verlassen können.

Dies sei ein längst überfälliges und besonderes Angebot betonte die 1. Vorsitzende Irina Buchmüller für die Holocaust-Überlebenden und Angehörigen in Augsburg.

Ehrenamtlich unterstützt wird der Pflegedienst von Freiwilligen und engagierten Senioren aus dem CJZ. So sollen gemeinsame Freizeitaktivitäten, wie Spaziergänge, Theaterbesuche oder Vorlesenachmittage für die Senioren ermöglicht werden.

Weitere Informationen: www.agape-pflegedienst-augsburg.de

AGAPE/Walter Wüst ■



Unterfranken

40 Jahre Paritätischer in Aschaffenburg

Bundestagskandidatinnen und -kandidaten im Gespräch mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund

Seit 40 Jahren ist der Paritätische Wohlfahrtsverband in Aschaffenburg mit einer eigenen Dienststelle vertreten. In dieser Zeit war und ist der Paritätische Anlaufstelle für junge Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in Aschaffenburg. Aus dem anfänglichen Jugendgemeinschaftswerk für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wurde ab 2005 der Jugendmigrationsdienst.

Aus diesem Anlass lud der Paritätische am 4. Juli 2017 die Aschaffener Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl zu einer „Internationalen Kaffeestunde mit Flüchtlingen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund“ bei der Paritätischen Mitgliedsorganisation MIZ – Mitten im Zentrum ein. Teilgenommen haben neben der Bundestagsabgeordneten Andrea Lindholz von der CSU, den Bundestagskandidaten der SPD, Alexander Mosca-Spatz, und Der Linken, Georg Liebl, auch Vertreter aus der Wirtschaft und von Aschaffener Mitgliedsorganisationen. Natürlich waren auch junge Menschen aus der Beratung des Jugendmigrationsdienstes da, um eifrig mitzudiskutieren und von ihren Erfahrungen zu berichten. In der Diskussion ging es vor allem darum, deutlich zu machen, auf welche Schwierigkeiten und bürokratischen Hindernisse (z.B. bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder der Anerkennung ihrer Zeugnisse) junge Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in Schule, Arbeit und Beruf stoßen und was Politik dazu beitragen kann, diese zu verringern. Außerdem wurde die Bedeutung der Jugendmigrationsdienste im Integrationsprozess deutlich gemacht und aufgezeigt, dass hier künftig dringend noch mehr getan werden muss. Insgesamt stieß die Veranstaltung bei allen Beteiligten auf großes Interesse und es entwickelte sich eine rege Diskussion zwischen den anwesenden Politikern und den jungen Migrantinnen und Migranten.

Aysin Kilic ■



Andreas Selig, Paritätischer; Georg Liebl; Kathrin Speck, Paritätischer; Andrea Lindholz; Alexander Mosca-Spatz (v.l.n.r.)

Foto: Paritätischer BV Unterfranken

Referentin
Anke Klingemann
Foto: Katja Knoesel



Inklusion statt Ausgrenzung: CODA-Familientag für gehörlose Eltern und ihre Kinder ein Volltreffer

Im Mai 2017 fand in der Paritätischen Mitgliedsorganisation Stiftung Hör-Sprachförderung in Würzburg ein CODA-Familientag (CODA = Children of deaf Adults) für gehörlose Eltern und deren Kinder statt. Gemeinsam geplant und durchgeführt haben diesen Tag die Stiftung Hör-Sprachförderung, die Dr.-Karl-Kroiß-Schule, der Sozialdienst für Hörgeschädigte des Paritätischen, die Gehörlosenseelsorge, die Evangelische Gehörlosengemeinschaft und der Verein CODA-DACH.

Rund 120 Gäste konnte der Vorsitzende der Stiftung Herbert Dössinger begrüßen. Er bedankte sich bei allen Beteiligten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Veranstaltung und insbesondere bei der Lotterie „GlücksSpirale“ für deren großzügige finanzielle Unterstützung.

Am Vormittag hielt Anke Klingemann, selbst gehörlos und Sozialpädagogin bei der Mitgliedsorganisation Kinderschutz e.V., einen Vortrag zum Thema „Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern“. Lebhaft informierte sie in Gebärdensprache über die Entwicklung eines Kindes, unterschiedliche Erziehungsziele und die besondere Erziehungssituation gehörloser Eltern.

Am Nachmittag fanden verschiedene Workshops statt. Die Erwachsenen konnten wählen unter Themenbereichen wie „Erziehungskompetenzen stärken“, „Grenzen setzen“, „Pubertät“ oder „Hilfen für Coda-Familien“. Für Jugendliche wurde ein Workshop zum Thema „Identität CODA“ angeboten. Für die jüngeren Kinder gab es ein Spiel- und Freizeitprogramm. Bei den Teilnehmer/-innen fand der Tag großen Anklang, sodass bei vielen der Wunsch nach Wiederholung laut wurde.

Katrin Speck ■



Workshop für Jugendliche.

Foto: Katja Knoesel

Fördermittel | Zuschüsse

Die Lotterie GlücksSpirale fördert Projekte in ganz Bayern

Jedes Jahr werden über den Paritätischen in Bayern rund 130.000 Euro Fördermittel der Lotterie GlücksSpirale an Mitgliedsorganisationen vergeben. Im Jahr 2017 erhielten 24 paritätische Organisationen aus Bayern einen Zuschuss für ihre Projekte.

An dieser Stelle möchten wir auch einmal darstellen, wofür die Gelder der Glücksspirale verwendet werden.

Das Begegnungscafé von Treffpunkt e.V. in Nürnberg

Tarik ist 21 Jahre alt. Nach einer langen, beschwerlichen Flucht aus Syrien ist er vor einem halben Jahr in Nürnberg angekommen. In seiner Heimat hatte er eine große Familie und viele Freunde. Hier in Deutschland ist er erst einmal allein, fühlt sich zuweilen einsam. Tarik ist ein geselliger Typ, der Kontakt zu anderen Menschen fehlt ihm. Außerdem möchte er lernen, besser Deutsch zu sprechen. Er wünscht sich auch Kontakte zu jungen Deutschen, aber das ist schwer, weil die Sprache halt noch ein wenig holprig ist.

Ein Freund aus der Gemeinschaftsunterkunft erzählt Tarik vom „Begegnungscafé“, das er jede Woche am Dienstagabend besucht. Es findet ganz in der Nähe in einem Stadtteilladen statt, man kann es zu Fuß erreichen. Jeder darf kommen, ganz unverbindlich, einfach mal reinschnuppern. Die meisten bleiben und kommen regelmäßig.

Tarik entschließt sich, das nächste Mal einfach mitzukommen. In den gemütlichen Räumen des Stadtteilladens trifft er auf andere junge geflüchtete Menschen und auf Einheimische mit und ohne Migrationshintergrund. Die einen suchen Kontakte und feste Bezugspunkte in ihrer neuen Heimat. Die anderen nutzen die Möglichkeit, die neuen Mitbürger/-innen in lockerer Atmosphäre kennenzulernen.

Drei junge Sozialpädagoginnen begleiten das Projekt auf Honorarbasis bzw. ehrenamtlich. Sie koordinieren die Abende und stehen als Ansprechpartner/-innen zur Verfügung. Im Begegnungscafé wird immer gemeinsam gekocht und gegessen, danach gespielt, geredet oder einfach „nur“ eine gute Zeit miteinander verbracht.

An Tariks erstem Abend wird afghanisch gekocht. Unter Anleitung von zwei Jugendlichen aus Afghanistan wird Gemüse geschnitten, Fleisch angebraten, Reis gekocht und es werden – für den ein oder anderen –

Spielen schafft
Gemeinsamkeit
Foto: Treffpunkt e.V.



fremdartige Gewürze verwendet. Tarik merkt, beim Tun fällt es leichter, Kontakte zu knüpfen. Da kann man Gemeinsamkeit spüren, auch wenn man die neue Sprache noch nicht so gut beherrscht. Und nicht nur das. Jemanden zu bekochen ist ein Geschenk, ein Dankeschön für die Gastfreundschaft, die einem hier entgegengebracht wird.

Nach dem gemeinsamen Essen wird gespült und geputzt, danach geplaudert und Alltagsdeutsch geübt. Tarik schaut in die Runde. Nuri aus Afghanistan ist 17 und geht aktuell in die Berufsschule. Stefan ist Deutscher, 23 Jahre alt und studiert Elektrotechnik und Ramazan, 28 Jahre alt, arbeitet als Industriemechaniker. Seine Eltern stammen aus der Türkei. Tarik wird bewusst, dass alle hier vor allem eines sind: junge Menschen!

Tarik kommt inzwischen seit über einem halben Jahr in das Begegnungscafé, hat hier Freunde gefunden – deutsche und nichtdeutsche. Und er lernt immer wieder neue junge Menschen kennen. Manchmal ist es schon noch schwierig mit den vielen verschiedenen Sprachen. Oder mit den verschiedenen Ansichten, den unterschiedlichen Kulturen. Da wird schon das ein oder andere Mal kräftig diskutiert, Missverständnisse aber häufig auch mit Humor gelöst. Und letztendlich kommen sie jede Woche zusammen, um eine gute Zeit miteinander zu haben. Und weil es Sicherheit gibt, eine regelmäßige Anlaufstelle zu haben, an der es offene Ohren und Unterstützung für verschiedene Lebenssituationen gibt. Die Sozialarbeiterinnen haben Tarik beispielsweise dabei geholfen, Kontakt zu einem Anwalt aufzunehmen, wo er Unterstützung für sein Asylverfahren bekommt.

Dank der Förderung durch die Glücksspirale konnte das Projekt „Begegnungscafé“, ein offenes Angebot für geflüchtete und einheimische Jugendliche und junge Erwachsene, von Treffpunkt e.V. in Nürnberg initiiert und durchgeführt werden. Durch die Kontinuität des Angebotes und intensiver Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit haben nicht nur viele Teilnehmer den Weg zum Begegnungscafé gefunden, sondern es konnte auch die Stadt Nürnberg dafür gewonnen werden, das Begegnungscafé für einen weiteren Zeitraum zu unterstützen.

Simone Kruck, Treffpunkt e.V. ■



Seminare in Bayern:

Fördermittel für Vereine und gemeinnützige Organisationen

07.02.2018, München

Burnout: Prophylaxe durch Ernährung und Entspannung und Biographiearbeit – Ich Sorge für mich

20. – 21.02.2018, Nürnberg

Datenschutzgrundverordnung – eine Managementaufgabe in sozialen Einrichtungen

18.04.2018, München

Ein Team leiten – Basiswissen für eine erfolgreiche Teamleitung

23. – 25.04.2018, München

Aktuelle Rechtsentwicklungen für steuerbegünstigte Organisationen

27.04.2018, München

Workshop zum praktischen Datenschutz in sozialen Einrichtungen – Fortführung des

Fachkundeseminars für betriebliche Datenschutzbeauftragte
 15.05.2018, Nürnberg

Kompetenztraining Führung – Eine Kompaktreihe für Führungskräfte in drei Modulen

04. – 05.09., 06. – 07.11.2018,
 08. – 09.01.2019, München

Workshop zum praktischen Datenschutz in sozialen Einrichtungen – Fortführung des

Fachkundeseminars für betriebliche Datenschutzbeauftragte
 20.11.2018, München

Berufsbegleitende Akademische Weiterbildungen:

Fortbildung Sozialwirt/-in (FH)

Anmeldefrist: 01.12.2017, Start: 12.01.2018, Stuttgart

Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen (HAW)

Anmeldeschluss: 18.12.2017, Start: 01.02.2018, Stuttgart

Systemische Beratung – zertifiziert durch die DGSSA

Anmeldeschluss: 23.03.2017, Start: 20.04.2018, Heidelberg

Sozialwirtschaft – Master of Arts (M.A.)

Anmeldeschluss: 23.03.2017, Start: 20.04.2018, Stuttgart
 Infoveranstaltungen: 28.11.2017, 16.01.2018 an der Hochschule in Esslingen

Informationen über das Angebot der PAS

www.akademiesued.org

Fundraising – wie fangen wir es richtig an?

Gezieltes Fundraising, ausgerichtet auf die Zukunft und auf den Spender, ist im Non-Profit-Sektor nicht mehr weg zu denken. Doch wie können Sie Fundraising in Ihrer Organisation strategisch verankern und neue Spender und Zielgruppen für Ihre Anliegen gewinnen? Wie können Sie nicht nur punktuell, sondern mittel- und langfristig zusätzliche Geldmittel, Zeit- und Know how-Spenden für Ihre Arbeit einwerben?

Wegen des großen Zuspruchs in den vergangenen Jahren bietet der Paritätische in Bayern in 2018 erneut das Grundlagenseminar „Fundraising starten“ an. Zielgruppe sind Mitgliedsorganisationen und eigene Einrichtungen, die Fundraising bisher nur „zufällig“ oder noch gar nicht betreiben. Diese Fortbildung findet statt im Rahmen des Verbandsprojektes „Fundraising“, das von der Glücksspirale gefördert wird.

Das Seminar behandelt schwerpunktmäßig folgende Inhalte:

- Einführung in das Fundraising
- Strukturelle Integration von Fundraising in die Organisation

- Überblick über Fundraising-Instrumente
- Vertiefungsthemen: Spendenbrief und Akquise von Stiftungsmitteln
- Beziehungspflege zu Spendern
- 7-Phasen-Modell: ein Fundraising-Projekt von A bis Z

Referent: Kai Dörfner / Dipl.-Soz. und Fundraising-Manager (FA)

Termine: Das Seminar umfasst 3 Seminartage:

Donnerstag, 12.04.2018, Donnerstag, 17.05.2018, Donnerstag, 05.07.2018

Ort: Der Paritätische, Bezirksverband Mittelfranken, Spitalgasse 3, 90403 Nürnberg

Seminarbeitrag: 70 € pro Seminartag

Anmeldeschluss: 19.02.2018

Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf der Homepage unter

www.paritaet-bayern.de/Mitgliederbereich oder

im Referat Fundraising, fundraising@paritaet-bayern.de

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

Agape Pflege- und Betreuungszentrum gUG

Beethovenstr. 2

86150 Augsburg

Tel.: 0176 87474782

Fax: 03222 6414622

info@agape-pflegedienst-augsburg.de

www.agape-pflegedienst-augsburg.de

Agape Pflege- und Betreuungszentrum gUG ist ein von der Mitgliedsorganisation Christliches Integrationszentrum Augsburg e.V. gegründeter ambulanter Pflegedienst, der derzeit noch im Aufbau ist. Das Vorhaben richtet sich hauptsächlich an Menschen aus Osteuropa und Holocaust-Überlebende. Das Engagement ermöglicht der stark anwachsenden Zielgruppe von Menschen mit Migrationshintergrund ein vielfältiges, spezifisches Angebot, nicht nur zur medizinisch-pflegerischen Versorgung in der Region. Einen ausführlichen Bericht über das Angebot des Pflegedienstes finden Sie in der Rubrik Regionales | Schwaben.

ASB – Die Allgäuer Samariter gGmbH

Gerberweg 6

87541 Bad Hindelang

Tel.: 08324 95300 0

Fax: 08324 95300 106

info@asb-allgaeu.de

www.asb-allgaeu.de

Die ASB - Die Allgäuer Samariter gGmbH betreibt ein Pflegezentrum im Zentrum des Ortes Bad Hindelang. In fünf einzelnen Wohn- und Hausgemeinschaften werden 70 seniorengerechte Plätze zur stationären Altenpflege angeboten, sowohl Dauerpflege- als auch Kurzzeitpflegeplätze. Das ASB-Seniorenzentrum „Haus Herbstsonne“ in Oberstdorf bietet weitere 40 Dauerpflegeplätze. Die Angebote können überwiegend in Einzelzimmern den pflege- und hilfsbedürftigen Menschen zur Verfügung gestellt werden.



ASB-Regionalverband Allgäu e.V.

Gerberweg 6

87541 Bad Hindelang

Tel.: 08324 95300 0

Fax: 08324 95300 106

info@asb-allgaeu.de

www.asb-allgaeu.de

Der ASB Regionalverband Allgäu e.V. bietet ambulante und stationäre Altenpflege im ländlichen Bereich. Zusätzlich gibt es Angebote der Tagespflege sowie Essen auf Rädern. Der Regionalverband bietet für Interessierte auch die Möglichkeit einer „Erste Hilfe Ausbildung, Sanitätsdienst, Rettungsdienst Kaufbeuren, eine Rettungshundestaffel sowie einen Kriseninterventionsdienst. Die „Allgäuer Samariter“ konnten dafür ein Netzwerk von Ehrenamtlichen aufbauen.



Haus Herbstsonne der Allgäuer Samariter



ASB Pflegezentrum Bad Hindelang

AURA-HOTEL

Kur- und Begegnungszentrum Saulgrub gGmbH

Alte Römerstr. 41 – 43

82442 Saulgrub

Tel.: 08845 99 - 0

Fax: 08845 99 - 121

info@aura-hotel.de

www.aura-hotel.de

Das AURA-HOTEL Kur- und Begegnungszentrum Saulgrub gGmbH ist ein anerkanntes, zertifiziertes Sanatorium bzw. eine Rehabilitationseinrichtung für blinde und sehbehinderte Gäste im Bayerischen Voralpenland. Sowohl ambulante wie auch stationäre Angebote werden bereitgehalten. Zudem ist es ein Urlaubs-, Seminar- und Aktivhotel für Menschen mit und ohne Behinderung und bietet durch ein barrierefrei gestaltetes Konzept Betroffenen die Möglichkeit, selbstbestimmt und eigenständig Urlaub zu machen. Das Haus wurde durch den Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund e.V. ermöglicht.

A.PPLAUS

BIKU e.V. „Verein zur Förderung der außerschulischen und schulischen Jugendhilfe-, Integrationsprogramme, Kultur und Ferienangebote e.V.“

c/o Willi Wermelt
Hübnerstr.22
80637 München
Tel.: 0172 8968445
www.bikufe.de

BIKU e.V. „Verein zur Förderung der außerschulischen und schulischen Jugendhilfe-, Integrationsprogramme, Kultur und Ferienangebote e.V.“ übernimmt die Trägerschaft für das Projekt „A.PPLAUS Xtra“. Tanz, Musik, Sport, Kunst und Artistik und bietet in München Workshops, Projektwochen aber auch Ferien- und Freizeitangebote an. Altersgerechte und didaktisch durchdachte Programme schulen Kinder beim Erwerb künstlerischer, kommunikativer und sozialer Kompetenzen und auch der Spracherwerb spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Angebote sind für Kinder- und Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren.



Applaus!

BMF gemeinnützige Gesellschaft für die Betreuung unbegleiteter Flüchtlinge mbH

Winzererstr.90
80797 München
Tel.: 089 5505982 21
Fax: 089 5505982 20

Email: kontakt@bmf-gmbh.org
www.bmf-gmbh.org

BMF gemeinnützige Gesellschaft für die Betreuung unbegleiteter Flüchtlinge mbH bietet in acht Einrichtungen voll- und teilbetreute Wohngemeinschaften mit 94 Plätzen für minderjährige Jugendliche mit Fluchterfahrung. Der Träger ist der Verein für Sozialarbeit in München. Das Betreuungsangebot differenziert nach Alter und individuellem Bedarf und ermöglicht Orientierungs- und Integrationshilfen zur Entwicklung von Perspektiven sowie Beratung zu den Themen Schule und Ausbildung. Das Bellevue am Gärtnerplatz in München wurde 2015 als Wohn- und Kulturzentrum für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge und interessierte Münchner gegründet. Die BMF gGmbH ist einer von insgesamt fünf Trägern zur Betreuung der Jugendlichen.



Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose e.V.

Kirchfeldstr.149
40215 Düsseldorf
Tel.: 0211 301314 – 0
Fax: 0211 301314 - 10

mit dem Landesverband Bayern

Am Wilhelmsbühl 7
97318 Kitzingen
Telefon 09321 5032
Telefax 09321 9291980
lfo-bayern@osteoporose-deutschland.de
www.bayern.osteoporose-deutschland.de

Der Landesverband Bayern mit Sitz in Kitzingen ist dem Dachverband Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose e.V. mit Geschäftssitz in Düsseldorf angeschlossen. Die Hauptaufgabe ist der Aufbau von örtlichen Selbsthilfegruppen Betroffener mit bisher 2200 Mitgliedern in Bayern.

Der Landesverband unterstützt die regionalen Gruppen, bietet Fortbildungen, Treffen, Schulungen und erstellt Informations-Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit. Die ehrenamtlich Engagierten bieten regelmäßige Treffen zum Erfahrungsaustausch und zur Beratung in über 20 regionalen Gruppen.

Hörgeschädigten Bezirksverband Schwaben e.V.

Eichendorffstr.9
86161 Augsburg
Tel.: 0821 5677256
Fax: 0821 5677257
HG-BV-Schwaben@t-online.de
www.Lvby.de

Der Hörgeschädigten Bezirksverband Schwaben e.V. vertritt die Interessen der angeschlossenen Ortsvereine der Gehörlosen, Schwerhörigen, Spätertaubten und Implantatträger. Dazu bietet der Verein Beratung einerseits in finanziellen, konzeptionellen und organisatorischen Fragen, und andererseits für Betroffene und deren Angehörige, und fungiert als Dachverband für angeschlossene Vereine. Zusätzlich werden die Ausbildung und der Einsatz von Kommunikationsassistenten gefördert.



Vorstand des Hörgeschädigten-Bezirksverbands Schwaben: Andrea Lehmann, 2. Vorsitzende); Stefan Koch, 1. Vorsitzender; Robert Kuen; Petra Wegmann (v.l.n.r.)

Hörgeschädigtenverein Nordschwaben e.V.

Eichenstr. 36
86356 Neusäß
Fax: 0821 5870914
hgv.nordschwaben@gmx.de
www.hgv.nordschwaben.com

Der Hörgeschädigtenverein Nordschwaben e.V. engagiert sich für Menschen mit Einschränkungen im Bereich der Hörbehinderung wie Gehörlose, Schwerhörige, Resthörige, Implantatträger und Spätertaubte im Begegnungs- und Kulturzentrum Donauwörth/Nordheim. Neben gemeinsamen Aktivitäten und Veranstaltungen kümmert sich der Verein auch um die sozialen Probleme der Mitglieder. Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität für die Betroffenen durch Unterstützung, Beratung und Betreuung, aber auch Öffentlichkeitsarbeit mit Sensibilisierungsmaßnahmen und die Vernetzung mit anderen Vereinen.



KoBiS gemeinnützige GmbH Kompetenzwerk für Bildung und Soziales

Bahnhofstr.13
96114 Hirschaid
Tel.: 09543 4401835
Fax: 03222 4198392
info@kobis.bayern
www.kobis.bayern

KoBiS gemeinnützige GmbH Kompetenzwerk für Bildung und Soziales engagiert sich in den Bereichen der familienorientierten Sozialhilfe sowie der schulbezogenen Sozialarbeit, wobei Ziel der gGmbH ist, Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf allen Stationen ihrer Bildungsbiographie zu unterstützen, beginnend bei den Elternhäusern und Kindertageseinrichtungen über sämtliche Schulsysteme, einschließlich der kommunalen Integrationsarbeit, bis hin zur Betreuung von speziell pflegebedürftigen Personen. Projekte sind u.a. eine Mensa für eine Grund- und Mittelschule, der Betrieb der Kinderkrippe Streifenhörchen, „SoKo 4 Life – Check mal dein Leben“ zum Medien- und Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen.



Kompetenzwerk für Bildung und Soziales



Miges gGmbH Migration-Integration-Gesundheit

Hochstr.85
81541 München
Tel.: 030 68977580
Fax: 03068977585
info@navitas-ggmbh.de
www.navitas-ggmbh.de

Die Miges gGmbH Migration-Integration-Gesundheit ist eine Tochtergesellschaft der Navitas gGmbH Berlin und setzt nun das Konzept in München um zur Betreuung von Menschen mit Behinderungen und/oder psychischen Erkrankungen mit Migrationshintergrund. Schwerpunkt des Angebotes Betreutes Wohnen sind tagesstrukturierende Maßnahmen, aber auch Bildungs- und Freizeitmaßnahmen. Miges gGmbH in München befindet sich derzeit in der Aufbauphase.



Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V.

Tumblingerstr.50
80337 München
Tel.: 089 76772810
info@muenchner-freiwillige.de
www.muenchner-freiwillige.de

Münchner Freiwillige – Wir helfen e.V. entstand im Herbst 2015 aus dem spontanen Engagement zur Notversorgung von über 150.000 geflüchteten Menschen am Münchner Hauptbahnhof. Die Organisation kooperiert mit zahlreichen sozialen Organisationen, ist kommunal vernetzt und unterstützt benachteiligte Menschen und die Helfer. Dies umfasst finanzielle, personelle und logistische Hilfen, bei Veranstaltungen, Projekten und der Pressearbeit. Arbeitskreise des Vereins organisieren Projekte – von der Kochjurte bis hin zum Wohnprojekt.

Ein ausführliches Interview mit Marina Lessig Vorstand des Vereins können Sie im Rahmen des Schwerpunktes auf Seite 26 und 27 lesen.



Vorstand der Münchner Freiwilligen

OHO Opferhilfe Oberfranken e.V. Gemeinnütziger Verein zur Vorbeugung gegen Straftaten und Hilfe für Opfer von Straftaten

Am Steigweg 4
96274 Itzgrund
Tel.: 0171 3032827
Fax: 09573 331139

info@opferhilfe-oberfranken.de
www.opferhilfe-oberfranken.de

Der OHO Opferhilfe Oberfranken e.V. engagiert sich in der Präventionsarbeit zur Vermeidung von Straftaten, insbesondere in der Region Kronach und Hof, und bietet Betroffenen u.a. ein Opfer-Telefon, organisiert dafür Aus- und Weiterbildung für die Ehrenamtlichen, engagiert sich mit einem Projekt für Täter-Opfer-Ausgleich und baut derzeit ein Netzwerk zwischen Medizinern, Polizei, Juristen und anderen in diesen Bereichen aktiven Organisationen auf.

Roecklplatz gemeinnützige GmbH

Saarstr. 5
80797 München
Tel.: 089 45217129
Fax: 089 45217130

kontakt@roecklplatz.de
www.roecklplatz.de

Roecklplatz gemeinnützige GmbH, das Ausbildungsrestaurant, ist ein Kooperationsprojekt von sozialer Arbeit und freier Wirtschaft. Es bietet jungen Menschen aus schwierigen Lebensverhältnissen seit acht Jahren die Möglichkeit einer anspruchsvollen gastronomischen Ausbildung, begleitet durch sozialpädagogische Fachkräfte. Ziel ist es, eine entsprechende Berufslaufbahn abzusichern. Es werden elf Ausbildungs- und vier Qualifizierungsplätze als Restaurantfachkraft oder Köchin/Koch zur Verfügung gestellt. Träger dieser Maßnahmen ist der hpkj e.V. in München, seit 1989 Mitgliedsorganisation des Paritätischen.



Ruhesitz Wetterstein gGmbH

Königsbrunner Str. 39 a

86179 Augsburg

Tel.: 08 21/8 08 48 - 0

Fax: 08 21/8 08 48 - 38

info@ruhesitz-wetterstein.de

www.ruhesitz-wetterstein.de

Seit 1972 bietet die Ruhesitz Wetterstein gGmbH betreute Wohnformen mit inzwischen 96 Plätzen nach dem Modell des „Seniorenhotel“. Außerdem betreibt die gGmbH eine stationäre Pflegeeinrichtung für pflegerische oder gerontopsychiatrische Versorgung innerhalb einer Wohngruppe mit 74 Plätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst mit umfangreichen Pflegeleistungen im Augsburger Stadtteil Haunstetten. Das Haus bietet auch Kurzzeit- sowie Intensivpflege für demenzerkrankte Menschen ergänzt durch ein Netzwerk von Ehrenamtlichen.



Ruhesitz Wetterstein



Startklar Soziale Arbeit Oberbayern gGmbH

Hauptstr. 13

83395 Freilassing

Tel.: 08654 69034 0

Fax: 08654 69034 40

info-obb@startklar-soziale-arbeit.de

www.startklar-soziale-arbeit.de

Startklar Soziale Arbeit Oberbayern gGmbH bietet vorrangig Einrichtungen und Soziale Dienste der ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung, Angebote der Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulbegleitung und Patenprojekte sowie ein Mehrgenerationenhaus und jeweils Familienstützpunkte in der Region von Rosenheim, Traunstein und Berchtesgaden. Die Organisation ist eine Tochtergesellschaft der Startklar Soziale Arbeit gGmbH in Freilassing, die seit 2004 Mitgliedorganisation des Paritätischen ist.



Integratives Fußballturnier veranstaltet von Startklar



Trägerwerk Soziale Dienste in Bayern GmbH

Landshuter Allee 8 – 10

80637 München

Tel.: 089 54558231

Fax: 089 54558232

info@traegerwerk-bayern.de

www.traegerwerk-bayern.de

Die Trägerwerk Soziale Dienste in Bayern GmbH ist eine weitere Tochtergesellschaft der Trägerwerk Soziale Dienste AG mit Sitz in Weimar, die in sechs Bundesländern ca. 260 Projekte und Einrichtungen im Bereich der Wohlfahrtspflege betreibt, u.a. in der Kinder-, Jugend- und Flüchtlingshilfe sowie unterschiedliche Beratungsangebote und ambulante/teilstationäre Vorsorge- und Pflegedienste für behinderte, ältere oder kranke Menschen. In Bayern befindet sich das Trägerwerk im Aufbau einer sozialen Infrastruktur im Bereich kleiner Kita- und Tagespflegeträger.

Gertrud Wimmer ■

Die Leistungen und Dienste des Paritätischen für seine Mitgliedsorganisationen

Leistungen

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege sieht der Paritätische in Bayern seine Aufgabe in der fachlichen Information, Beratung und Vernetzung seiner Mitglieder sowie der sozialpolitischen Interessensvertretung und Mitgestaltung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben dienen individuelle Beratungsgespräche, Gremien- und Fachgruppenarbeit sowie zahlreiche Publikationen. Hierfür greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kenntnisse zurück, die sie durch die Einbindung in die überörtlichen Aufgaben des Verbandes inklusive seiner Vernetzung mit der Bundesebene erwerben.

Information und Beratung

Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Fragestellungen

- zu Konzepten
- zu Träger- und Projektstruktur
- zu betriebswirtschaftlicher Führung sozialer Einrichtungen und Dienste
- Personalwesen
- zum Vereins-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht
- zu Versicherungen und Haftungsfragen

Unterstützung bei der Finanzierung

- Fördermittel
- Zuschüsse
- Leistungsverträge
- Stiftungsmittel
- Beratung bei Antragsstellung und Verwendungsnachweis
- im Rahmen von Haus- und Straßensammlungen

Unterstützung von Mitgliedsorganisationen bei Verhandlungen

- mit Kostenträgern
- mit politischen Vertreterinnen und Vertretern
- mit der Verwaltung

Regelmäßig erscheinende Publikationen

- Mitgliedermagazin
- Newsletter

Unregelmäßig erscheinende Publikationen

- Rundschreiben (der Fachbereiche)
- Broschüren mit Fachinformationen
- Broschüren zu sozialpolitischen Positionen
- Arbeitshilfen aus den Fachbereichen

Vernetzung

- zwischen den Mitgliedsorganisationen auf regionaler und überregionaler Ebene
- mit anderen Interessengruppen und Verbänden (z.B. Freie Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe)

Sozialpolitische Interessenvertretung und Mitgestaltung auf regionaler und landesweiter Ebene

- Positionierung des Verbandes in der öffentlichen Diskussion
- Mitwirkung in Gremien der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege
- Vertretung in Arbeitsgruppen von Behörden und Ministerien
- Vertretung in parlamentarischen Ausschüssen und Kommissionen
- Vertretung in weiteren sozialpolitischen Zusammenhängen (z.B. Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträger)

Weitere Leistungen

Freiwilligendienste

Der Paritätische als größter Träger des FSJ in Bayern vermittelt im gesamten Freistaat Teilnehmende am FSJ an Einsatzstellen seiner Mitgliedsorganisationen und anderer Träger. Seit 1. Juli 2011 bietet der Paritätische in Bayern den Bundesfreiwilligendienst an. Der Paritätische vermittelt Freiwillige in Dienststellen der Mitgliedsorganisationen.

Fort- und Weiterbildung

Der Paritätische in Bayern führt für seine Mitgliedsorganisationen sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksverbandsebene zahlreiche Fachtagungen und Informationsveranstaltungen durch. Über die Paritätische Akademie Süd können Mitgliedsorganisationen eine breite Palette an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zu äußerst günstigen Konditionen besuchen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern erhalten für die Angebote der Akademie eine Ermäßigung auf den Teilnahmebetrag von etwa 20 Prozent.

Günstig wirtschaften

Der Paritätische hat mit zahlreichen Herstellern von Produkten und Anbietern von Dienstleistungen günstige Verträge ausgehandelt. Davon profitieren vor allem die Mitgliedsorganisationen, unter anderem durch:

- Rahmenverträge
- UNION-Versicherungsdienst
- Bank für Sozialwirtschaft
- PariSERVE

Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit

- Gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen (soweit möglich)
- Bereitstellung von paritätischem Informationsmaterial
- Gemeinsame Pressemeldungen

Kontakt

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Erste Anlaufstelle für unsere Mitgliedsorganisationen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverbänden

Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Mittelfranken

Christiane Paulus

Geschäftsführung, Ansprechpartnerin Altenhilfe

Peter Mack, Fachberatung Kinder- und Jugendhilfe, Familie und Frauen

Ilona Busch-Heuer, Sachbearbeitung Lotterie- und Stiftungsmittel

Petra Gemeinholzer, Sachbearbeitung Zuschuss und Öffentlichkeitsarbeit

Melanie Hofmann, Fachberatung Psychiatrie/Sucht und Entgelte

Kerstin Mäder, Fachberatung Behindertenhilfe und Entgelte

Spitalgasse 3, 90403 Nürnberg

Tel. 0911 / 205 65 - 0, Fax 0911 / 205 65 - 413

mittelfranken@paritaet-bayern.de

www.mittelfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Niederbayern | Oberpfalz

Andrea Ziegler, Geschäftsführung

Margot Murr, KISS-Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe

Landshuter Straße 19, 93047 Regensburg

Tel. 0941 / 59 93 88 - 0, Fax 0941 / 59 93 88 - 666

niederbayern.oberpfalz@paritaet-bayern.de

www.niederbayern-oberpfalz.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberbayern

Karin Majewski, Geschäftsführung

Claudia Holtkamp, Angela Küster, „Fachberatung

Behindertenhilfe und Entgelte SGB XII“

Elsbeth Hülsmann, Fachberatung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Frauen

Luca Schimmel, Fachberatung Zuschusswesen, Stiftungen

Andreas Schultz, Fachberatung Nachbarschaftshilfen, ambulante Altenhilfe

Davor Stubican, Fachberatung Psychiatrie und Sucht

Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München

Tel. 089 / 30611 - 0, Fax 089 / 30611 - 125

oberbayern@paritaet-bayern.de

www.oberbayern.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberfranken

Irene von der Weth, Geschäftsführung

Gottlieb-Keim-Straße 23, 95448 Bayreuth

Tel. 0921 / 99 00 877-30, Fax 0921 / 99 00 877-43

oberfranken@paritaet-bayern.de

www.oberfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Schwaben

Walter Wüst, Geschäftsführung

Angela Brück, Überregionale Offene Behindertenarbeit (OBA) in Bayern

Sterzinger Straße 3, 86165 Augsburg

Tel. 0821 / 241 94 - 0, Fax 0821 / 241 94 - 99

schwaben@paritaet-bayern.de

www.schwaben.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Unterfranken

Kathrin Speck, Geschäftsführung

Münzstraße 1, 97070 Würzburg

Tel. 0931 / 354 01 - 0, Fax 0931 / 354 01 - 11

unterfranken@paritaet-bayern.de

www.unterfranken.paritaet-bayern.de

Referentinnen und Referenten auf Landesebene:

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e.V.

Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München

Tel. 089 / 306 11 - 0 · Fax 089 / 306 11 - 111

www.paritaet-bayern.de

Altenhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 127

Bianca Broda

bianca.broda@paritaet-bayern.de

Behindertenhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 210

Klaus Ederle-Lerch

klaus.ederle-lerch@paritaet-bayern.de

Engagement

Tel. 089 / 306 11 - 145

Monika Nitsche

monika.nitsche@paritaet-bayern.de

Finanzierung: Leistungsvertragsrecht / Entgelte

Tel. 089 / 306 11 - 138

Antje Muhl

antje.muhl@paritaet-bayern.de

Frauen / Familie

Tel. 089 / 306 11 - 191

Antje Krüger

antje.krueger@paritaet-bayern.de

Freiwilligendienste

Tel. 089 / 306 11 - 139

Dr. Annette Firsching, Leitung

annette.firsching@paritaet-bayern.de

Kinder- und Jugendhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 117

Dr. Melanie Mönnich

melanie.moennich@paritaet-bayern.de

Migration (Koordination)

Tel. 0931 / 354 01 - 17

Andreas Selig

andreas.selig@paritaet-bayern.de

Mitgliederangelegenheiten

Tel. 089 / 306 11 - 240

Gertrud Wimmer

gertrud.wimmer@paritaet-bayern.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 089 / 306 11 - 137

Susann Engert, Alix Veh

susann.engert@paritaet-bayern.de

alix.veh@paritaet-bayern.de

Psychiatrie und Suchthilfe

Tel. 089 / 306 11 - 230

Davor Stubican

davor.stubican@paritaet-bayern.de

Zuschussfragen

Tel. 089 / 306 11 - 134

Renate Kretschmer

renate.kretschmer@paritaet-bayern.de

Impressum

Herausgeber

Paritätischer
Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bayern e.V.
Charles-de-Gaulle-Straße 4,
81737 München
magazin@paritaet-bayern.de
www.paritaet-bayern.de

Verantwortlich

Margit Berndl, Vorstand
Verbands- und Sozialpolitik

Redaktion

Susann Engert

Gestaltung

www.84ghz.de, München

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Foto Titel

Dashk | fotolia

Anzeigen



PariSERVE
Dienstleistungen für
soziale Organisationen

Ihr Partner im Einkauf und Rechnungswesen

Einkauf <ul style="list-style-type: none">• Lebensmittel• Non-Food• Dienstleistungen	Rechnungswesen <ul style="list-style-type: none">• Personalabrechnungen• Finanzbuchhaltung• Betriebswirtschaftliche Beratung
---	---

Gemeinsam
mehr erreichen

T 0431 5 37 38-0
www.pariserve.de



WIR ZIEHEN AN EINEM STRANG

Partner für Versicherungsangelegenheiten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes LV Bayern e. V. und seiner Mitglieder

- Maßgeschneiderte Absicherungskonzepte
- Risikomanagement und Zertifizierung
- Umfassender Schadenservice
- Betriebliche Altersversorgung mit Speziallösungen zur Entgeltumwandlung

UNION
Versicherungsdienst
GmbH

Klingenbergstraße 4 · 32758 Detmold
Telefon +49 (0) 5231 603-0
Telefax +49 (0) 5231 603-197
info@union-verdi.de · www.union-verdi.de

© Dragonimages - Fotolia.com

gemeinsam handeln.

